



EINWOHNERGEMEINDE

Geschäftsberichte 2007

Gemeinderat

Schulrat Kindergarten und Primarschule
Schulrat Sekundarschule
Schulrat Musikschule

Sozialhilfebehörde
Vormundschaftsbehörde

Wahlbüro

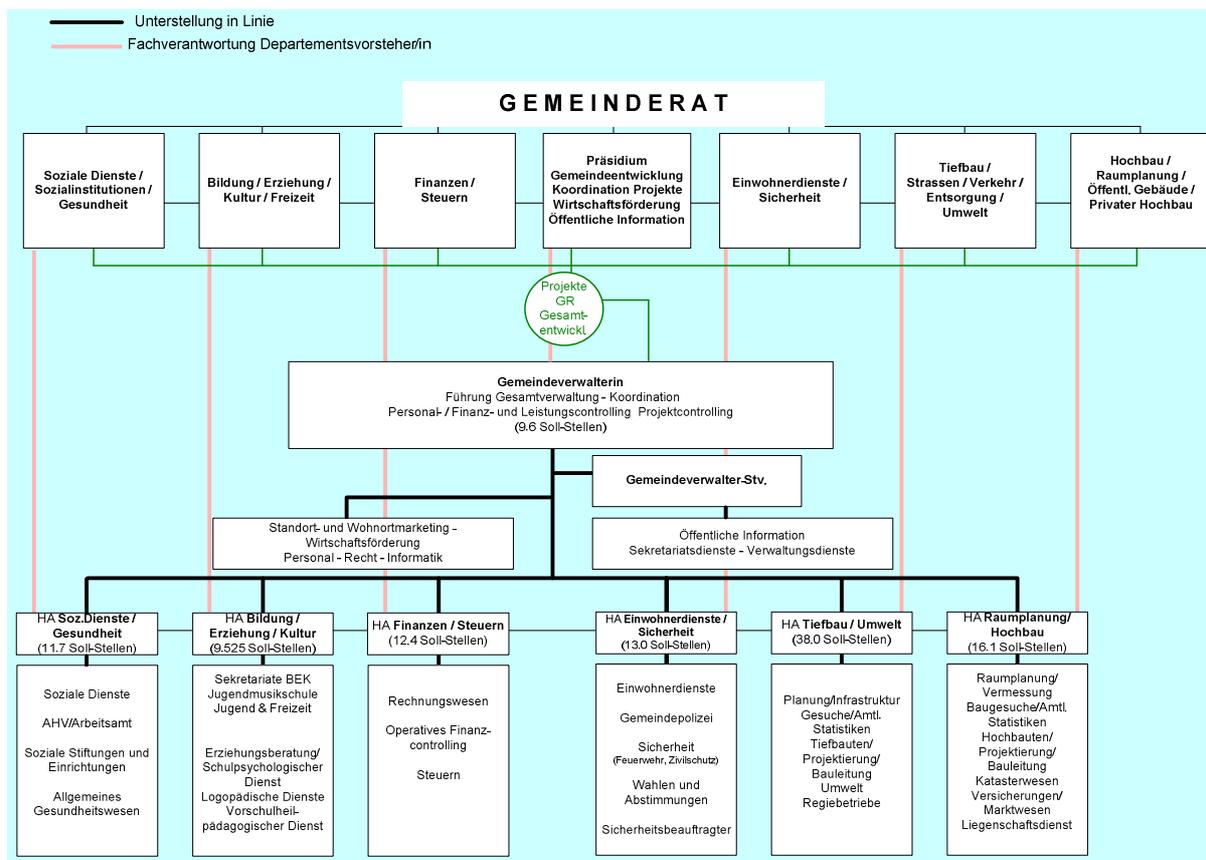
Inhalt

Geschäftsberichte 2007
Einwohnergemeinde Allschwil

	Seite
Gemeinderat Allschwil	5
Präsidualdepartement	15
Finanzen – Steuern	25
Tiefbau – Umwelt	29
Hochbau – Raumplanung	32
Einwohnerdienste – Sicherheit	36
Bildung-Erziehung-Kultur	39
Soziale Dienste – Gesundheit	42
Stellenplan – Personalverzeichnis der Gemeindeverwaltung	47
Allschwil in Zahlen	52
<hr/>	
Schulrat Kindergarten und Primarschule Allschwil	53
Schulrat Sekundarschule Allschwil	55
Schulrat Musikschule Allschwil	58
<hr/>	
Sozialhilfebehörde	61
Vormundschaftsbehörde	63
<hr/>	
Wahlbüro	65

Per 31. Dezember 2007 setzt sich der Gemeinderat, dessen Amtsperiode bis zum 30. Juni 2008 dauert, wie folgt zusammen:

- Lauber Anton Dr., CVP, Gemeindepräsident, Präsidialdepartement
- Nüssli-Kaiser Nicole, FDP, Vizepräsidentin Gemeinderat, Departement Finanzen – Steuern
- Julier Arnold, CVP, Departement Soziale Dienste – Gesundheit
- Meury Roman, FDP, Departement Hochbau – Raumplanung
- Schärer Saskia, SP, Departement Einwohnerdienste – Sicherheit
- Giger Heinz, SP, Departement Bildung-Erziehung-Kultur
- Vogt Robert, FDP, Departement Tiefbau – Umwelt



REFERENDEN

Im Berichtsjahr waren keine Referenden zu verzeichnen.

INITIATIVEN

Im Berichtsjahr gelangten keine Gemeinde-Initiativen zur Einreichung.

PETITIONEN

Petition vom 21. September 2004: Schaffung eines Naturparks Allschwiler Weiher anstelle des Schiessstandes Allschwiler Weiher

Mit Brief vom 13. Juni 2007 hat der Regierungsrat Basel-Stadt nach Rücksprache mit den Gemeinderäten Binningen und Allschwil die Petition zur ‚Schaffung eines Naturparks Allschwiler Weiher‘ wie folgt beantwortet: Durch die absehbare Verlegung des Schiessbetriebs muss die Schiessanlage nicht mehr für die Weiterführung dieses Betriebs saniert werden, sondern kann vollumfänglich einer anderen Nutzung zugeführt werden. Für die Planung dieser Nachnutzung wurde eine Projektgruppe eingesetzt, in der Vertreterinnen und Vertreter des Kantons Basel-Stadt und den Gemeinden Binningen und Allschwil mitwirken. Die Arbeit am Nachnutzungskonzept beschränkt sich zurzeit auf die Sammlung von Ideen und Klärung der Randbedingungen. Erst wenn die Verlegung des Schiessbetriebs definitiv entschieden ist, wird das Konzept erstellt. Im Zusammenhang mit der Zonenrevision Siedlung wurde dieses Gebiet als ‚weisse‘ Zone ausgeschieden. Dies sind Zonen, deren Nutzung noch nicht bestimmt ist oder in denen eine Nutzung erst später zugelassen wird. Somit kann über eine Nutzungsfestlegung zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert und entschieden werden, wobei die Ideen für die Nachnutzung des Areals das Konzept des Naturparks mit einfließen werden.

Der Forderung der Petenten bezüglich des koordinierten gemeindeüberschreitenden Vorgehens wird mit der gemeinsamen Projektgruppe entsprochen.

Petition vom 20. Februar 2006 betreffend Verkehrsberuhigung Herrenweg

Im Februar 2007 wurden den Petenten die in das Projekt aufgenommenen Verkehrsberuhigungsmassnahmen vorgestellt. Die IG Herrenweg hat daraufhin in ihrer Stellungnahme weiterführende Massnahmen gefordert: Anordnung von zusätzlichen Parkfeldern auf dem Herrenweg, Erhöhung der Sicherheit beim bestehenden Fussgängerstreifen und Signal Pferde an der Ofenstrasse. Der Gemeinderat hat den Anträgen bezüglich der Sicherheit beim Fussgängerstreifen und dem Signal Pferde zugestimmt und diese im Berichtsjahr umgesetzt. Der Entscheid bzgl. der Anordnung von zusätzlichen Parkplätzen wurde zurückgestellt und soll im Rahmen der weiteren Projektbearbeitung näher untersucht werden. Der Beschluss des Gemeinderates wurde den Petenten im April 2007 schriftlich mitgeteilt.

BERICHTE AN DEN EINWOHNERRAT

Der Gemeinderat hat im Jahr 2007 dem Einwohnerrat die nachstehenden Geschäfte zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet:

- Revision Zonenreglement und Zonenplan ‚Siedlung‘, Geschäft 3557
- Anpassung Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plan (LESP), Geschäft 3760
- Einführung einer Tagesschule auf Primarschulstufe, Geschäft 3635A
- Quartierplanung ‚Gewerbezentrum Letten‘, Geschäft 3753
- Grün- und Freiraumkonzept, Beantwortung der Kleinen Anfrage, Geschäft 3719A
- Abrechnung über den Verpflichtungskredit für die Erstellung der ‚Sportanlage im Brüel‘, Geschäft 3558B
- Abrechnung über den Verpflichtungskredit für die Erstellung eines ‚Begegnungszentrums / Robinson-Spielplatz‘, Geschäft 3615B
- Trinkwasserversorgung zur Gewährleistung der Trinkwasserqualität, Beantwortung der Kleinen Anfrage, Geschäft 3701A

- Abrechnung über den Verpflichtungskredit für die Schaffung der notwendigen Büroräumlichkeiten und deren Einrichtung und Ausstattung bei den Sozialen Diensten, Geschäft 3740
- Bericht zur Einführung von Tempo 30, 1. Etappe, Geschäft 3387
- Reglement über den ATLAS-Fonds der Einwohnergemeinde Allschwil, Geschäft 3749
- Jahresrechnung, Laufende Rechnung, Investitionsrechnung und Bestandesrechnung 2006, Geschäft 3705
- Leistungsberichte und Kostenrechnungen 2006, Geschäft 3704
- Leistungspostulate pro 2008, Berichte und Anträge des Gemeinderates, Geschäft 3739
- Finanzplan 2008-2012, Geschäft 3744
- Geschäftsbericht 2006, Behörden und Räte, Geschäft 3703/A
- 3 x jährliche Überprüfung des Mühlebachs auf die Wasserqualität, Geschäft 3412A.1
- Teilrevision Feuerwehreglement, Geschäft 3750
- Totalrevision Abwasserreglement, Geschäft 3525/A
- Totalrevision Wasserreglement, Geschäft 3526/A
- Teilrevision Jugendmusikschulreglement, Geschäft 3687
- Reglement über die Beiträge an den Musikschulbesuch, Geschäft 3686/A

PENDENTE VORSTÖSSE DES EINWOHNERRATES

Gestützt auf § 40 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates unterbreitet der Gemeinderat nachstehende Zwischenberichte:

Geschäft 1356; Postulat Dr. Max Ribi, namens FDP-Fraktion, 15.06.1987

[Ohne Umsteigen zum Bahnhof SBB](#)

Die im Jahre 2006 in Auftrag gegebene Verkehrsstudie ‚Bachgraben‘ wurde im 2007 abgeschlossen. Unter anderem wurde darin die Erschliessung mit dem ÖV überprüft. Die Studie empfiehlt die Einführung einer Buslinie vom Gewerbegebiet Bachgraben an den Bahnhof SBB. Der Vorschlag stiess sowohl beim Kanton Baselland als auch bei der BVB auf Interesse. Im 2008 werden vom Kanton Basel-Landschaft mögliche Linienführungen untersucht. Die Aufnahme des Busbetriebes wäre frühestens ab 2010 im Rahmen des neuen Generellen Leistungsauftrages möglich.

Geschäft 2241; Postulat (Motion) Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, 27.11.1997

[Einrichtung eines Kreisels im Kreuzungsbereich Baslerstrasse / Grabenring](#)

Im 2006 hat der Kanton den Bau des Kreisels in sein Gesamtprojekt ‚Strassen- und Gleiserneuerung Baslerstrasse‘ integriert. Im Berichtsjahr wurde die Submission der Projektierungsarbeiten durchgeführt und die Landratsvorlage vorbereitet. Im Dezember 2007 beschloss jedoch die kantonale Baudirektion, generell keine Kap-haltstellen mehr zu errichten. Aufgrund der dadurch erforderlichen Umprojektierungen ist eine erneute Verzögerung bei der Ausführung zu erwarten. Bezüglich der Kostenbeteiligung durch die Gemeinde am Kreisel konnte noch keine Einigung erzielt werden.

Geschäft 3324; Postulat Guido Beretta, FDP-Fraktion, / Christoph Morat, SP-Fraktion, 22.11.2003

[Verkehrssituation am Lindenplatz](#)

Die Verkehrssituation am Lindenplatz steht in einem direkten Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt ‚Strassen- und Gleiserneuerung Baslerstrasse‘ des Kantons. Allerdings hat der Gemeinderat im Rahmen der Finanzplanung aus Spargründen das Projekt ‚Lindenplatz‘ bis auf weiteres zurückgestellt.

Geschäft 3387; Postulat Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, 23.10.2002

[Einrichtung von Tempo 30-Zonen](#)

Die Vorlage zur Einführung von zwei Tempo-30 Zonen (1. Etappe) wurde von der Verwaltung erstellt, vom Gemeinderat gutgeheissen und dem Einwohnerrat vorgelegt. Sie konnte aus zeitlichen Gründen im Berichtsjahr vom Rat nicht mehr behandelt werden.

Geschäft 3536; Motion der CVP-Fraktion, 22.09.2004
Geschäft 3537; Motion der FDP-Fraktion, 22.09.2004
Geschäft 3538; Motion der SVP-Fraktion, 22.09.2004
Geschäft 3539; Motion der SD-Fraktion, 22.09.2004

[Südumfahrung](#)

Nachdem der Landrat im Herbst 2007 beschlossen hatte, die Initiative ‚Keine Autobahn im Leimental‘ nicht zu unterstützen, hat das Komitee die Initiative zurückgezogen. Allerdings wurde bereits eine neue Initiative gegen die Südumfahrung angekündigt.

Die Verkehrsstudie Bachgraben hat aufgezeigt, dass die Verkehrsprobleme zur Hauptsache durch den grenzüberschreitenden Verkehr verursacht werden. Im Projektteam der Verkehrsstudie wurde deshalb vereinbart, den grenzüberschreitenden Verkehr im Rahmen eines separaten Projektes näher zu untersuchen. Das Projekt soll Massnahmen im Bereich des ÖV wie auch des Strassenverkehrs (inkl. Südumfahrung, Route des Carrières) aufzeigen, um die Verkehrsbelastungen zu reduzieren. Es ist vorgesehen, dieses Projekt beim Interreg 4-Programm anzumelden und somit von Euro-Geldern teilfinanziert zu werden. Das Projektteam besteht aus Vertretern der beiden Kantone, Allschwil, Hegenheim, Saint-Louis, Département du Haut-Rhin und TEB. Die Federführung liegt beim Amt für Raumplanung Basel-Landschaft.

Geschäft 3649; Postulat Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2006

[Naturschutzkonzept](#)

Die Standortbestimmung bezüglich des Allschwiler Naturschutzkonzeptes wird im 2008 im Rahmen der anlaufenden Totalrevision der Zonenplanung Landschaft erfolgen, welche unter der Federführung des Departements Hochbau-Raumplanung steht.

Geschäft 3669; Dringliches Postulat Guido Beretta, FDP-Fraktion, vom 17.05.2006

[Totalsanierung der Chemiemülldeponien Le Letten und Roemisloch](#)

Aufgrund einer überstürzten Teilsanierung durch die IG DRB im März 2007 hat der Gemeinderat Ende März 2007 beschlossen, von den Grundwasserfassungen in Schönenbuch kein Trinkwasser mehr zu beziehen. Weder die IG DRB noch das AUE konnten bisher die Zweifel des Gemeinderates beseitigen.

Im zweiten Halbjahr 2007 fanden zudem Besprechungen mit Vertretern der Novartis und Syngenta statt. Seitens Chemie wurde kundgetan, dass eine nachhaltige Lösung des Deponieproblems im Interesse der Chemiefirmen ist. Die Novartis hat in der Folge eine Stiftung mit CHF 200 Mio. zur Sanierung der Deponiestandorte gegründet. Ende 2007 hat der Gemeinderat beschlossen, an der Einstellung des Trinkwasserbezuges festzuhalten und erst wieder über das weitere Vorgehen zu entscheiden, nachdem der unabhängige Bericht von Prof. Wildi sowie die Ergebnisse der Tierce Expertise vorliegen.

Geschäft 3695; Postulat Ursula Pozivil-Pfister, FDP-Fraktion, vom 14.12.2006

[Fehlender Fussgängerstreifen beim Kreisel Binningerstrasse](#)

Der Gemeinderat hat sich beim zuständigen Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Basel-Landschaft schriftlich für die Errichtung des Fussgängerstreifens eingesetzt. Am Ende des Berichtsjahres lag noch keine Stellungnahme seitens des Kantons vor.

Geschäft 3707; Postulat Hanspeter Frey, Ursula Pozivil-Pfister, FDP-Fraktion, vom 17.01.2007

[Trinkwasserversorgung](#)

Es wird auf die Ausführungen zum Geschäft 3669 verwiesen. Zudem steht der Gemeinderat in Preisverhandlungen mit der IWB betreffend Bezug von Hardwasser.

Geschäft 3723; Postulat Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 25.04.2007

[Fussweg von der Tramhaltestelle Gartenstrasse via Bachgraben / Robi-Spielplatz zum Hegenheimermattweg](#)

Die Ausarbeitung von Lösungsvarianten ist im 2008 unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten vorgesehen.

Geschäft 3724; Verfahrenspostulat Josua M. Studer, SVP-Fraktion, vom 25.04.2007

[Schriftliche Beantwortung von Interpellationen](#)

Das Büro des Einwohnerrates hat in seinem Bericht vom 19. Oktober 2007 zu Händen des Einwohnerrates dargelegt, dass dem Verfahrenspostulat zugestimmt werden kann. Es ist vorgesehen, die Vorlage in der Einwohneratssitzung vom 16. Januar 2008 zu behandeln.

Geschäft 3730; Postulat Felix Keller-Maurer, CVP-Fraktion; vom 23.05.2007

[Verlängerung der Buslinie 38 zum Bahnhof SBB](#)

Im Berichtsjahr wurden die Planungsarbeiten einer Busverbindung vom Bachgrabengebiet an den Bahnhof SBB von der Abteilung für öffentlichen Verkehr des Kantons Basel-Landschaft aufgenommen. Vgl. dazu auch Erläuterungen zum Geschäft 1356.

[ERLEDIGTE VORSTÖSSE DES EINWOHNERRATES – ANTRAG AUF ABSCHREIBUNG](#)

Aufgrund der nachstehenden Berichte und gestützt auf § 41 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat die Abschreibung der folgenden Geschäfte:

Geschäft 3217; Postulat SP/Kaktus-Fraktion, 09.02.2000

[Anbringen eines Fussgängerstreifens über die Parkallee Höhe Schützenweg](#)

Durch die Verlängerung der Buslinie 33 wurde ein späterer Einbezug der Parkallee in eine T-30-Zone unwahrscheinlich. Aufgrund dieses Umstandes hat die Gemeindepolizei Ende 2007 neue Zählungen der Fussgängerquerungen vorgenommen. Es zeigte sich, dass die Querungsmengen seit der letzten Zählung im Jahre 2001 nicht angestiegen sind und weiterhin unter den für das Anbringen eines Fussgängerstreifens vom bfu empfohlenen Mindestwerten liegen, obwohl die Überbauung Sandweg in der Zwischenzeit gebaut und bezogen worden ist. Dies dürfte u. a. auf die Platzierung der neuen Bushaltestellen in der Spitzwaldstrasse zurückzuführen sein. Es ist nicht zu erwarten, dass die Fussgängerfrequenzen an dieser Stelle der Parkallee je ein Niveau erreichen werden, welches das Anbringen eines Zebrastreifens rechtfertigen würde.

Geschäft 3689; Postulat Ivo Corvini und Felix Keller, CVP-Fraktion, vom 15.11.2006

[Veranstaltungen und Aktivitäten in Allschwil während der ‚Euro08‘](#)

Allschwil wird während der ‚Euro 2008‘ weder ein Fancamp noch eine UBS-Arena beherbergen. Aufgrund der schlechten Finanzlage sind seitens des Gemeinderates keine Aktivitäten geplant.

Geschäft 3715; Dringliche Motion, Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion; 14.03.2007

[Einsparungen beim Natur- und Amphibienschutz im Mühlebachtal](#)

Im Januar 2007 hat die Baudirektion entschieden, aus Spargründen unter anderem auf die im Projekt vorgesehene Besucherlenkung und Bewässerungsgräben zu verzichten. Der Gemeinderat hat in der Folge bei der Regierung interveniert und erreicht, dass die Besucherlenkung dennoch umgesetzt wurde. Dem Verzicht auf die Bewässerungsgräben wurde nur unter der Bedingung zugestimmt, dass die mit dem Projekt umzusetzenden Schutzziele im Mühlebachtal erreicht werden (Vorkommen von Zielarten, Erhaltung bzw. Bildung von Feuchtwiesen etc.). Im Rahmen einer Erfolgskontrolle wird das Erreichen der Schutzziele laufend überprüft. Sollte festgestellt werden, dass die Schutzziele nicht erreicht werden, hat sich der Kanton verpflichtet, diesbezüglich weitere Massnahmen zu ergreifen.

Geschäft 3728; Postulat Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 23.05.2007

[Finanzielle Entwicklung der Spitex](#)

Im Zusammenhang mit der Neuregelung des Finanzausgleiches (NFA) und der damit verbundenen gesetzlichen Finanzierungspflicht der Spitexleistungen durch die Gemeinden entstehen ab 2008 erhebliche Mehrkosten. Zur Kompensation der ausfallenden Bundesbeiträge wurden im Voranschlag 2008 zusätzlich CHF 500'000.00 eingestellt. Zur Finanzierung der ebenfalls nicht mehr vom Kanton getragenen überkommunalen Aufgaben sind zusätzlich CHF 30'000.00 veranschlagt worden.

Geschäft 3729, Postulat Franziska Pausa, SP/EVP Fraktion; vom 23.05.2007

Littering 2007

Littering ist ein gesellschaftliches, gesamtschweizerisches Problem, welches von Fachstellen angegangen werden muss. Es braucht landesweite Erziehungskampagnen und begleitende Massnahmen wie die Wiedereinführung von Depotgebühren beispielsweise auf PET- und Glasflaschen oder anderen Gebinden. Örtlich und zeitlich befristete Einzelaktionen wirken nicht nachhaltig. Das zeigt die aus heutiger Sicht eher wirkungslose Aktion aus dem Jahre 2006 deutlich. Littering findet überall und nicht nur bei Wertstoffsammelstellen statt. Der gezielte Einsatz von Videogeräten ist folglich ein untaugliches Mittel und zudem im Kanton Basel-Landschaft aus Gründen des Datenschutzes nur im Zusammenhang mit Verbrechen und Vergehen erlaubt. Die Verwendung zur Eruerung von Abfallsünderinnen und -sündern ist laut Auskunft des Datenschutzbeauftragten ausgeschlossen. Als repressives Mittel bleibt damit nur die in Allschwil bereits angewendete sporadische oder schwerpunktmässige Beobachtung bekannter Abladestellen.

BEANTWORTUNG VON INTERPELLATIONEN

Im Rahmen der Sitzungen des Einwohnerrates haben die zuständigen Departementsvorsteherinnen bzw. Departementsvorsteher auf folgende Interpellationen geantwortet:

Gegenstand	Interpellant/in	Geschäft Nr.
▪ Allschwiler Wald	Sarah Lorenz und Mathilde Oppliger, beide CVP-Fraktion	3722
▪ Aufhebung der Gratisparkplätze in Basel-Stadt und Konsequenzen für Allschwil	Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion	3748
▪ Deponie Le Letten	Sarah Lorenz und Mathilde Oppliger, beide CVP-Fraktion	3721
▪ Einbezug von Allschwil in das Organisations- und Sicherheitskonzept während der Euro 08	Dr. Ivo Corvini und Felix Keller, beide CVP-Fraktion	3690
▪ Retentionsbecken Lützelbach	Felix Keller, CVP-Fraktion	3709
▪ Unterhalt und Pflege der Wegmatten	Andreas Bammatter und Claude Rothen, beide SP/EVP-Fraktion	3693

VERNEHMLASSUNGEN DES GEMEINDERATES

Der Gemeinderat gab im Berichtsjahr u.a. zu folgenden Entwürfen über Gesetzesrevisionen und Erlassen seine Stellungnahmen ab:

- Verordnung über die Nachführung der Amtlichen Vermessung durch eine patentierte Ingenieur-Geometerin oder einen patentierten Ingenieur-Geometer (Nachführungsverordnung)
- Verordnung über Geoinformation (GeoVO)
- Änderung der Verordnung über den Schulärztlichen Dienst
- Einführung von Informationstechnologien (ICT) an der Primarschule als Unterrichtshilfe (2008 bis 2013)
- Festlegung der Mitgliederzahlen der Schulräte der Sekundarschulen gemäss § 80 Abs. 3 des Bildungsgesetzes für die Amtsperiode vom 1. August 2008 bis 31. Juli 2012
- Verordnung zur Sonderschulung
- Raumplanungs- und Baugesetz
- Gesetz über die Enteignung (Enteignungsgesetz)
- Sozialhilfeverordnung
- Kantonale Asylverordnung
- Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit

- NFA-gesetzesbedingte Verordnungsanpassungen
- Gesetz über die Verfassungs- und Verwaltungsprozessordnung (VPO)
- Gesundheitsgesetz
- Gesetz über den Schutz von Personendaten (Datenschutzgesetz)
- Anwaltsgesetz

PROJEKTE DES GEMEINDERATES

Der Stand der gemeinderätlichen Projekte per 31. Dezember 2007 kann der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden.

Projekt-No.	Projektbezeichnung	Status per 31.12.2007	Zust. Dept.
95002	Liegenschafts- und Baulandbewirtschaftung - Areal Wegmatten, Nutzung - Verkauf Parzellen B 42 und B 17 - Pestalozzi Areal (in Verb. mit Projekt 95052) - Verkauf Parzelle B 2879, Hinterland Heimatmuseum	aktiv Teilprojekt BR-Vertr. Baslerstr. 63 abgeschl. 2005 Teilprojekt QP WIB abgeschlossen 2006	HB-RPL
95009	Feuerwehrgebäude; Ersatz Betriebsgebäude Neue Projektorganisation; Bearbeitung in 3 Teilprojekten (Projekt E+S / Neubauprojekt Zweckbaute/Projekteinkauf / Totalsanierung) Teilprojekt 3 wird weiter bearbeitet	aktiv Teilprojekte 1 und 2 abgeschlossen	HB-RPL
95017	Begegnungszentrum und Robinsonspielplatz (Kinder- und Familien-Freizeithaus)	abgeschlossen 2007	HB-RPL
95018	Schulraumplanung; Übernahmemodalitäten gem. Bildungsgesetz	aktiv	HB-RPL
95038	Sportanlage im Brüel (Bauabrechnung)	aktiv	HB-RPL
95039	Zonenplan Siedlung; Raumplanungskonzept – Totalrevision (öffentliches Auflageverfahren / regierungsrätliches Genehmigungsverfahren)	aktiv	HB-RPL
95040	Zonenplan Landschaft; Richtplan – Totalrevision	aktiv	HB-RPL
95041	Schulbauten – Schulraumgliederung	aktiv	HB-RPL
95052	Doppelkindergarten (Areal Liegenschaft Baslerstrasse 59) (Alternativprüfung zu Tageskindergartenangebot Rankacker erledigt)	sistiert FiPla Prio.3 (2007)	HB-RPL
95005	Individualverkehr; Kreuzungssanierungen Grabenring – Hegenheimermattweg / Baslerstrasse – Grabenring / Binneringerstrasse – Fabrikstrasse / linksufriges Bachgrabengebiet	aktiv Teilprojekt Binneringerstr.- Fabrikstrasse abgeschlossen	TB-U
95023	Abfallbewirtschaftung; Studie Lindenplatz – Sammelstellen Neuallschwil	aktiv	TB-U
95025	Öffentlicher Verkehr; Direkt zum Bahnhof SBB	aktiv	TB-U
95026	Regionaler Individualverkehr – Südumfahrung	aktiv	TB-U
95042	Flugverkehr	aktiv	TB-U

95044	Mühlebachtal; Naturschutzzone – Hochwasserschutz – Erholungszone	aktiv Geolog. Denkmal abgeschlossen 2005	TB-U
95045	Verkehrssicherheit – innerorts (insb. Tempo 30)	aktiv Allg. verkehrsber. Massnahmen abgeschlossen 2005	EWD-SI
95046	Tageskindergarten (Alternativprüfung: Doppelkindergarten Hegenheimer- mattweg abgeschlossen)	aktiv	BEK
95047	Familienergänzende Betreuungsangebote	abgeschlossen 2007 Umzug Tagesheim Schl.matten nach Baslerstr. 63 abgeschlossen	SD-G
95049	Outsourcing – Insourcing von Dienstleistungen	aktiv	VF
95050	Verwaltungscontrolling; Steuerungsprozesse – Finanz- verordnung	aktiv	VF
95051	Führungsschulungen; in-house-Lösungen	aktiv	VF
95053	Zivilschutz-Reform; Umsetzung – Zusammenschluss mit Schönenbuch	aktiv Zus.arb. mit Partnerorg. abgeschlossen 2005	EWD-SI
95054	Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse	aktiv	HB-RPL
95056	Tagesschule auf Primarschulstufe	aktiv seit 2006	BEK
95057	Friedhof; Gesamtkonzept – Gestaltung	aktiv ab 2006	TB-U
95058	Euro 08	aktiv seit 2006	EWD-SI
95059	Alterskonzept – Pflege und Betreuung im Alter	aktiv ab 2007	SD-G
95060	Harmonisierung Einwohnerregister	aktiv ab 2007	EWD-SI
95061	Chemiemülldeponien Elsass; Sanierungen	aktiv ab 2007	TB-U

Aus dieser Übersicht ergibt sich, dass per 31. Dezember 2007 von den insgesamt 29 gemeinderätlichen Projekten (drei neue Projekte im Berichtsjahr) zwei Projekte abgeschlossen werden konnten, ein Projekt sistiert wurde und 26 Projekte aktiv in Bearbeitung stehen.

Für die Bearbeitung der gemeinderätlichen Projekte wurden durch die Mitarbeitenden im Jahr 2007 insgesamt 4'042 Stunden rapportiert. Gegenüber dem Vorjahr (4'100 Std.) entspricht dies einer Abnahme von rund 58 Arbeitsstunden.

BEURTEILUNG DES ZIELERREICHUNGSGRADES

Allgemeine Zielverfolgungen / Zielerreichung:

Gestützt auf die Berichte der Projektverantwortlichen kann festgestellt werden, dass die vom Gemeinderat vorgegebenen Projektziele verfolgt wurden. Sämtliche Zielsetzungen stehen im Einklang zur Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung.

Das Projekt ‚Doppelkindergarten‘ (Projekt 95052; Areal Baslerstrasse 63) ist erstens aufgrund der neuen Schulentwicklung (evt. Einführung der Basisstufe) und zweitens aufgrund der geringeren Anzahl von Kindern mindestens bis 2012 sistiert. Somit wurden in diesem Zusammenhang auch keine Arbeiten ausgeführt.

ZEITACHSEN – VERZÖGERUNGEN

Projekt 95005; Aufgrund eines Entscheides der Bau- und Umweltschutzdirektion Basel-Landschaft (BUD) dürfen ab sofort keine Kaphaltestellen mehr realisiert werden. Dies bedeutet eine grundsätzliche Überarbeitung des Projektes Kreisel Grabenring / Baslerstrasse respektive Gesamtsanierung Baslerstrasse. Es wird mit Verzögerungen von einem bis zwei Jahren gerechnet. Die Ausführung der 1. Etappe ist somit erst im Jahre 2010 oder 2011 zu erwarten. Bezüglich Kostenteiler zum Kreisel konnte noch keine Einigung gefunden werden.

Projekt 95023; Die Landratsvorlage für die Gesamtsanierung der Baslerstrasse liegt noch nicht vor, befindet sich jedoch in Ausarbeitung. Ansonsten besteht die gleiche Ausgangslage wie per 30. Juni 2007. Im Rahmen der Finanzplanung hat der Gemeinderat die Kosten für die Umgestaltung des Lindenplatzes ersatzlos gestrichen. Das Projekt einer neuen Werkstoffsammelstelle auf dem Lindenplatz bleibt jedoch bestehen. Die Realisierung ist im Jahr 2012 vorgesehen.

Projekt 95025; Im Rahmen der Verkehrsstudie Bachgraben wurde eine neue Möglichkeit der Anbindung an den Bahnhof SBB entwickelt: Verlängerung der Buslinie 38 zumindest in Spitzenstunden an den Bahnhof SBB. Die Idee stösst sowohl bei der kantonalen Abteilung für öffentlichen Verkehr als auch bei der BVB auf Interesse. Eine Stellungnahme der kantonalen Fachstellen und der BVB/BLT zu dieser Variante wird voraussichtlich Ende Juni 2008 vorliegen. Eine Inbetriebnahme wird jedoch erst mit dem neuen Generellen Leistungsauftrag 2010 bis 2013 möglich sein.

Projekt 95026; Der Landrat hat beschlossen, die Initiative gegen die Südumfahrung nicht zu unterstützen. Darauf hin hat das Komitee die Initiative zurückgezogen, aber bereits wieder eine neue Initiative angekündigt. Seitens Allschwil ist vorgesehen, die Planungen zur Südumfahrung in das Projekt ‚Grenzüberschreitender Verkehr‘ zu integrieren. Die Realisierung des Anschlusses Nordtangente (Zubringer Allschwil) ist im Rahmen der Südumfahrung zu thematisieren. Der Bericht des Gemeinderates zu Handen des Einwohnerrates mit den Ergebnissen der Verkehrsstudie Bachgraben wurde vom Gemeinderat genehmigt. Die Information der Öffentlichkeit soll im Rahmen einer Medienkonferenz im Januar 2008 erfolgen. Alle drei Teilprojekte verzögern sich um ein Jahr. Die Realisierung der Route des Carrières (Verbindungsstrasse Hegenheimermattweg – Landesgrenze) soll im Rahmen des Projektes ‚grenzüberschreitender Verkehr‘ untersucht werden. Hier wird eine Verzögerung von rund fünf bis sechs Jahren erwartet.

Projekt 95044; Der Kanton teilt die Umsetzung des Trittsteinbiotops auf der Läuberen in drei Etappen ein, die im Abstand von jeweils zwei Jahren ausgeführt werden. Das Baugesuch der ersten Etappe wurde eingereicht und befindet sich zurzeit in Prüfung bei den kant. Amtstellen. Die Ausführung wird im 2008 stattfinden (Verzögerung um ca. ein Jahr). Der Endgestaltungsplan ‚Täli Ziegeleiareal‘ wurde Ende Juni 2007 zur Bereinigung an die Grundeigentümer zurückgegeben. Bis Mitte Dezember 2007 lag der bereinigte Plan noch nicht vor. Aufgrund dieser Verzögerung wird gemäss übergeordnetem Terminprogramm die Ausführung des Täli erst im 2009 möglich sein.

Projekt 95045; Die Vorlage ‚Tempo 30‘ zu Handen des Einwohnerrates liegt vor. Das Parlament wird voraussichtlich im Januar / Februar 2008 darüber befinden. Das gesamte Projekt verzögert sich um ca. ein Jahr.

Projekt 95053; Gespräche mit Binningen betreffend Zusammenschluss des Zivilschutzes mit den Gemeinden Binningen und Schönenbuch haben gezeigt, dass eine ‚Fusion‘ mit Binningen als Fernziel zu klassieren ist. Indes konnte der Vertrag mit Schönenbuch bereinigt und muss von der Gemeindeversammlung Schönenbuch genehmigt werden. Alsdann wird die Vorlage an den Einwohnerrat ausgearbeitet. Diese Schritte erfolgen im 2008.

Projekt 95060; Erste Vorbereitungsarbeiten des Projektes ‚Harmonisierung Einwohnerregister‘ wie Kontrolle der Erfüllung der Vorgaben des Merkmalkataloges und Überprüfung der Datenqualität im Einwohnerregister wurden bereits erledigt. Es wird eine Verzögerung bedingt durch die Abhängigkeit vom kantonalen Vorgehen erwartet.

Projekt 95046; Die Inbetriebnahme des Tageskindergartens wurde auf den Schuljahresbeginn 2009/2010 verschoben. Das Departement Bildung-Erziehung-Kultur beantragte dem Gemeinderat diese Verschiebung sowohl im Hinblick auf die Bedürfnisse der Eltern (allfällige Betreuungslücken) als auch unter dem Gesichtspunkt des Bezugs der Überbauung Rankacker (verbindliche Zusagen seitens der Bauherrschaft fehlen).

Projekt 95059; Der Zeitrahmen für das Konzept Betreuung und Pflege im Alter konnte nicht eingehalten werden: Die Ausarbeitung der Leistungsvereinbarung (LV) beansprucht mehr Zeit als geplant. Das Projekt verzögert sich um rund ein Jahr.

Die Verzögerungen können der detaillierten Projektübersicht entnommen werden.

PROJEKTZIELERGÄNZUNGEN – PROJEKTKORREKTUREN – NEUE PROJEKTE

Die Projektaufträge 95059 ‚Alterskonzept – Pflege und Betreuung im Alter‘, 95060 ‚Harmonisierung Einwohnerregister‘, 95061 ‚Chemiemülldeponien Elsass, Sanierung‘ sind seit anfangs 2007 aktiv.

DANK

Der Gemeinderat dankt an dieser Stelle den zahlreichen Personen, die sich im vergangenen Jahr mit grossem Engagement in den verschiedenen Behörden, Kommissionen und Arbeitsgruppen aktiv für die Interessen unserer Gemeinde eingesetzt haben. In diesem Zusammenhang müssen aber auch die unzähligen freiwilligen Helferinnen und Helfer erwähnt werden, die sich in den verschiedenen Organisationen und Vereinen betätigen und damit einen äusserst wertvollen Beitrag zur Entwicklung unseres Gemeinwesens leisten.

Schliesslich danken die Mitglieder des Gemeinderates allen Mitarbeitenden der Verwaltung, welche sich im verflossenen Jahr dafür eingesetzt haben, dass die Einwohnerinnen und Einwohner über optimale Dienstleistungen verfügen können.

GEMEINDERAT ALLSCHWIL

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident

Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin

Präsidialdepartement

Verwaltungsführung

Geschäftsbericht 2007

Vorsteher: Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident
Stellvertreterin: Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin



*Regierungstätigkeit ist Politik ,en gros':
Verwaltungstätigkeit ist Politik ,en détail'.*

*Richard Wiggins (*1923), amerik. Politologe*

Dr. Anton Lauber

1. STANDORT- UND WOHNORTMARKETING – WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

STANDORT- UND WOHNORTMARKETING

Das Jahr 2007 begann einmal mehr mit dem traditionellen Dreikönigsapéro mit Neujahrsansprache des Gemeindepräsidenten und beschwingten Melodien des Allschwiler Gospelchors. Gegen 400 Einwohnerinnen und Einwohner nahmen am Anlass teil.

Am 13. Juni und 21. November fanden die halbjährlichen Zuzügerapéros statt. Die neuen Allschwilerinnen und Allschwiler erfuhren alles Wissenswerte über ihr neues Zuhause. Am 13. Juni wurden zudem erstmals auch die Wohnjubilare eingeladen, d.h. alle Einwohnerinnen und Einwohner, welche im 2007 genau 50 oder 60 Jahre in Allschwil wohnten. Diese Neuerung wurde von den Wohnjubilarinnen sehr geschätzt, neue und „alteingesessene“ Allschwilerinnen und Allschwiler konnten Erfahrungen austauschen und Kontakte knüpfen. Aufgrund dieser guten Erfahrung werden auch inskünftig die Wohnjubilare für den Zuzügerapéro im ersten Halbjahr eingeladen. Die beiden Apéros wurden von verschiedenen Ensembles der Musikschule Allschwil musikalisch umrahmt.

Im Berichtsjahr wurde eine englische Übersetzung der Broschüre „Allschwil auf einen Blick“ für Neuzuzüger erstellt. „Allschwil at a glance“ wird z.B. von den Mitarbeitenden international tätiger (und international rekrutierender) Firmen gern entgegengenommen.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Die Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Verbänden, Politik und Verwaltung, führte unter dem Vorsitz von Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber im Berichtsjahr drei Anlässe durch: Am 8. Februar war die AG Wifö zu Gast bei Fisher Clinical Services am Steinbühlweg. Die Mitglieder erhielten Einblick in das vielfältige Dienstleistungsangebot dieser weltweit tätigen Pharma-Dienstleistungsfirma, die sich vom Start-up-Unternehmen zur weltweiten Nr. 1 für die komplexe Logistik von klinischen Studien entwickelt hat.

Am 10. Mai diskutierte die AG Wifö mit Referent Hermann Amstad über die Entwicklung der Trinationalen Zusammenarbeit, die u.a. mit der Einrichtung einer Informationsstelle für KMU (INFOBEST Palmrain) im grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum entscheidend optimiert wurde.

Am 29. Oktober traf sich die AG Wifö mit Regierungsrat Urs Wüthrich zur Besprechung der „Investitionen in Bildung und Ausbildung und die Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz“. Wissen und Bildung gelten als Lebensnerv unserer Wirtschaft und müssen gezielt gefördert werden, damit die qualifizierten Arbeitskräfte nicht vermehrt aus dem Ausland importiert werden müssen.

Die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung traf sich im Berichtsjahr achtmal zum Informationsaustausch über alle relevanten Themen (Quartierplanungen, Raumplanungsfragen, Firmenanfragen etc.). Diese interne Arbeitsgruppe besteht aus Mitarbeitenden der Bereiche Verwaltungsführung, Hochbau-Raumplanung sowie Wirtschaftsförderung/Standortmarketing.

Am 21. Juni fand der Unternehmertreff der KMU Allschwil-Schönenbuch statt. Der durch die Gemeinde Allschwil verliehene Unternehmerpreis wurde Herrn Peter Anderegg für seine besonderen Verdienste im Bereich der Lehrlingsausbildung und Lehrlingsbetreuung bei der Louis Risi AG übergeben.

Im zweiten Semester des Jahres 2006 häuften sich leider die Anschläge militanter, gewaltbereiter Tierschützer auf die Privatwohnungen leitender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Life-Sciences-Unternehmen. Betroffen waren mehrmals auch Mitglieder der Geschäftsleitung des Allschwiler Unternehmens Actelion. Als Signal für Actelion, aber auch, um einen Überblick über die Koordination der kantonalen Sicherheitsvorkehrungen zu erhalten, lud die Wirtschaftsförderung die Verantwortlichen der Kantonspolizei Basel-Stadt und Basel-Landschaft und der Firma Actelion zu einem Round-Table-Gespräch am 8. Februar 2007 ein. Seitens der Gemeindeverwaltung nahmen Gemeindepräsident Anton Lauber, der Abteilungsleiter Gemeindepolizei Heinz Schäfer sowie Gisela Traub, Stabsstelle Wirtschaftsförderung, teil. Die Sitzung verlief ausgesprochen konstruktiv und brachte allen Beteiligten interessante Informationen. Exponenten von Actelion, alle Mitarbeiter der Gemeindepolizei sowie Gisela Traub liessen sich in der Folge bei EWAS (Early Warning System) registrieren und erhalten seitdem frühzeitig Kenntnis von geplanten Aktionen. Wegen des positiven Verlaufs der Besprechung wurde angeregt, den Informationsaustausch ca. im Jahresrhythmus – evtl. unter Einbezug von Vertretern weiterer betroffener Vorortsgemeinden aus dem Kanton Basel-Landschaft – zu wiederholen.

Im Sommer des Berichtsjahres trat die Allschwiler Firma Fisher Clinical Services an die Wirtschaftsförderung heran: Aufgrund der ausserordentlich guten Geschäftsentwicklung und dem damit verbundenen notwendigen Ausbau seiner Aktivitäten will das Unternehmen möglichst nahe beim jetzigen Domizil expandieren. Für Fisher Clinical Services wurde der Kontakt mit Immobilien Basel – vormals Zentralstelle für Staatlichen Liegenschaftsverkehr Basel-Stadt – hergestellt und das Unternehmen in allen diesbezüglichen Fragestellungen unterstützt. Im Dezember wurde durch Immobilien Basel den Familiengärtnern auf der angrenzenden Parzelle A-1054 gekündigt (sie erhalten Ersatz-Gärten angeboten). Fisher Clinical Services hat sich für die Hilfeleistung ganz ausdrücklich bedankt.

Zwei neue Gebäude des i-parc allschwil, projekt 47 (Grundsteinlegung am 19. September 2006) sind im Zeitplan; das erste, von der Firma Polyphor reservierte Objekt ist bezugsbereit, das zweite Gebäude steht kurz vor der Fertigstellung; der Innenausbau kann von den künftigen Mietern mitbestimmt werden.

Am 18. Dezember feierte Actelion Pharmaceuticals Ltd das 10. Firmenjubiläum. Gleichzeitig fand die Grundsteinlegung für das neue Business-Center in Allschwil statt.

2. TÄTIGKEITEN IN REGIONALEN GREMIEN

TRINATIONALER EURODISTRICT BASEL (TEB)

GRÜNDUNGSSITZUNG

Am 26. Januar 2007 fand in Saint-Louis die offizielle Gründungssitzung des TEB (Trinationaler Eurodistrict Basel) statt. In feierlichem Rahmen wurde der Vorstand durch die Mitgliederversammlung gewählt. Im Vorstand des TEB nehmen acht Vertreterinnen und Vertreter der Schweiz Einsitz.

Der Kanton Basel-Landschaft wird im TEB-Vorstand durch die Regierungsräte Urs Wüthrich und Jörg Krähenbühl vertreten, die Gemeinde Allschwil durch Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber. Einstimmig wurde Herr Walter Schneider (Landskreis Lörrach) zum ersten Präsidenten des TEB gewählt. Gleichzeitig wurde der Districtsrat unter dem Präsidium von Dr. Hermann Amstad konstituiert. Des weitern wurden die verschiedenen nationalen Delegationen gebeten, ihre zwei oder drei Vertreter für die fachlichen Koordinationsgruppen zu benennen.

TEB-STRATEGIE

Seit mehr als drei Jahren arbeitet das (bisherige) TAB Planungsbüro und nun die TEB-Geschäftsstelle am Entwicklungskonzept 2006-2020. Das Ergebnis dieser Arbeiten wird in drei Bänden vorliegen: Band 1 trägt den Titel ‚Eine Zukunft zu Dritt‘ und beschäftigt sich mit den Grundlagen der Trinationalen Agglomeration Basel. Der Band 2 setzt sich mit der Entwicklungsstrategie 2006-2020 auseinander. Der dritte Band ist in Arbeit.

EU FÖRDERPROGRAMME

Anlässlich der Mitgliederversammlung vom 29. Juni wurden die Mitglieder des TEB darüber informiert, dass Körperschaften, welche die Möglichkeit zur Einreichung eines Subventionsantrags für INTERREG IV im Rahmen eines grenzüberschreitenden Projektes prüfen wollen, Kontakt mit dem Präsidenten und der Geschäftsstelle TEB aufnehmen können. Am 12. November fand ein erster INTERREG IV Workshop statt; am 17. Dezember folgte ein zweiter. Als verwaltungstechnisch vorrangig wurden die zwei Projekte ‚Tarifkooperation‘ und das Landschaftsprojekt ‚Dinkelbergpark + Schweiz und Frankreich‘ eingestuft. Weitere konkrete Projekte, die durch EU-Gelder finanziert werden sollen, wurden noch nicht definiert.

SCHWERPUNKTTHEMA VERKEHR

Der TEB widmete im Berichtjahr vorab dem Thema ‚Nahverkehr‘ besondere Aufmerksamkeit. Vier Projekte wurden vorgestellt, die für die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit künftig eine besondere Bedeutung erlangen werden: Grenzüberschreitender Tarifverbund; Buslinie Rheinfeldens; Park & Ride Saint-Louis. Gleichzeitig wurde am 16. September unter der Schirmherrschaft des TEB das Projekt ‚Slow-UP‘ umgesetzt, welches die Förderung des Langsamverkehrs (Inline-, Velo- und Fussverkehr) im Perimeter des TEB aktiv angehen will. Weitere aktuelle Themen sind nebst der Raumplanung und dem Städtebau generell der öffentliche Nahverkehr, die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt, Bildung, Kultur und Soziales sowie Gesundheit.

PROJEKT IBA

Der Vorstand des TEB unterstützt das Vorhaben einer Internationalen Bauausstellung ‚IBA Basel 2020‘. Entsprechend wurde das Planungsbüro Basel-Stadt mit der Erarbeitung eines Konzepts für dieses Vorhaben beauftragt. Die Expertengruppe ‚Raumordnung und Verkehr‘ erarbeitet in Zusammenarbeit mit dem Baudepartement Basel-Stadt eine Konzeption zur Umsetzung des IBA-Konzeptes, insbesondere zur Frage der Organisation und der Finanzierung. Der Gemeinderat Allschwil steht der Idee einer ‚IBA Basel 2020‘ grundsätzlich positiv gegenüber. Auch die Rückmeldungen von französischer und deutscher Seite sind bis heute positiv. Schwieriger wird die Thematik, sofern eine Kostenbeteiligung am Projekt erwartet würde. Aktuell wird das Projekt durch Zuschüsse der Schweizerischen Eidgenossenschaft an den Stadtkanton sowie durch Eigenmittel des Kantons Basel-Stadt finanziert. Der TEB-Vorstand hat einen Junior Projektleiter mit der Ausarbeitung eines Memorandums ‚IBA Basel 2020‘ beauftragt.

INFOBEST PALMRAIN

VEREINBARUNG MIT TEB

Die Absicht der Partner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die Mittel für eine grössere Effizienz der Dienste von INFOBEST Palmrain zu bündeln, hat zu einer Annäherung zwischen dem TEB und der INFOBEST Palmrain, der Informations- und Beratungsstelle für Werktätige und Unternehmer am südlichen Oberrhein, geführt. In einer Vereinbarung wurden nun neu zwischen dem TEB und der INFOBEST Palmrain die Bedingungen und Modalitäten einer weiteren fruchtbaren Zusammenarbeit im gemeinsamen Gebiet geregelt. Langfristig ist geplant, die INFOBEST Palmrain zusammen mit dem TEB in eine gemeinsame Struktur zu integrieren.

REGIO TRI RHENA

Die Sitzung des Gesamtvorstandes des RegioTriRhena-Rats fand am 5. März in Freiburg statt. Im Rahmen von Präsentationen zum Thema ‚Trinationale Studiengänge‘ und einer anschliessenden Diskussion haben die Mitglieder des Gesamtvorstands das Projekt eines trinationalen Studienganges im Bereich Chemie in der Regio-TriRhena zur Kenntnis genommen. Um die Kooperation zu fördern, wird der Schwerpunkt der jährlichen Tagung der RegioTriRhena auf der Berufsbildung in den drei Ländern Deutschland, Frankreich und der Schweiz liegen.

Im Rahmen der ENSISA Lumière Mulhouse fand am 17. September die Veranstaltung ‚Herausforderungen und Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der Berufsbildung in der RegioTriRhena‘ statt. Die RegioTriRhena beschäftigt sich mit Themen von Wirtschaft (Kooperation der Messengesellschaften der RegioTriRhena), Kultur (ExpoTriRhena in Lörrach, Netzwerk Regionale Geschichte der RegioTriRhena), Soziales Leben (RegioTriRhena-Kindertreffen) und dem Austausch mit anderen europäischen Grenzregionen (AGEG Arbeitsgemeinschaft der Europäischen Grenzregionen, Grenzregion DKMT, Süd-Ungarn, Serbien, Rumänien).

VORORTSKONFERENZ (VOK)

KULTURBEITRÄGE AN BASEL-STADT

Nebst der Fussball-Europameisterschaft Euro 2008 beschäftigte sich die Vorortskonferenz (VOK) mit den ‚kommunalen Beiträgen an kulturelle Zentrumsleistungen Basel-Stadt‘. Zur Diskussion stand eine Art Pool, der durch Pro-Kopf-Beiträge der Mitgliedergemeinden (virtuell) geäußert werden sollte. Letztlich wurde klargestellt, dass keine finanziellen Transaktionen stattfinden sollten, sondern die Überweisungen an die verschiedenen Institutionen immer noch direkt durch die Gemeinden getätigt werden. Vorgeschlagen wurde ein Gemeindebeitrag von CHF 5.00 pro Einwohnerin und Einwohner. Die jeweiligen Kulturbeauftragten derjenigen Gemeinden, die sich an diesem Pool beteiligen, sollten dann gemeinsam bestimmen, welche Institutionen mit Zahlungen aus dem Pool gefördert werden. Daneben stünde es jeder Gemeinde frei, weitere Beiträge an Institutionen des Kantons Basel-Stadt zu bezahlen. Unter Berücksichtigung der finanziellen Situation sowie unter gebührender Beachtung der beschlossenen Budgetvorgaben pro 2008 schloss sich der Gemeinderat Allschwil mit Beschluss vom 15. Mai dem Pool-Gedanken nicht an. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die heutigen Beitragsleistungen der Gemeinde an kulturelle Institutionen des Kantons Basel-Stadt zum ersten genügen und zum zweiten nicht der politischen Diskussion im Einwohnerrat im Rahmen der Budgetdebatte entzogen werden sollten.

FINANZIELLE BETEILIGUNG AM EURODISTRICT TEB

Mit Schreiben vom 9. Oktober unterbreitete die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BKSD des Kantons Basel-Landschaft der Vorortskonferenz den Entwurf einer Landratsvorlage für die gemeinsame Beteiligung der Gemeinden und des Kantons am Trinationalen Eurodistrict Basel für die Jahre 2008 bis 2010 zur Vernehmlassung. Der TEB Vorstand hatte anlässlich seiner Sitzung vom 24. September das Budget für die kommenden drei Jahre beschlossen. Dabei trägt der Kanton Basel-Landschaft im ersten Verteiler einen Finanzierungsanteil von CHF 114'750.00 pro Jahr. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft schlägt nun vor, innerhalb des Kantons einen Kostenteiler von 2/3 Gemeinden und 1/3 Kanton zu Anwendung kommen zu lassen. Dadurch ergäbe sich in der Konsequenz eine mehrheitliche Vertretung der Gemeinden sowohl im Vorstand des TEB (neu 2 Gemeinde- und 1 Kantonsvertreter) als auch im Districtsrat (5 von 8 Districtsratsmitgliedern). Zur Begründung führt der Regierungsrat an, dass es sich beim TEB um ein Kooperationsprojekt unter kommunalen Gebietskörperschaften handle und sich deshalb der Hauptnutzen für die Gemeinden ergäbe, insbesondere für diejenigen mit direktem Bezug zum Ausland. Der Kanton sehe seine Funktion vorab in der Koordination und als Drehscheibe. Diese Argumentation ist auf Kritik gestossen. Zahlreiche im TEB behandelte Themen (Siedlungsentwicklung, Verkehrskonzepte, Tarifkooperation im öffentlichen Verkehr, Umweltkonzepte, Bildung, Gesundheit etc.) sind von der Thematik her auf Kantonsebene, wenn nicht gar höher anzusiedeln. All diese Themen haben nur wenig mit den im Rahmen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden effektiv den Gemeinden zugewiesenen Aufgaben zu tun. Es ist zwar richtig und wichtig, dass die Gemeinden ihre lokalen Bedürfnisse direkt einbringen können, doch müssen die regionalen Themen als solche auf kantonaler Ebene angegangen werden. Damit stehen weder die definitive Sitzverteilung im Vorstand des TEB noch der definitive Kostenteiler fest.

KOSTEN-BETEILIGUNG AN INFOBEST PALMRAIN

Die trinationale Auskunftsstelle auf der Palmrainbrücke existiert seit 1993 und erledigt rund 4'000 Anfragen pro Jahr. Es werden drei Mitarbeitende beschäftigt, je eine Person aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz. So versteht sich Infobest Palmrain als bürgernahe Drehscheibe für Auskünfte aller Art, sei es für Firmen, Grenzgänger oder Privatpersonen. Die Infobest Palmrain verfügt über ein Jahresbudget von CHF 291'000.00, das zu je einem Drittel von Deutschland, Frankreich und der Schweiz finanziert wird. Da nun künftig die INTERREG-Fördergelder wegfallen werden, sollen diese durch Zahlungen der (grösseren) Nachbargemeinden von jährlich je CHF 2'500.00 kompensiert werden. Auch diesbezüglich wurde noch kein definitiver Entscheid gefällt.

METROBASEL

Metrobasel ist primär aus der Wirtschaft heraus entstanden, währenddessen sich der Eurodistrict TEB vorab auf die politischen Entscheidungsträger wie auf Schweizer Seite die Kantone und die Gemeinden abstützt. Ziel von Metrobasel ist die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Basel mit Schwerpunkt Pharma und Life-Sciences; dies wohl im Verhältnis zu Zürich als ‚Bankenplatz Schweiz‘. Metrobasel soll einerseits von Industrie und Wirtschaft, andererseits von der Politik (Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Aargau sowie Gemeinden) finanziert werden. Zu diesem Zweck bestehen verschiedene Mitgliedschaftsmöglichkeiten für die Gemeinden. Zur Diskussion steht zurzeit die Mitgliedschaft in Form einer ‚Gemeindegruppe‘ zu einem Mitgliederbeitrag von CHF 15'000.00 pro Jahr. Definitive Entscheide sind in der ersten Jahreshälfte 2008 zu erwarten.

VERBAND DER GEMEINDEPRÄSIDENTINNEN UND GEMEINDEPRÄSIDENTEN DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT (VGP)

Der Verband der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten des Kantons Basel-Landschaft (VGP) hat sich folgende Zielsetzungen und Aufgaben gegeben: Stopp des Zerfalls des Milizsystems, Massnahmen gegen die wachsenden Zentralismus-Tendenzen des Bundes und vor allem des Kantons, die Erneuerung und Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, Abbau der negativen Entwicklungen aus der Revision der Bildungsgesetzgebung sowie die Vorbereitung für eine aktive Rolle als Arbeitgeberverband Gemeinden Basel-Landschaft. Im Berichtsjahr entfaltete der Verband allerdings keine nennenswerten Aktivitäten.

VERWALTUNGSRAT LV LOKALZEITUNGEN VERLAGS AG (ALLSCHWILER WOCHENBLATT)

Auf das Berichtsjahr 1. Juli 2006 bis 30. Juni 2007 wurden die Aktivitäten der einzelnen Lokalzeitungen (Allschwiler Wochenblatt, Reinacher Zeitung, Birsfelder Anzeiger, Muttenzer/Pratteler Anzeiger) in der neuen Gesellschaft ‚LV Lokalzeitungen Verlags AG‘ in Birsfelden zusammengeführt. Alle Mitarbeitenden arbeiten nun in den ehemaligen Räumlichkeiten der Schnell AG in Birsfelden. Um die Präsenz vor Ort in Allschwil aufrecht zu erhalten, wurden im Gebäude der Spitex an der Baslerstrasse 247 spezielle Sprechstunden durchgeführt. Frau Regula Vogt (60%) wird neu im redaktionellen Bereich von Frau Andrea Borostyan (50%) unterstützt. Damit soll die Themenvielfalt im Allschwiler Wochenblatt erhöht werden.

STIFTUNGSRAT STIFTUNG KABELNETZ BASEL (TELEBASEL)

Mit der öffentlichen Ausschreibung vom 4. September hat das BAKOM im Auftrag des UVEK den Bewerbenden für Radio- und Fernsehkonzessionen eine Frist bis 5. Dezember 2007 gesetzt, um ein Konzessionsgesuch einzureichen. Entsprechend beantragte Telebasel die Konzession für einen Fernsehsender mit Leistungsauftrag und mit Gebührenanteil für die Region 31 (Versorgungsgebiet Nordwestschweiz inkl. Fricktal und Schwarzbubenland). Die Ausarbeitung des Gesuchs nutzte der Ausschuss des Stiftungsrats, um das Unternehmerhandbuch, den Leistungsauftrag und das Statut, den Programmbeispiel, das Qualitätssicherungs- und Ausbildungskonzept sowie den Leistungsauftrag der 7vor7-Redaktion zu überarbeiten.

Aus Sicht des Kantons Basel-Landschaft sind nur die Gemeinden Allschwil und Schönenbuch Mitglied im Stiftungsrat der ‚Stiftung Basler Kabelnetz‘ (Cablecom). Als Cablecom-Kunden bezahlen Allschwilerinnen und Allschwiler nebst den üblichen Radio- und Fernsehgebühren über ihren Kabelnetzanschluss einen zusätzlichen Betrag an die ‚Stiftung Basler Kabelnetz‘ (Telebasel). Damit empfängt das übrige Baselbiet Telebasel ohne diese spezielle ‚Kabelabgabe‘. Dieses Faktum wurde im Stiftungsrat thematisiert. Die Gemeinde Allschwil, vertreten durch den Gemeindepräsidenten, steht nun einer Arbeitsgruppe vor, die eine Regionalisierung der Stiftung sowie

eine Revision der Statuten zum Ziel hat. Zu diesem Zweck nimmt der Gemeindepräsident aktuell als Gast an den Ausschuss-Sitzungen des Stiftungsrates Kabelnetz Basel teil.

3. POLITISCHE RECHTE – WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN

VORSTOSS IM EINWOHNERRAT

Mit Leistungspostulat Nr. 3739.1 hat die SVP-Fraktion beantragt, ab 1. Juli 2008 nur noch zwei Wahllokale zu betreiben und das Wahllokal Bettenacker per 30. Juni 2008 aufzuheben. Bereits anlässlich der Sitzung vom 18. Oktober 2000 hatte der Einwohnerrat eine vergleichbare Motion der Geschäftsprüfungskommission abgelehnt (Geschäft Nr. 3233).

Mit Bericht vom 22. August 2007 beantragte der Gemeinderat dem Einwohnerrat, auch das Leistungspostulat abzulehnen. Einerseits erachtete der Gemeinderat die Stimmabgabe an der Urne als einen grundlegenden Aspekt der direkten Demokratie, andererseits wäre der Antrag aus formellen Gründen in Form einer Motion auf Änderung der Gemeindeordnung einzubringen gewesen. Die Anzahl der Wahllokale ist in § 8 der Gemeindeordnung geregelt und kann nur über eine Volksabstimmung verändert werden. Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 12. September wurde das Leistungspostulat in der Folge abgelehnt.

4. PERSONELLES

NEUE GEMEINDEVERWALTERIN

Per 31. Juli ging unser langjähriger Gemeindeverwalter Max Kamber nach rund 33 Dienstjahren in Pension. Die Gemeinde Allschwil verdankt Max Kamber seine Dienste herzlich und wünscht ihm viel Freude an der neu gewonnenen Freizeit. Bereits am 2. August trat Frau Sandra Steiner ihr neues Amt als Gemeindeverwalterin der Gemeinde Allschwil an. Die Gemeindeverwaltung Allschwil hiess Frau Steiner herzlich willkommen.

JAHRESBERICHT DER PERSONAL- UND BESOLDUNGSKOMMISSION

Im Berichtsjahr fanden zwei Sitzungen der Personal- und Besoldungskommission (PBK) statt. An der Sitzung vom 19. Februar nahm die Kommission vom Stellenplan mit Lohnbereichen per 31. Dezember 2006 gemäss § 10 des Personal- und Besoldungsreglements Kenntnis. Im Übrigen orientierten die Vertreter der Verwaltung über die geplanten Veränderungen und Optimierungen im Personalbereich. Anlässlich der Sitzung vom 4. Juli wurde die Kommission über die vorgesehene Neuordnung in den Bereichen Sekretariate und Rechtsdienst orientiert.

Generell kann die PBK aufgrund des noch bestehenden Plafonierungsbeschlusses zu Veränderungen oder Personalaufstockungen keine Stellung beziehen, sofern der Plafond nicht überschritten wird. Es könne jedoch festgestellt werden, dass die Personalverantwortlichen der Gemeinde die sich bietenden Möglichkeiten zur Optimierung der Aufgabenbereiche wahrnehmen. Nach dem Austritt von Herrn Jan Suter als Arbeitnehmer-Vertreter der PBK soll eine neue, nicht unbedingt externe Arbeitnehmer-Vertretung gewählt werden. Die Bestellung einer neuen Vertreterin oder eines neuen Vertreters obliegt dem Gemeinderat.

5. STRATEGISCHE ENTWICKLUNGS- UND MASSNAHMENPLANUNG

STRATEGIE-SEMINAR DES GEMEINDERATES IN MURTEN (24. BIS 26. AUGUST 2007)

Der Gemeinderat stellt fest, dass sich seit dem Jahr 2004 die Rahmen- und Umweltbedingungen stark verändert haben, was sich in der Entwicklung des Gemeindefinanzhaushalts sowie der Finanzplanung für die kommenden Jahre niederschlägt.

Der Gemeinderat hatte daher beschlossen, auf der Stufe Gesamtverwaltung im Rahmen eines 2½-tägigen Workshops einerseits eine Zwischenbilanz zu ziehen und sich andererseits einen umfassenden Überblick über die in den kommenden Jahren anstehenden Aufgaben und Vorhaben zu verschaffen. Hierfür wurden die Departemente

und Hauptabteilungen aufgefordert, ihren Investitionsbedarf für den Zeitraum von 2008 bis 2020 zu beziffern und die einzelnen Projekte und deren Notwendigkeit zu beschreiben. Ebenso wurde der Auftrag erteilt, Möglichkeiten zur Optimierung der Erträge sowie zur Reduktion des Aufwandes aufzuzeigen. Arbeitsgrundlagen für den Workshop bilden das Strategiepapier 2005-2010, die Finanzplanung der letzten Jahre sowie der Arbeitsordner ‚Workshop Murten‘.

Die Zielsetzungen des Workshops waren: Einbezug der HAL, Standortbestimmung per Ende 2007, Entwicklung und Abschätzung der Finanzlage in den nächsten Jahren, Beratung der Investitionsvorhaben aller Verwaltungsbereiche 2008-2020 sowie die Vorberatung des Budget 2008. Die 67 gefassten Beschlüsse des Gemeinderates lassen sich dem Protokoll zum Workshop vom 16. November entnehmen und fanden teilweise bereits ihren Niederschlag im Finanzplan 2008-2011 sowie im entsprechenden Bericht.

PROJEKTE DES GEMEINDERATES

Gemeinderätliche Projekte werden dort ins Leben gerufen, wo Ziele und Aufgaben gemäss der ‚Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung‘ nur departementsübergreifend erreicht und erledigt werden können. Über den Fortschritt der Gemeinderätlichen Projekte wurde im Rahmen von zwei Berichterstattungen im Gemeinderat orientiert. Dabei wird regelmässig geprüft, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt die verschiedenen Projekte ihre Auswirkung auf die Finanzplanung und allenfalls bereits auf das kommende Budget haben werden.

Über den aktuellen Stand der Gemeinderätlichen Projekte per 31. Dezember 2007 wird im Kapitel ‚Gemeinderat‘ sowie in den Departementsberichten ausführlich orientiert.

JAHRESZIELE DER DEPARTEMENTE / HAUPTABTEILUNGEN

Den Jahreszielen der Departemente bzw. Hauptabteilungen kommt eine bedeutende Rolle zu. Diese dienen der Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebots und der Verwaltungsorganisation und setzen damit die ‚Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2005-2010‘ um. Die Jahresziele ergänzen zudem einerseits die Zielvorgaben der Projektaufträge des Gemeinderates und andererseits die Vorgaben der Leistungsaufträge der Hauptabteilungen.

Von insgesamt 52 Jahreszielen (Vorjahr 41) konnten per 31. Dezember 2007 insgesamt 33 (Vorjahr 32) im Sinne der definierten Zielsetzungen erreicht und damit erledigt werden. 19 Jahresziele bzw. 37% (Vorjahr 9 / 22%) werden per Ende Berichtsjahr als pendent bezeichnet und im Jahr 2008 weiterverfolgt. Sechs Ziele konnten aufgrund noch ausstehender kantonaler Vorgaben nicht umgesetzt werden und neun mussten infolge personeller Vakanz und/oder fehlender Personalressourcen zurückgestellt werden. Für die Erfüllung eines Zieles fehlte der Budgetkredit und drei Ziele wurden in der Priorität zurückgestuft.

LEISTUNGSBERICHTE / KOSTEN- UND LEISTUNGSRECHNUNG

Bereits die Aufbereitung der Leistungsberichte per 2006 sowie der Abschluss der Kosten-/Leistungsrechnungen 2006 erfolgten im Sinne der Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission bzw. der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission. Entsprechend werden die Berichte pro 2007 ebenfalls gemäss diesen Standards aufbereitet.

REORGANISATION DER VERWALTUNGSFÜHRUNG

Mit Arbeitspapier vom 19. Juni 2007 wurde die mit Beschluss vom 16. August 2006 bereits in einem ersten Teil (Übernahme der Sekretariatsbereiche Gemeinderat/Präsidium durch den Gemeindeverwalter-Stellvertreter per 1. November 2006) umgesetzte Reorganisation der Verwaltungsführung fortgesetzt. In einem zweiten Teil übernahm der Gemeindeverwalter-Stv. den Sekretariatsbereich Einwohnerrat per 1. Juli 2007. Gleichzeitig wurde das Arbeitspensum des Rechtsdienstes von bisher 50% auf neu 100% aufgestockt.

Zur Umsetzung dieser Ziele wurden folgende Massnahmen bzw. Vorgaben beschlossen:

- Die 100%-Stelle der Gemeinderatssekretärin wird nicht mehr besetzt.
- Für den neuen Bereich der ‚Sekretariatsdienste‘ wird ab Sommer 2007 ein zusätzliches Arbeitspensum von 30 bis 40% bewilligt.
- Der Bereich Kostenrechnung wird ab 1. August 2007 der HAL Finanzen-Steuern übertragen.
- Der Bereich Verwaltungscontrolling (Geschäftsberichte, Leistungsberichte, Projektberichte und Jahresziele) wird ab 1. August 2007 an die Gemeindeverwalterin übertragen.
- Der Gemeindeverwalterin wird der Bereich Informatik unterstellt.
- Im Arbeitspensum des erweiterten Rechtsdienstes sind weiterhin die Partnerschaften sowie die Funktion des Ausbildungsverantwortlichen für Lehrlinge angesiedelt.

6. PARTNERSCHAFTEN

BESUCH IN BLAJ/RUMÄNIEN

Vom 31. August bis zum 2. September besuchte eine offizielle Delegation der Gemeinde Allschwil unter der Führung des Gemeindepräsidenten die Partnerstadt Blaj in Rumänien. Die Delegation setzte sich aus Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Kultur zusammen: Anton Lauber, Gemeindepräsident, Susanne Studer, Einwohnerratspräsidentin, Heinz Giger, Gemeinderat, Thomas Meury, Sekundarschullehrer, Adrian de Jong und Nicolas Dolder, Gastronomie und Weinbau, Urs Jenny, Leiter Alterszentrum Am Bachgraben, Andreas Weis, Gemeindeverwaltung/Partnerschaften.

Blaj hat sich in den letzten Jahren, nicht zuletzt dank der EU-Förderung, sehr positiv entwickelt. So wird künftig der freundschaftliche und kulturelle Austausch zwischen den beiden Gemeinden im Vordergrund stehen. Gerade im Bereich der Politik und der Kultur gibt es interessante Anknüpfungspunkte. So wurde die weitere Verwaltung der Kleinkredite vollständig in die Hand der Stadtregierung gelegt.

Für das Jahr 2008 ist kein offizieller Besuch in Blaj vorgesehen.

BESUCH IN PFULLENDORF/DEUTSCHLAND

Am Wochenende vom 18. bis zum 20. Mai besuchte eine Delegation des Gemeinderates Allschwil unter der Leitung des Gemeindepräsidenten die deutsche Partnerstadt Pfullendorf. Anlass waren die Feierlichkeiten zwischen Pfullendorf und Saint-Jean de Braye zum 20-Jahr-Jubiläum der deutsch-französischen Partnerschaft.

Die Teilnahme einer Delegation der Gemeinde Allschwil an den Festlichkeiten der beiden Partnerstädte wurde sehr geschätzt. Gleichzeitig ergab sich die Möglichkeit, mit dem neu gewählten Bürgermeister, Herrn Thomas Kugler, erste Kontakte zu knüpfen. Sein Vorgänger, Dr. Heiko Schmidt, ist neu Landrat im Landkreis Biberach. Herr Bürgermeister Thomas Kugler wird im Jahre 2008 der Gemeinde Allschwil einen Gegenbesuch abstatten.

7. MITWIRKUNG IN KANTONALEN ARBEITSGRUPPEN

KANTONALE ARBEITSGRUPPE FINANZAUSGLEICHSGESETZ (FAG)

Der Landrat hat im Rahmen des FAG-Gesetzes (Finanzausgleichsgesetz) den Regierungsrat beauftragt, die Arbeiten der Total-Revision des FAG voranzutreiben, damit das neue Gesetz per 1. Januar 2010 in Kraft treten kann. Entsprechend hat Regierungsrat Adrian Ballmer eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag ‚Totalrevision FAG‘ eingesetzt. Als Vertreter des Verbandes Basel-Landschaftlicher Gemeinden (VBLG) nimmt der Gemeindepräsident Allschwil, auch in der Funktion der Vertretung einer zahlenden grossen Gemeinde aus dem Unterbaselbiet, in der Arbeitsgruppe unter der Leitung des Kantonsstatistiklers August Lienin teil.

Im Laufe der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen musste festgestellt werden, dass die angestrebte ‚Glättung‘ der NFA-Auswirkungen auf die Gemeinden mit den im alten FAG vorgesehenen

Indizes-Anpassungen nicht erreicht werden kann. So gibt es aktuell immer wieder unliebsame Ausreisser (Empfang von Ausgleichszahlungen trotz tiefem Steuerfuss, Zahlungen an NFA ohne Abgeltung von Sonderlasten, z.B. Allschwil). Ziel der Revision ist es, künftig einen Ressourcenausgleich zu schaffen, der nicht mehr bloss auf ‚Indizes‘ basiert, sondern einen echten Ausgleich zu ‚Sonderlasten‘ unter den Gemeinden im Baselbiet schafft. Als Sonderlasten, die ausgeglichen werden sollen, stehen zur Diskussion: Bildung, Strassen, Spitex, Alters- und Pflegeheime (APH) und Sozialhilfe. Aus der Sicht von Allschwil sind besonders die Bereiche Spitex, APH und Sozialhilfe relevant.

KANTONALE ARBEITSGRUPPE ANMELDUNGS- UND REGISTERGESETZ (EHM. KANADA)

Der Gemeindepräsident nimmt als Vertreter des Verbandes Basel-Landschaftlicher Gemeinden (VBLG) in der Arbeitsgruppe Anmeldungs- und Registergesetz Einsitz.

Dieses neue Gesetz erlässt die Mindestvorschriften für die Führung der Einwohnerregister der Gemeinden sowie für die Führung der Personenregister des Bundes. Mit dem auf der Basis dieses Gesetzes vom Bundesamt für Statistik erlassenen amtlichen Merkmalkatalog für kantonale und kommunale Einwohnerregister liegen detaillierte Anweisungen vor, welche Merkmale in welcher Form für alle niedergelassenen oder sich aufhaltenden Personen in den Einwohnerregistern der Gemeinden vorhanden sein müssen.

Die Landratsvorlage wird anfangs 2009 bei den Gemeinden in die Vernehmlassung geschickt.

Ein Blick in die Zukunft

Die Zukunft wird Allschwil und seinen Behörden ein grosses Mass an Ausgabendisziplin abverlangen. Im Finanzplan 2008-2011 hat der Gemeinderat bewusst und mit aller Klarheit über die aktuell angespannte Finanzsituation respektive deren Entwicklung orientiert. Die Auswirkungen der Steuergesetzrevisionen für natürliche und juristische Personen sind zum heutigen Zeitpunkt zwar noch nicht definitiv absehbar, doch wird zwangsläufig mit Steuermindereinnahmen gerechnet werden müssen.

Ich zeichne kein düsteres Bild, aber ein realistisches. Und ich sehe auch Chancen. Die steigende Einwohnerzahl sowie die grosse Attraktivität von Allschwil als Standortgemeinde für Firmen, Unternehmen und Investoren sind deutliche und wichtige Zeichen für die künftigen Chancen unserer Gemeinde. Der Gemeinderat wird diese Chancen zugunsten von Allschwil nutzen. Dazu gehört auch die Realisierung weiterer Quartierpläne. Überdies kann die Gemeinde Allschwil Dank der (noch laufenden) Revision des Kantonalen Finanzausgleichs-Gesetzes (FAG) voraussichtlich per 2010 mit einer massgeblichen finanziellen Entlastung im Rahmen ihrer Erfüllung von sogenannten ‚Sonderlasten‘ wie Sozialhilfe, Altersbetreuung und Spitex rechnen.

Demgegenüber ist der Gemeinderat fest entschlossen, die Jahre 2008 und 2009 zu einer Konsolidierung der Gemeindefinanzen zu nutzen. Wie übrigens regelmässig und alljährlich, wird das Budget (2009) einer rigorosen Überprüfung auf Notwendigkeit und Finanzierbarkeit der einzelnen Aufgaben hin unterzogen. Soweit vertretbar und sinnvoll wird der Gemeinderat dem Einwohnerrat in bestimmten Bereichen der öffentlichen Dienstleistungen einen Leistungsabbau vorschlagen.

Zumindest für die nächsten zwei Jahre gilt es, neu Ausgaben nur mit grösster Zurückhaltung zu beschliessen. Gefragt ist hier Selbstdisziplin. Allschwil wird in diesen zwei Jahren weder seine Wohnlichkeit verlieren noch wichtige ‚gesellschaftliche Errungenschaften‘ verpassen. Im Gegenteil: Allschwil wird sich finanziell für die Zukunft rüsten.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident

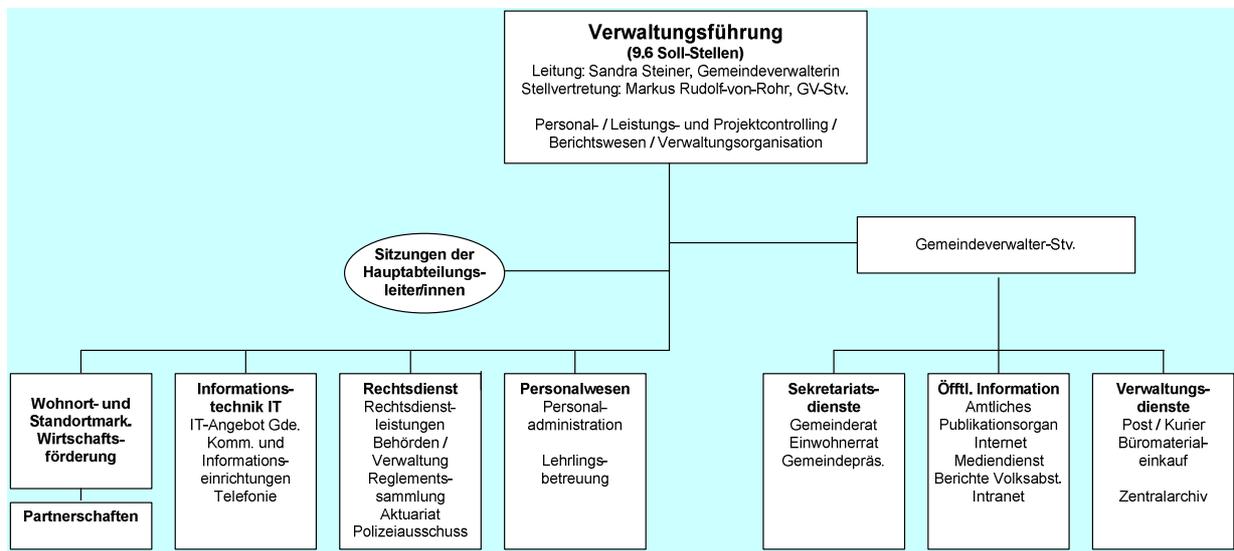
LEISTUNGSaufTRÄGE DES PRÄSIdIALDEPARTEMENTS (VERWALTUNGSFÜHRUNG)

Dem PräsIdialdepartement (Verwaltungsführung) sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 165 Rechtsdienst / Unentgeltliche öffentliche Rechtsberatung
- 170 Personaldienstleistungen
- 175 Standort- und Wohnortmarketing – Wirtschaftsförderung
- 191 Parlaments- und Sekretariatsdienste
- 192 Information – Öffentlichkeitsarbeit
- 193 Informationstechnik IT
- 194 Interne Verwaltungsdienste
- 195 Partnerschaften

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. -berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zur Verfügung.

ORGANIGRAMM PRÄSIdIALDEPARTEMENT; STAND 31.12.2007



Finanzen – Steuern

Geschäftsbericht 2007

Vorsteherin: Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Stellvertreterin: Saskia Schärer, Gemeinderätin



*Der Reichtum der Menschen bemisst sich nach den Dingen,
auf die er ruhigen Herzens verzichten kann.*

John Steinbeck

Nicole Nüssli-Kaiser

Auch in diesem Berichtsjahr erstellte mein Departement neben der täglichen Aufgaben (wie Buchführung, Lohn- und Zahlungswesen und Steuerveranlagungen) für den Einwohnerrat, den Gemeinderat und die Verwaltungsführung die notwendigen Informationen und Führungsmittel mit dem Ziel, einen ausgeglichenen [VORANSCHLAG 2008](#) und einen ausgeglichenen [FINANZPLAN 2008 BIS 2012](#) vorlegen zu können. Das Ziel, dem Einwohnerrat einen ausgeglichenen [RECHNUNGSABSCHLUSS 2006](#) präsentieren zu können, wurde dabei aber klar verfehlt, resultierte doch im 2006 ein Verlust von rund CHF 1.1 Mio. Gegenüber dem Budget bedeutet dies eine Verschlechterung von rund CHF 1.32 Mio. Erfreulicherweise ist dieser Aufwandüberschuss nicht auf das operative Ergebnis zurückzuführen, sondern ausschliesslich auf ausserordentliche Faktoren wie insbesondere die Korrekturen bei den Steuerabgrenzungen und die Abschreibungen im Finanzvermögen aufgrund Grundstückverkaufs resp. -eintausches in den vergangenen Jahren. Ohne Berücksichtigung dieser ausserordentlichen Budgetabweichungen schliesst die laufende Rechnung 2006 gegenüber dem Budget 2006 rund CHF 900'000.00 besser ab. Die Budgetwerte wurden sowohl beim Sachaufwand als auch beim Personalaufwand dank einer kontrollierten Ausgabenpolitik eingehalten. Es bleibt aber eine Tatsache, dass sich das Eigenkapital aufgrund des Aufwandüberschusses von CHF 2.158 Mio. auf CHF 1.097 Mio. Ende 2006 reduziert hat und damit der angestrebte Aufbau des Eigenkapitals in weite Ferne gerückt ist. Dennoch ist der Gemeinderat bekanntlich nicht gewillt, von seinen finanzstrategischen Zielsetzungen abzuweichen. Neben dem Gemeinderat wird aber auch der Einwohnerrat gefordert sein, die begonnenen Sparbemühungen weiterzuführen und neue Aufgaben und Investitionen sorgfältig auf ihre Tragbarkeit zu prüfen sowie die definierte Finanzpolitik konsequent umzusetzen. Der sehr enge finanzielle Handlungsspielraum unserer Gemeinde bleibt auch in den nächsten Jahren eine Realität.

Dies zeigte sich im Weiteren bei der Erstellung des [VORANSCHLAGES 2008](#). Obwohl der Gemeinderat mit einer deutlichen Steigerung des Aufwandes rechnet, der unter anderem auf das neue Gesetz über die Umsetzung NFA und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden zurückzuführen ist, kann dem Einwohnerrat für das Budgetjahr 2008 ein Ertragsüberschuss von CHF 128'000.00 vorgelegt werden. Aufgrund der anhaltend guten konjunkturellen Entwicklung und einer Zunahme der Bevölkerung rechnet der Gemeinderat mit einem Ertragswachstum bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen, welches die negativen Auswirkungen der Familiensteuerreform mehr als kompensieren wird. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die Steuererträge der juristischen Personen aufgrund der guten Wirtschaftslage weiter wesentlich zunehmen werden. Die Zunahme der Steuereinnahmen der natürlichen Personen und der juristischen Personen kompensieren die höheren Aufwendungen und erlauben die Annahme eines budgetierten Ertragsüberschusses von CHF 128'000.00 für den Voranschlag 2008. Wichtig ist aber dabei vor Augen zu halten, dass gerade die Erstellung des Voranschlages 2008 von grossen Unsicherheitsfaktoren bezüglich der weiteren Entwicklung der Finanzlage begleitet gewesen ist. Insbesondere die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes über die Umsetzung NFA und die Lastenverteilung

auf Kanton und Gemeinden, welches ab 1. Januar 2008 in Kraft treten wird, sind nur sehr schwer abzuschätzen. Der Gemeinderat hat die daraus resultierenden Finanzfolgen bereits anlässlich seines Workshops im August 2007 eingehend diskutiert und die entsprechenden budgetrelevanten Beschlüsse gefasst. Tatsache ist aber, dass erst im Nachhinein, d.h. mit der Rechnung 2008, festgestellt werden kann, ob die getroffenen Annahmen richtig waren.

Die gleichen Schwierigkeiten verzeichnete der Gemeinderat bei der Erstellung des Finanzplans 2008 bis 2012. Detaillierte Ausführungen zum Finanzplan 2008 bis 2012 lassen sich dem entsprechenden gemeinderätlichen Bericht entnehmen, weshalb an dieser Stelle darauf verwiesen wird.

Mit dem [PROVISORISCHEN RECHNUNGSABSCHLUSS 2007](#) kann eine positive Meldung verkündet werden. Die mit einem Mehraufwand von CHF 303'300.00 budgetierte Laufende Rechnung schliesst voraussichtlich mit einem Ertragsüberschuss von rund CHF 1.8 Mio. ab. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf CHF 4.7 Mio. mit einer Selbstfinanzierung von CHF 5.8 Mio. Dies führt zu einem Selbstfinanzierungsgrad von rund 120% und somit zu freien Mitteln von rund CHF 1.1 Mio.

Aufgrund einer ersten Analyse ist das positive Ergebnis auf Einsparungen in praktisch allen Aufgabenbereichen und auf verschiedene Mehreinnahmen zurückzuführen. Beim Personalaufwand beträgt die teilweise durch Vakanzen verursachte Einsparung CHF 556'000.00 und beim Sachaufwand CHF 246'000.00. Um CHF 1.2 Mio. tiefer fielen die eigenen Beiträge aus. Höhere Erträge bei Steuern, Infrastrukturbeiträgen und Konzessionen kumulierten sich mit den Einsparungen und ergaben das erfreuliche Resultat. Dieses Ergebnis darf aber nicht über die angespannte Finanzlage von Allschwil hinwegtäuschen. Die Ausgangslage hat sich zwar etwas verbessert, aber noch sind die effektiv zu erwartenden künftigen Steuererträge der Natürlichen Personen nach der Steuergesetzrevision per 1.1.2007 noch nicht bekannt. Es gilt, den eingeschlagenen Weg zur Erzielung eines mittel- und langfristig ausgeglichenen Finanzhaushaltes beizubehalten und eine gesunde Finanzlage zu schaffen.

Zu guter Letzt noch ein Wort zur [PERSONELLEN SITUATION](#) in meinem Departement: Die Nachfolgerin des im Sommer 2006 in Pension gegangenen Hauptabteilungsleiters Finanzen – Steuern, Frau Jacqueline Holzer, hat unsere Gemeinde bereits nach elf Monaten per Ende September 2007 wieder verlassen. Ich möchte es nicht versäumen, ihr für die geleistete Arbeit in meinem Departement hiermit nachträglich nochmals herzlich zu danken. Die Neubesetzung der Stelle des Hauptabteilungsleiters resp. der Hauptabteilungsleiterin Finanzen – Steuern war dementsprechend eine meiner wichtigsten Aufgaben zusammen mit dem Gesamtgemeinderat und dem Gemeindevorstand resp. dessen Nachfolgerin Frau Sandra Steiner. Ich bin nun sehr erfreut, dass der Gemeinderat in der Person von Herrn Dieter Pfister einen sehr kompetenten und auch erfahrenen Leiter der Hauptabteilung Finanzen – Steuern anstellen konnte. Herr Pfister wird die Stelle per Anfang März 2008 antreten. Bis dahin wird er noch als Mitarbeiter der Firma BDO Visura im Auftragsverhältnis den Rechnungsabschluss 2007 für unsere Gemeinde erstellen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin Gemeinderat

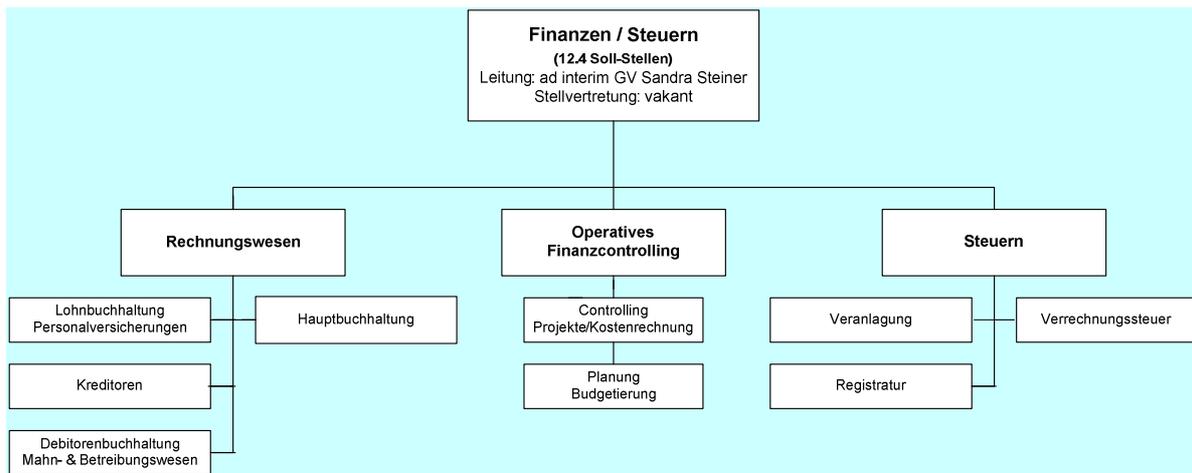
LEISTUNGSaufTRÄGE DES DEPARTEMENTS FINANZEN – STEUERN

Dem Departement Finanzen – Steuern sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 180 Führung des Finanzhaushalts
- 185 Gemeindesteuern

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. -berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zur Verfügung.

ORGANIGRAMM DEPARTEMENT FINANZEN – STEUERN; STAND 31.12.2007



RECHNUNGSERGEBNIS EINWOHNERKASSE 2007 (PROV. ABSCHLUSS: STAND 14. MÄRZ 2008)

Rechnung	Aufwand CHF		Ertrag CHF		Ergebnis CHF	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Umsatz	64'544'000	64'805'000	66'513'000	70'102'000	1'969'000	5'297'000
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	4'644'000	3'484'000				
Entnahme aus Vorfinanzierung			1'614'000			
Total	69'188'000	68'289'000	68'127'000	70'102'000	-1'061'000	+1'813'000
Budget	67'879'000	69'616'000	68'140'000	69'313'000	+261'000	-303'000
Steuereinnahmen	Budget CHF		Rechnung CHF		Abweichung CHF	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Natürliche Personen	40'580'000	41'000'000	39'818'000	41'063'000	- 762'000	+63'000
Juristische Personen	7'390'000	7'000'000	6'226'000	7'687'000	- 1'164'000	+687'000
Feuerwehrsteuer	485'000	420'000	250'000	408'000	-235'000	-12'000
Total	48'455'000	48'420'000	46'294'000	49'158'000	-2'161'000	+738'000

Investitionsrechnung	Ausgaben CHF		Einnahmen CHF		Nettoinvestitionen CHF	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Rechnung	10'671'000	6'140'000	3'793'000	1'377'000	6'878'000	4'763'000
Budget	14'663'000	6'964'000	5'961'000	2'541'000	8'702'000	4'423'000
Spezialfinanzierungen	Budget CHF		Rechnung CHF			
	2006	2007	2006	2007		
Wasserversorgung	-507'500	-682'300	- 395'800	+143'100		
Abwasserbeseitigung	+69'800	-83'400	-232'600	+123'500		
Abfallbeseitigung	+49'900	+7'500	+126'100	+140'200		

- = Entnahmen aus Spezialfinanzierungen (Aufwandüberschuss) / + = Einlagen in Spezialfinanzierungen (Ertragüberschuss)

Tiefbau – Umwelt

Geschäftsbericht 2007

Vorsteher: Robert Vogt, Gemeinderat
Stellvertreter: Roman Meury, Gemeinderat



Der Mensch ist nicht das Produkt seiner Umwelt – die Umwelt ist das Produkt des Menschen.
Benjamin Disraeli (1804-1881)

Robert Vogt

RÜCKBLICK

Im laufenden Geschäftsjahr waren nebst den geplanten Aktivitäten einige ausserordentliche Aufgaben im Bereich Tiefbau-Umwelt zu bewältigen. Vor allem die neuen Wasser- und Abwasserreglemente und die Ausweitung der amtlichen Feuerungskontrollen auf alle Erdgasheizungen bewirkten eine hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden. Zudem führten die überraschenden Eingriffe Dritter an einer Chemiemülldeponie im grenznahen Elsass dazu, dass in Allschwil weitreichende Vorsorge-Massnahmen ausgelöst werden mussten.

SCHWERPUNKTE

Für das sich stark entwickelnde Gewerbegebiet Bachgraben hat die Gemeinde gemeinsam mit den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und dem Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) eine Verkehrsstudie ausarbeiten lassen. Diese Studie zeigt kurz- und mittelfristige Lösungsansätze für den Individualverkehr wie auch für den öffentlichen Verkehr auf und wird im Januar 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt.

In unseren Gemeindestrassen konnten weitere Strassenzüge mit hochwertigen, energiesparenden Beleuchtungskörpern ausgerüstet werden. Damit wurde die Lichtqualität markant verbessert und gleichzeitig der Stromverbrauch um rund 20% gesenkt. Mittlerweile ist über die Hälfte der Gemeindestrassen mit den umwelt- und unterhaltsfreundlichen Leuchten ausgerüstet, welche das Licht effizient bündeln und dadurch direkt auf die Fahrbahn strahlen.

Die Trinkwassergebühren mussten per 1. Januar 2007 von CHF 1.30 auf 1.85 pro Kubikmeter erhöht werden, damit der Bilanzfehlbetrag in der Wasserkasse innerhalb der nächsten Jahre abgetragen werden kann.

Die total revidierten Wasser- und Abwasserreglemente konnten dank der breit abgestützten Zusammenarbeit zwischen den politischen Behörden und der Verwaltung zeitgerecht per 1. August 2007 in Kraft gesetzt werden. Mit den neuen Vorschriften wurden die Wasserversorgung wie auch die Abwasserbeseitigung auf eine solide Basis gestellt. Im Rahmen der übergeordneten eidgenössischen und kantonalen Vorgaben wird dem Umweltschutz wie auch dem Verursacherprinzip gebührend Rechnung getragen, indem für die Finanzierung (Beiträge und Gebühren) moderne, wegweisende Modalitäten zur Anwendung gelangen.

Im März liess die Interessengemeinschaft Deponiesicherheit Regio Basel (IGDRB) vom Areal der ehemaligen Chemiemülldeponie ‚Le Letten‘ ca. 1'100 Tonnen Material ausheben und entsorgen. Durch diese überraschende Teilsanierung wurde der Gemeinderat sensibilisiert und auf Grund dieser Ereignisse entschied er sich dafür, das Trinkwasser nicht mehr aus Schönenbuch zu beziehen. Seitdem wird das Trinkwasser einheitlich für ganz

Allschwil bis auf weiteres zu 100% von den Industriellen Werken Basel (IWB) bezogen. Im Zusammenhang mit dieser Trinkwasserumstellung traten in einzelnen Liegenschaften Wassertrübungen auf. Die Abklärungen haben jedoch ergeben, dass diese Trübungen gesundheitlich unbedenklich sind. Durch intensives Spülen der Wasserleitungen konnten die Probleme weitgehend behoben werden. Sehr geschätzt wird von der betroffenen Bevölkerung der spürbar geringere Härtegrad des Basler Trinkwassers.

Der Gemeinderat hat im November das generelle Wasserversorgungskonzept (GWP) verabschiedet. Dieses hat zum Hauptziel, das Wasserversorgungsnetz von heute drei auf künftig zwei Zonen mit unterschiedlichen Druckhöhen zu reduzieren. Dazu sind massvolle Investitionen erforderlich. Langfristig gesehen werden sich diese Massnahmen auch finanziell lohnen, weil das Wasserversorgungssystem vereinfacht werden kann.

Das Kanalisationsnetz wird in den kommenden Jahren mittels Kanalfernsehen systematisch auf Undichtigkeiten überprüft. Erste Abschnitte im Mühlebachweg sind auf Grund der erfassten Schadensbilder bereits saniert worden. Verschmutztes Abwasser aus den Liegenschaften gelangt somit nicht in unsere Böden, sondern über die Kanalisationsleitungen in die Kläranlage der ProReno, einem Gemeinschaftswerk der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und mehreren Chemiebetrieben.

Das vom Kanton erstellte und von Allschwil mitfinanzierte Hochwasserrückhaltebecken beim ‚Ysigen Brüggli‘ im Mülibachtal konnte im November eingeweiht und in Betrieb genommen werden. Zudem wurden an den Ufern des Bachgrabens zahlreiche Wurzelstöcke entfernt, um dadurch den maximalen Wasserabfluss gewährleisten zu können. Im Rahmen des Hochwasserschutzes soll am Lützelbach unterhalb des Leimgrubenweges ein weiteres, jedoch wesentlich kleineres Rückhaltebecken entstehen. Durch diese umfassenden Massnahmen ist nachhaltig sichergestellt, dass Hochwasserschäden drastisch reduziert werden können.

Parallel zu den Hochwasserschutzmassnahmen hat der Kanton die umfangreichen Amphibienschutzmassnahmen im Mülibachtal weitestgehend abgeschlossen. Im ehemaligen Ziegeleiareal bietet sich heute unserer Bevölkerung ein wertvolles und lehrreiches Natur- und Erholungsgebiet; unter anderem mit Trittsteinbiotopen und Wildbienen. Im Naturschutzareal ‚Sporn‘ und ‚Geologisches Denkmal‘ sind Fusswege angelegt worden.

Gemeinsam mit der Gemeinde Binningen und der Bürgergemeinde Allschwil konnte das Konzept ‚Freizeitnutzung im Allschwiler Wald‘ verabschiedet werden. Die Resultate dieser umfangreichen Grundlagen erlauben eine örtliche Abgrenzung zwischen den vielfältigen Funktionen im Allschwiler Wald. In der Folge soll auch eine Waldkarte entstehen, damit die interessierte Bevölkerung die unterschiedlichen Zonen im Wald kennenlernen kann. Die Waldbesucherinnen und -besucher werden in Zukunft sanft auf den dafür vorgesehenen Wegen geführt durch den Wald geleitet, damit empfindliche Naturschutzgebiete geschont werden können.

Anfangs 2007 wurde das Entsorgungsmonopol für die Beseitigung der Siedlungsabfälle von Gewerbebetrieben neu eingeführt. Ziel dieser Massnahme war die Bündelung der gesamten Kehrrichtabfuhr in der ganzen Gemeinde, um dadurch auch einen Kostenvorteil erzielen zu können. Mit der Einführung der gewichtsabhängigen Gewerbeabfuhr ist es gelungen, dem Gewerbe tiefere Preise als diejenigen privater Entsorgungsbetriebe anzubieten.

Den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens steht der Schutz der betroffenen Bevölkerung in der Region Basel vor übermässigen Immissionen gegenüber. Im Berichtsjahr hat sich der Gemeinderat auf breiter Front gegen den geplanten, massiven Ausbau des Frachtverkehrs am EuroAirport gewehrt. Zudem hat der Departementsvorsteher Tiefbau-Umwelt seit dem 1. Juli Einsitz in der ‚Fluglärmkommission‘. Dadurch können die Fluglärmprobleme unserer Wohnbevölkerung auf direktestem Weg in diese beratende Kommission der beiden Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft eingebracht werden. Im kommenden Jahr kann auf dem Betriebsgebäude des Friedhofs eine gemeindeeigene, autonome Messstation zur Registrierung von Fluglärm und Flugwegen in Betrieb genommen werden. Die Messdaten werden der Bevölkerung über das Internet frei zugänglich sein.

Bei den Feuerungskontrollen wurden erstmals auch sogenannte atmosphärische Gasheizkessel mit kleiner Leistung auf Schadstoffausstoss untersucht. Dies führte zu einer unerwartet hohen Anzahl von Sanierungsverfügungen. Die Frist für die Anpassung von beanstandeten Heizkesseln beträgt in der Regel sechs Jahre. Die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer erhalten dadurch die Gelegenheit, auch aktuell verfügbare Alternativen wie Sonnenkollektoren, Holzheizungen oder Wärmepumpen zu prüfen. Die Heizungsbranche wird die erhöhte Nachfrage nach neuen, umweltschonenden Wärmesystemen zu schätzen wissen.

AUSBLICK

Im Jahr 2008 wird das Hauptaugenmerk des Gemeinderates bei den finanziellen Auslagen der Einwohnergemeinde liegen. Dabei werden selbstverständlich auch die Kosten im Bereich Tiefbau-Umwelt unter die Lupe genommen. Im Bereich der Investitionen hat der Gemeinderat den Rahmen bereits stark reduziert, vor allem bei den Strassenbauten und -reparaturen. Auch bei den laufenden Ausgaben und den Personalkosten werden allfällige Einsparmöglichkeiten intensiv geprüft.

Robert Vogt, Gemeinderat

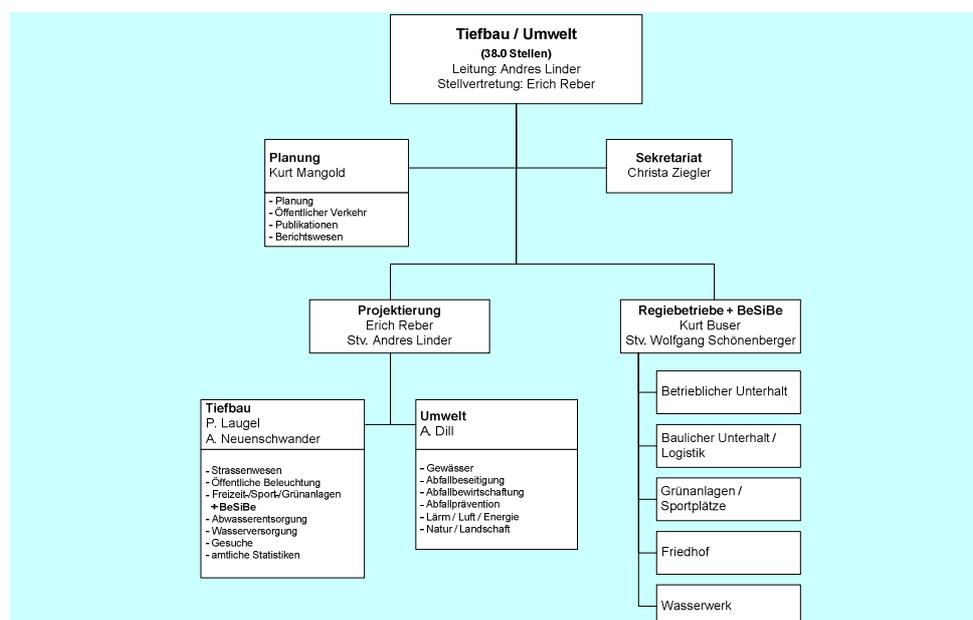
LEISTUNGSAUFRÄGE DES DEPARTEMENTS TIEFBAU – UMWELT

Dem Departement Tiefbau – Umwelt sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 270 Strassenwesen und öffentliche Beleuchtung
- 271 Freizeit-, Sport- und Grünanlagen
- 272 Abwasserentsorgung
- 273 Wasserversorgung
- 274 Gewässer
- 275 Öffentlicher Verkehr
- 280 Abfallbeseitigung
- 281 Abfallbewirtschaftung und -prävention
- 282 Lärm, Energie, Luft, Natur, Landschaft

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. -berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zur Verfügung.

ORGANIGRAMM DEPARTEMENT TIEFBAU – UMWELT; STAND 31.12.2007



Hochbau – Raumplanung

Geschäftsbericht 2007

Vorsteher: Roman Meury, Gemeinderat
Stellvertreter: Robert Vogt, Gemeinderat



Mit der neuen Zonenplanung sind die planerischen Ziele und Wege für die Entwicklung der Gemeinde in den kommenden gut 15 Jahren vorgegeben.

Roman Meury

RAUMPLANUNG

Die Zonenplanung legt die Richtung fest, in welche sich Allschwil im Laufe der nächsten 15 Jahre entwickeln soll. Es ist deshalb besonders erfreulich, dass der Einwohnerrat der [ZONENPLANUNG SIEDLUNG](#) am 14. November 2007 einstimmig zugestimmt und damit einen Schlusspunkt unter eine sorgfältige und allseits abgestützte Planungsarbeit gesetzt hat. Diese begann mit der Entwicklung des ‚räumlichen Konzeptes‘, welches Anliegen und Anregungen von Verbänden und der Bevölkerung mittels Mitwirkungsverfahrens aufgenommen hat und vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen wurde. Auf allen Planungsstufen konnten Anregungen in das nun verabschiedete Werk aufgenommen werden. Parallel dazu wurden die Besitzer von Liegenschaften, welche im Bauinventar des Kantons Basel-Landschaft erfasst und beschrieben sind, angefragt, ob sie mit der Unterschutzstellung ihrer Liegenschaft einverstanden seien. Etwa die Hälfte der angefragten Eigentümer hat dieser Unterschutzstellung grundsätzlich zugestimmt.

Nach der Annahme durch den Einwohnerrat wird zu Beginn des kommenden Jahres die öffentliche Auflage durchgeführt und nach deren Abschluss das gesamte Werk dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt werden. Da sowohl das grundlegende Konzept wie auch das fertige Planwerk bereits einer Vorprüfung unterzogen worden sind, kann mit einer raschen Genehmigung gerechnet werden, so dass einer Inkraftsetzung auf Mitte 2008 nichts entgegenstehen sollte.

Als Parallel- bzw. Folgearbeit an die neue Zonenplanung musste auch der [LÄRMEMPFINDLICHKEITSSTUFENPLAN](#) den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Die Arbeiten sind von Seiten des Departements abgeschlossen und die entsprechende Vorlage wurde Ende Jahr an den Einwohnerrat überwiesen.

Die Revision der [ZONENPLANUNG LANDSCHAFT](#) ist soweit fortgeschritten, dass ein Landschaftsentwicklungskonzept vorliegt, welches in der ersten Jahreshälfte 2008 vom Gemeinderat beraten werden kann. Anschliessend wird auch in diesem Bereich ein breites öffentliches Mitwirkungsverfahren durchgeführt werden. Der Einwohnerrat wird das Konzept im Laufe des Jahres 2008 beraten, sodass dann auf dieser gefestigten Basis die eigentliche Planungs- und Reglementarbeit aufgenommen werden kann.

Im Januar des Berichtsjahres hat der Einwohnerrat das überarbeitete [REKLAMEREGLEMENT](#) verabschiedet und der Regierungsrat seine Zustimmung gegeben. Obwohl die Zahl der Anschlagstellen entlang der Hauptstrassen leicht erhöht worden ist, kann die Plakatierung in Allschwil weiterhin als diskret und wenig aufdringlich bezeichnet werden. Im gleichen Zug kann auch der überarbeitete Ortsplan genannt werden, welcher den Interessierten an den bekannten Anschlagstellen, als Kopie oder über das Internet zur Verfügung steht.

ÖFFENTLICHER HOCHBAU

Im Laufe des Berichtsjahres konnte die [SPORTANLAGE ‚IM BRÜEL‘](#) schrittweise ihrer Bestimmung übergeben werden. Das Kunstrasenfeld kann seit dem 15. Januar bespielt werden. In den feuchten und kalten Monaten zu Jahresbeginn musste erkannt werden, dass sich das Geofill-Füllmaterial in unseren klimatischen Verhältnissen nur bedingt bewährt, so dass eine Mischung aus Geofill und Granulat eingebracht werden musste. Diese hat sich dann im Laufe von Sommer und Herbst bewährt; es wird sich nun aber im Laufe des Winters zeigen, ob dies die definitive Lösung sein wird. Allenfalls wird sie im Frühjahr durch Granulat ersetzt werden müssen, wie das in der ursprünglichen Ausschreibung vorgesehen war. All diese Massnahmen gehen wie vereinbart zu Lasten des Erstellers, belasten also die Gemeinde finanziell überhaupt nicht. Das Naturrasenfeld konnte im Frühjahr angesät und am 15. Oktober zur massvollen Benützung freigegeben werden. Leider hat das sommerliche Hochwasser den Wachstumsprozess nochmals massiv beeinträchtigt. Als erfreulicher Schlusspunkt darf die Abrechnung über den Verpflichtungskredit von CHF 4'500'00.00 zuhanden des Einwohnerrates bezeichnet werden. Der Rat konnte eine Kreditunterschreitung von CHF 7'744.45 zur Kenntnis nehmen. Diese präzise Einhaltung der finanziellen Vorgaben war nur dank detaillierter Überprüfung und Überarbeitung des Projekts sowie permanenter und konsequenter Kostenüberprüfung durch die Planer und die Hauptabteilung Hochbau-Raumplanung möglich geworden. Auch die begleitende Baukommission hat durch ihre intensive und sachverständige Arbeit zu diesem Erfolg beigetragen.

Als weiteres erfreulich abgeschlossenes Bauprojekt darf das [BEGEGNUNGSZENTRUM/ROBINSONSPIELPLATZ](#) genannt werden. Bei einer bewilligten Kreditsumme von CHF 2'080'000.00 konnte der Einwohnerrat im Dezember von einer Kreditunterschreitung von CHF 8'863.05 Kenntnis nehmen. Auch hier darf von einer Punktlandung gesprochen werden. Mit ihr fand eine interessante Bauphase ihren Abschluss. Als spezieller Punkt sei hier die Erstellung des Rohbaus in nur acht Wochen erwähnt. Begleitet wurde der Bau von einer Baukommission, welche in acht Sitzungen im Rahmen des Baufortschrittes die wesentlichen Aspekte beriet und verabschiedete. Besonders hervorgehoben sei auch die Zusammenarbeit mit dem Robi-Verein, welcher in der Baukommission Einsitz hatte und zudem Eigenleistungen von total CHF 162'410.80, vor allem im Bereich Betriebseinrichtungen und Möblierung, in das Projekt einbrachte. Das architektonische gelungene und vom Betriebskonzept her Wegweisende Zentrum nimmt auf der Liste der Standortvorteile Allschwils einen wesentlichen Platz ein.

Wie im Geschäftsbericht 2006 erwähnt, wurde die Planung für ein neues [FEUERWEHRMAGAZIN](#) einer weiteren Prüfung unterzogen; dies mit der klaren Vorgabe, ein Projekt zu erarbeiten, welches unter CHF 3 Mio. realisiert werden kann. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Feuerwehr, der Feuerwehrkommission und der Verwaltung, prüfte Einsparmöglichkeiten am vorhandenen Projekt, die Renovation und Erweiterung der bestehenden Gebäude und den Bau einer ‚Normhalle‘. Die Arbeiten sind Ende Jahr abgeschlossen worden und werden dem Einwohnerrat zu Beginn des kommenden Jahres im Rahmen einer Kreditvorlage im Detail dargelegt und zur Beschlussfassung unterbreitet.

Die [SANIERUNG DER SCHULHÄUSER](#) soll mit dem Schulhaus Gartenstrasse begonnen werden. Die Wahl des Schulhauses erfolgte auf Grund der bautechnischen Beurteilung und in enger Absprache mit den Schulleitungen und der Kantonalen Schulraumplanung, wobei auch die Aspekte von HarmoS (Verlängerung der Primarschule auf sechs Jahre / Verkürzung der Sekundarschule auf drei Jahre) einbezogen wurden. Im Herbst konnte der Generalplanungsauftrag vergeben werden. In einer ersten Phase werden Sanierungsvarianten erarbeitet und die entsprechenden Kosten mit einer Genauigkeit von +/- 5% ermittelt. Über die Realisierung wird der Einwohnerrat nach Vorliegen dieser Arbeiten befinden können.

PRIVATER HOCHBAU

Im Oktober wurde die Quartierplanung [‚GEWERBEZENTRUM LETTEN‘](#) an den Einwohnerrat überwiesen. Sie plant die künftige Nutzung von Gewerberäumlichkeiten im Bereich südlich der Fabrikstrasse. Das Plenum wird sich zu Beginn des kommenden Jahres mit dieser Planung auseinandersetzen. Verwaltungsmässig sind zwei weitere Quartierplanungen in Arbeit: QP [SPITZWALD](#) und [IM LANGENHAG 2007](#) (Migros Paradies, National-Versicherung).

Im Berichtsjahr hat die Hauptabteilung Hochbau-Raumplanung 113 (Vorjahr 99) Baugesuche bearbeitet. Als grössere Vorhaben sind hervorzuheben: Actelion Businesscenter und Büropavillon, Bürogebäude Hupfer AG, 3. Etappe im Baufeld 1 der Ziegeleien sowie das Baugesuch für Terrassenhäuser am Rauracherweg/Keltenweg.

Die im Jahre 2006 bewilligten Quartierplanungen ‚HOLEEPARK‘ und ‚ELCO‘ stehen entweder in Ausführung oder kurz vor Abschluss der Detailplanung. Gleiches gilt für die Arbeiten im ehemaligen Ziegeleiareal.

Auch im vergangenen Jahr konnten im Rahmen der Vorschriften des Dorfkernreglements Beiträge für Sanierungen von Liegenschaften im DORFKERN ausgerichtet werden. Die ausbezahlten Beträge liegen allerdings unter den Zahlen des Vorjahres.

AUSBLICK

Wie am Anfang dargelegt, dürfte die Zonenplanung Siedlung im Laufe des kommenden Jahres in Kraft gesetzt werden. Damit sind die planerischen Ziele und Wege für die Entwicklung der Gemeinde in den kommenden gut 15 Jahren, entsprechend dem in der Schweiz üblichen Planungsrhythmus, vorgegeben. Es ist für den abtretenden Departementvorsteher mit Genugtuung verbunden, dass dieses wesentliche Planungswerk abgeschlossen werden konnte. Die Zonenplanung ausserhalb des Siedlungsgebiets wird die Verantwortlichen auch noch in der kommenden Legislatur beschäftigen.

Bezüglich der Infrastruktur machte die Gemeinde mit dem Sportplatz und dem Familienzentrum einen wesentlichen Schritt vorwärts. Offen bleibt nach wie vor die Realisation einer der Grösse und Bedeutung der Gemeinde angemessenen Veranstaltungsräumlichkeit. Die Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse genügt heutigen Ansprüchen in keiner Hinsicht. Als Veranstaltungsraum liegt sie verkehrs- und lärmlässig am falschen Ort und als Turnhalle entspricht sie ebenfalls nicht mehr den heutigen Anforderungen. Vielleicht bringen die Übernahme der Sekundarschulgebäude und allenfalls der Bau einer neuen Turnhalle durch den Kanton den dringend nötigen Durchbruch.

Daneben bilden die Sanierungen der Schulhäuser in den kommenden Jahren ein Schwergewicht in der Planungs- und Realisationsarbeit der Gemeinde. Neben den Unsicherheiten wegen der kantonalen Schulplanung sind es je länger je mehr die sehr eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde, welche die Realisation dieser notwendigen Vorhaben beeinflussen. Der Gemeinderat hat dies in seinen Finanzplänen wiederholt dargelegt.

Roman Meury, Gemeinderat

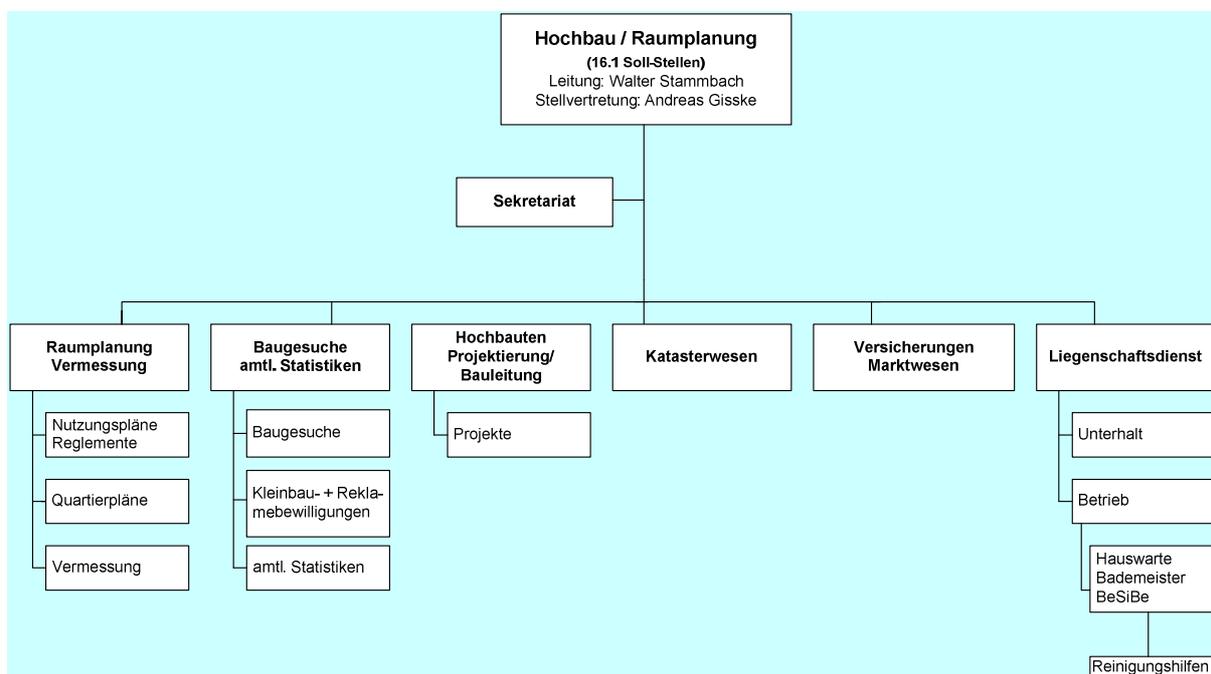
LEISTUNGSAUFRÄGE DES DEPARTEMENTS HOCHBAU – RAUMPLANUNG

Dem Departement Hochbau – Raumplanung sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 361 Hochbau – Raumplanung
- 362 Liegenschaftsdienst
- 363 Marktwesen
- 364 Versicherungen

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. -berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zur Verfügung.

ORGANIGRAMM HOCHBAU – RAUMPLANUNG; STAND 31.12.2007



Einwohnerdienste – Sicherheit

Geschäftsbericht 2007

Vorsteherin: Saskia Schärer, Gemeinderätin
Stellvertreter: Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident



Der höchste Lohn für unsere Bemühungen ist nicht das, was wir dafür bekommen, sondern das, was wir dadurch werden.

John Ruskin (1819-1900)

Saskia Schärer

Hinsichtlich der vom Einwohnerrat per Postulat geforderten Einführung von **TEMPO 30** kann festgehalten werden, dass die Verwaltung sämtliche Arbeiten für eine erste Etappe von Tempo 30 in den Zonen ‚Gartenhof‘ und ‚Bettenacker‘ abgeschlossen hat. Die Vorlage zu Händen des Einwohnerrates wurde erstellt und in der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen eingehend erörtert. Angesichts der kontrovers geführten Diskussion ist zu erwarten, dass nach dem Einwohnerrat das Volk über die Einführung von Tempo 30 in unserer Gemeinde entscheiden wird.

Aufgrund des Übertrittes des Leiters der **GEMEINDEPOLIZEI** in eine andere Funktion innerhalb der Gemeinde wurden die Strukturen dieser Abteilung überprüft. Die Aufmerksamkeit galt dabei insbesondere dem Pikettdienst. Diese Dienstleistung an 365 Tagen im Jahr erbringen zu können, war ein Hauptargument für die Aufstockung der Stellenprozentage der Gemeindepolizei im 1999/2000 durch den Einwohnerrat. Nach siebeneinhalb Jahren Erfahrung hat sich gezeigt, dass dieser Dienst der Bevölkerung nicht die erwarteten Vorteile brachte, jedoch zu einem erheblichen Sicherheitsrisiko für die Gemeindepolizisten führte. Der Pikettdienst der Gemeindepolizei wurde deshalb per 1. Dezember 2007 ausgesetzt und an dessen Stelle vermehrt nächtliche Doppelpatrouillen eingeführt. Dadurch soll die Gemeindepolizei auch in dieser Tageszeit sichtbarer werden, was, wie der Gemeinderat sich erhofft, eine stärkere präventive Wirkung hat. Mit der versuchsweisen Abschaffung des Pikettdienstes wurde der Etat der Gemeindepolizei vorerst um 100 Stellenprozentage reduziert.

Das Amt für Umweltschutz und Energie hat die Gemeinden im Februar 2007 schriftlich darüber informiert, dass die Geschossrückstände in den Kugelfängen giftige, wasserlösliche Substanzen enthalten. Die Kugelfänge wurden aufgrund der geänderten Gesetzgebung im Bereich Umweltschutz in den Altlastenkataster aufgenommen; die **SCHIESSANLAGEN** müssen – je nach vorliegendem Konflikt mit einer Gewässerschutzzone – zu gegebener Zeit saniert werden. Für Allschwil wurde die Frist auf zehn Jahre festgelegt. Diese Mitteilung hat die Gemeinden Schönenbuch und Allschwil veranlasst, mit den ansässigen Schützenvereinen die beiden Standorte der Schiessanlagen zu prüfen und gegebenenfalls deren Zusammenlegung zu erwägen. Entscheide werden frühestens im Jahre 2008 gefällt.

Im Berichtsjahr stand die Arbeit der **FEUERWEHR** vermehrt im Zeichen der Nachbarschaftshilfe. Diese war in grösserem Umfang nötig, als am 23. Juli im Basler Hegenheimerquartier ein Kleinflugzeug auf die Dächer einer Mehrfamilienhausreihe stürzte und mehrere Gebäude durch das auslaufende Kerosin gleichzeitig in Brand gerieten. Im Folgemonat hatte die Region gegen Überschwemmungen zu kämpfen, wobei Allschwil für einmal etwas weniger betroffen war als andere Gemeinden. So konnten unsere Feuerwehrleute ihren Kollegen in Biel-Benken

tatkräftig zur Seite stehen. Am Heiligabend, kurz nach 20 Uhr, mussten 26 Angehörige der Feuerwehr mit fünf Fahrzeugen an die Hauptstrasse in Binningen ausrücken. Dort stand ein Dachstock im Vollbrand; es galt, diesen zu löschen und ein Übergreifen auf weitere Gebäude zu verhindern. Während ein Grossteil der Allschwiler Bevölkerung gemütlich am Feiern war, dauerte der Einsatz für die Angehörigen der Feuerwehr bis in den frühen Morgen! Es ist zu hoffen, dass der Feuerwehr weiterhin nicht nur die notwendigen Fahrzeuge und Einsatzmittel zur Verfügung stehen, sondern sie bald auch in ein den heutigen Verhältnissen angepasstes Magazin einziehen kann. Die diesbezüglichen Vorarbeiten sind weit gediehen.

Auch der **ZIVILSCHUTZ** Allschwil leistete – einmal mehr – gute Arbeit. Rund 70 Pioniere waren im hochwasserbetroffenen Laufen eingesetzt und halfen dort vor allem, überflutete Kellerräume auszupumpen. Zudem mussten teilweise ganze Häuser ausgeräumt werden. Im Sommer fand, im Rahmen eines Wiederholungskurses, erstmals eine gemeinsame Übung des Zivilschutzes mit der Feuerwehr Allschwil statt. Es war für alle eine interessante Erfahrung. Die beiden Partnerorganisationen verstanden sich auf Anhieb gut und die Zivilschützer konnten Einiges von den Profis lernen. Der **GEMEINDEFÜHRUNGSSTAB** musste sich erneut in einer Übung beweisen: Ausgegangen wurde von einem Waldbrand, der die Evakuierung eines Wohnquartiers erforderlich machte. Solche regelmässigen Übungen sind eine grosse Hilfe zur Vorbereitung auf einen Ernstfall. Des Weiteren beschäftigte sich der Gemeindeführungsstab mit dem Thema Pandemie (= länderübergreifende Ausbreitung einer Krankheit). Es gilt, die notwendigen Unterlagen zu erarbeiten, um im Notfall unverzüglich gewappnet zu sein.

Die **EINWOHNERDIENSTE** waren und sind intensiv mit der Umsetzung der Registerharmonisierung befasst, nachdem Allschwil als eine von sechs basellandschaftlichen Pilotgemeinden ausgewählt wurde. Das eidgenössische Registerharmonisierungs-Gesetz schreibt vor, dass bis Ende 2009 sämtliche Einwohnerregister in der Schweiz an die neuen Vorgaben angepasst werden müssen und alle Einwohnerinnen und Einwohner nicht mehr nur einer Wohnadresse, sondern auch einer klar definierten Wohnung zugewiesen werden können. In der ersten zurzeit laufenden Phase wird eng mit der Hauptabteilung Hochbau-Raumplanung zusammen gearbeitet. Das Projekt ist zwar aufwendig, wird aber nach Abschluss Vereinfachungen für die Einwohnerinnen und Einwohner bringen und insbesondere Mehrfacherfassungen bei verschiedenen Behörden beenden.

Saskia Schärer, Gemeinderätin

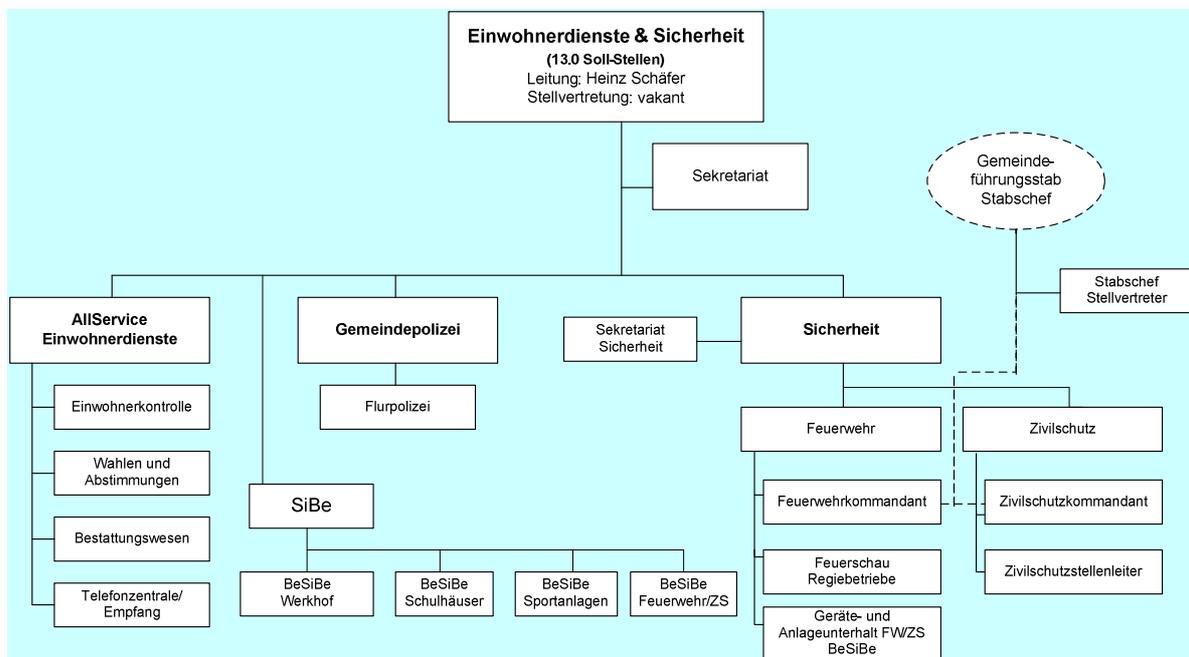
LEISTUNGSAUFRÄGE DES DEPARTEMENTS EINWOHNERDIENSTE – SICHERHEIT

Dem Departement Einwohnerdienste – Sicherheit sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 190 Wahlen und Abstimmungen
- 561 Einwohnerdienste
- 562 Gemeindepolizei
- 563 Feuerwehr
- 564 Zivilschutz
- 565 Militär
- 566 Koordination Ereignisbewältigung (GFS)

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. -berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zur Verfügung.

ORGANIGRAMM HAUPTABTEILUNG EINWOHNERDIENSTE – SICHERHEIT; STAND 31.12.2007



Bildung-Erziehung-Kultur

Geschäftsbericht 2007

Vorsteher: Heinz Giger, Gemeinderat
Stellvertreter: Arnold Julier, Gemeinderat



Jede Form von Bildung öffnet den Blick nach aussen und nach innen.

Heinz Giger

BILDUNG

Das vom Departement BEK ausgearbeitete Konzept über die [TAGESSCHULE](#) auf Primarstufe (1. bis 5. Klasse, inkl. umfassender Bedarfsabklärung) konnte am 14. März dem Einwohnerrat im Detail erläutert werden. Das entsprechende Postulat wurde mit grossem Mehr als erledigt abgeschrieben. Der Gemeinderat hat sich in seiner strategischen Planung für Massnahmen zur familienergänzenden Betreuung ausgesprochen. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass diesem Thema weiterhin die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Der Gemeinderat hat im Frühjahr ein entsprechendes Konzept der Schulleitung über die [BEGABUNGS- UND BEGABTENFÖRDERUNG](#) auf Primarschulstufe genehmigt, welches bereits nach den Frühjahrsferien mit einer ersten Gruppe von Schülerinnen und Schülern erfolgreich umgesetzt werden konnte.

Im Hinblick auf die gesellschaftlichen Veränderungen, welche sich bereits im Vorschulalter verstärkt bemerkbar machen, hat der Gemeinderat eine befristete Aufstockung um vier Lektionen für die Aufgaben der beiden Mitarbeiterinnen im [VORSCHULHEILPÄDAGOGISCHEN DIENST](#) genehmigt. Er hat erkannt, dass eine möglichst frühe Aufarbeitung vorhandener Defizite der Kinder eine frühe Angleichung an den üblichen Entwicklungsstand ermöglicht und damit auch zur Vermeidung von (höheren) Folgekosten führen kann.

Mit drei Veranstaltungen im Herbst/Winter hat die Kinder- und Jugendkommission im Rahmen der [ELTERNARBEIT](#) interessierte Eltern von Kindergarten- und Primarschulkindern darin unterstützt, den vielfältigen Anforderungen an die Kindererziehung besser gerecht zu werden. ‚Streiten – zu allen Zeiten‘, ‚Langeweile ist nicht ungesund‘ und ‚Konsum und Essgewohnheiten oder Fast Food am Mittagstisch‘ waren die Themen. Die Veranstaltungen boten auch die Möglichkeit, sich mit Fachpersonen, Beratungsstellen und anderen Eltern auszutauschen, und fanden grossen Zuspruch bei den Erziehungsberechtigten.

Der öffentliche [SCHÜLERMITTAGSTISCH](#) erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit. So konnten im Berichtsjahr erneut mehr Mahlzeiten als in den Vorjahren abgegeben werden.

Der bisherige Subventionsschlüssel der [MUSIKSCHULE](#), welcher aus dem Jahr 1993 datierte, wurde an die heutigen Verhältnisse angepasst. Der Einwohnerrat hat den Schlüssel und das entsprechende Reglement Ende Jahr verabschiedet. Die neuen Bedingungen werden auf Beginn des Schuljahres 2008/2009 in Kraft gesetzt.

Bei der [KINDER- UND JUGENDZAHNPFLEGE](#) waren insgesamt 78% der Allschwiler Kinder und Jugendlichen ab Kindergarten bis 18 Jahre angemeldet. Die neue Kariesstudie des Kantons zeigt, dass diese Institution für die Kinder und Jugendlichen eine wichtige Funktion erfüllt: insgesamt kann die Zahl der kariösen Zähne auf allen

Stufen einen leichten Rückgang verzeichnen. Der Kantonszahnarzt empfiehlt aufgrund der positiven Resultate der Studie, die bisherigen Bemühungen unbedingt weiterzuführen.

FREIZEIT

Endlich war es soweit: Das neue **FREIZEITHAUS**, welches auch die ausgediente Robi-Baracke ersetzte, konnte am 2. Juni feierlich eingeweiht werden. Neben Robi, Werkstatt und Ludothek verfügt das Freizeithaus auch über einen Mehrzweckraum, welcher an Privatpersonen aus Allschwil zu günstigen Konditionen vermietet wird. Neben einer Spielgruppe für Kleinkinder sind auch verschiedene niederschwellige Beratungsdienste vor Ort: Erziehungsberatung, Sozialberatung, Mütter-, Väterberatung, Alkohol- und Drogenberatung. Im Aussenbereich konnte u.a. die Dirtbahn weiter ausgebaut werden.

Zu den Höhepunkten im Programm der **FREIWILLIGEN HAUSWIRTSCHAFTLICHEN KURSE FÜR ERWACHSENE** konnte im Berichtsjahr die gut besuchte Modeschau in der Gemeindeverwaltung gezählt werden, an der die Näherinnen ihre Kreationen vorführten. Die Teilnehmenden der Kochkurse für Herren zeigten ihr Können beim anschliessenden Apéro.

Das Angebot des **FREIWILLIGEN SCHULSPORTS** wurde weiterhin – als Ergänzung zum Schulsport – gut besucht. Im Berichtsjahr haben die Schülerinnen und Schüler insgesamt 42 Kurse belegt: von Judo über Mountainbike, Latino-Dance, Tischtennis und Frisbee bis zum Jonglieren.

An der **SPORTLEREHRUNG** zeichnete der Gemeinderat wiederum 20 Allschwiler Sportlerinnen und Sportler unterschiedlichsten Alters für deren sportliche Erfolge im Vorjahr aus. Als Ehrengäste berichteten Dominique Frei und Ramona Geissbühler über ihre eher unbekanntere Sportart, den Rollkunstlauf.

KULTUR

Im Berichtsjahr standen zwei Aufgaben im Zentrum der Kommissionstätigkeit: zum einen der Weiterausbau des **HEIMATMUSEUMS**, zum anderen die Begleitung der Inventarisierung. Nach dem Abbau der Ortsbildausstellung konnte mit dem Einbau der ersten Etappe des neuen Entrées begonnen werden. Im Frühjahr waren die erste Vitrine mit der Rolltheke, das Lavabo und die Verkleidung der Toilette eingebaut und die Beleuchtung montiert.

Die Inventarisierung brachte weiterhin Einiges an Arbeit, insbesondere, weil immer wieder Schädlingsbefall entdeckt und die befallenen Objekte behandelt werden mussten. So wurde z. B. in den Sommerferien beinahe die ganze Schlafkammer im Erdgeschoss gegen Schädlinge behandelt, inklusive der Weisswäsche im Schrank. Nach der Depotordnung im Schulzentrum letztes Jahr wurde im Berichtsjahr das Depot im Schuppen hinter dem Museum ausgeräumt, geputzt und neu eingeräumt; ebenso der Estrichraum über dem Anbau.

Die Organisation und Durchführung des **BANNTAGS** vom 17. Mai war – dank der tatkräftigen Unterstützung der Regiebetriebe und trotz des schlechten Wetters – ein voller Erfolg: Der Gemeindepräsident konnte 590 angemeldete Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen. Für die Kinder war mit dem Robi-Spielwagen erneut für Unterhaltung gesorgt. Jung und alt konnte sich beim bereits zum zweiten Mal durchgeführten ‚Bannsteinstossen‘ messen oder zu stimmiger Musik das Tanzbein schwingen.

Auch im Berichtsjahr hat der Gemeinderat wiederum **VEREINE UND INSTITUTIONEN** (im kulturellen Bereich als auch in der Sport- und Jugendförderung) unterstützt, sei es mit finanziellen Beiträgen oder mittels Infrastrukturleistungen.

Der **KULTURPREIS 2006** wurde in feierlichem Rahmen an den Allschwiler Historiker Dr. Leo Zehnder verliehen. Der **KULTURFÖRDERPREIS 2007** ging an die ‚Alternative-Rock‘-Band NAVEL, erfolgreiche Newcomer in der Rockszene. Die Verleihung fand im Jugendfreizeithaus statt.

AUSBLICK

Die eingesetzte Projektgruppe wird sich auch im nächsten Jahr weiter intensiv mit der Planung und konkreten Umsetzung des **TAGESKINDERGARTENS** befassen, der im Sommer 2009 in der Überbauung Rankacker eröffnet werden soll.

Im **FREIZEITHAUS** wird die Pilotphase im Zusammenhang mit den Betreuungsangeboten voraussichtlich per Ende Jahr abgeschlossen sein und abschliessend evaluiert werden können.

Vorratshaltung im Estrich des **HEIMATMUSEUM**: das Projekt ‚Dauerausstellung‘ soll im Frühjahr abgeschlossen werden. Es sollen nun noch die Beleuchtung eingebaut, die Beschriftungen beigefügt und einige fehlende Ausstellungsobjekte (Trockenfrüchte, Wäsche etc.) ergänzt werden. Das Jahr 2008 ist für das Museum auch ein Jubiläumsjahr: ‚40 Jahre Heimatmuseum‘ soll mit einer würdigen Eröffnung eines neuen Museumsteils und eines neuen Entrées begangen werden.

Im Bereich der **KINDER- UND JUGENDZAHNPFLEGE** ist vorgesehen, den bisherigen Subventionsschlüssel zu überarbeiten, das entsprechende Reglement einer Teilrevision zu unterziehen und vom Einwohnerrat verabschieden zu lassen.

Der Umgang mit neuen Medien (Internet, Handy & Co.), deren Missbrauch, der Schutz für Kinder und Jugendliche ist ein aktuelles Thema. Hier ist grosser Handlungsbedarf gegeben. Es ist geplant, diese Themen im Rahmen der **ELTERNARBEIT** im Herbst wiederum an einem 3-Gänger mit kompetenten Fachpersonen für die Erziehungsberechtigten aufzuarbeiten.

Heinz Giger, Gemeinderat

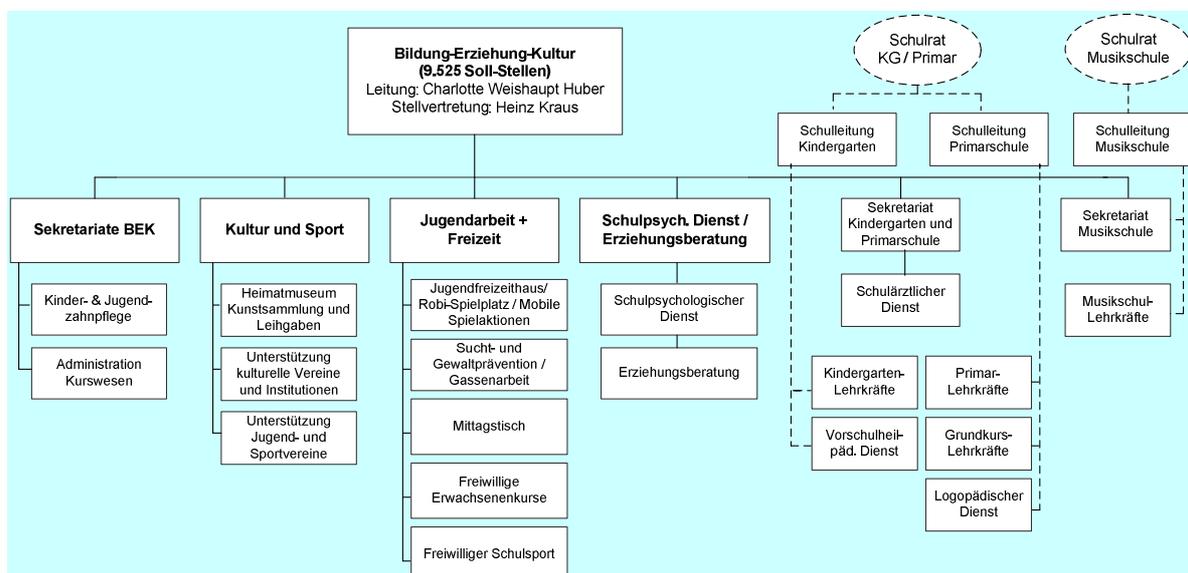
LEISTUNGSAUFRÄGE DES DEPARTEMENTS BILDUNG-ERZIEHUNG-KULTUR

Dem Departement Bildung-Erziehung-Kultur sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 661 Jugendarbeit und Freizeit
- 663 Kunst- und Kulturförderung
- 664 Erziehungsberatung – Schulpsychologischer Dienst
- 665 Gesundheitsfürsorge

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. -berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zu Verfügung.

ORGANIGRAMM DEPARTEMENT BILDUNG-ERZIEHUNG-KULTUR; STAND 31.12.2007



Soziale Dienste – Gesundheit

Geschäftsbericht 2007

Vorsteher: Arnold Julier, Gemeinderat
Stellvertreter: Heinz Giger, Gemeinderat



Trotz guter Konjunktur bleibt die Eingliederung eine grosse Herausforderung.

Arnold Julier

SOZIALE DIENSTE

Dank der positiven wirtschaftlichen Entwicklung waren 2007 weniger Personen auf Sozialhilfe angewiesen als im Vorjahr. Nach wie vor besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen und ihre Kinder. Am 1. Januar des Berichtsjahres lag der aktive Sozialhilfe-Dossierstand bei 295 Fällen; auf Ende Jahr reduzierte er sich um 56 Dossiers auf 239 Fälle. Somit konnte der steigende Trend der Vorjahre im 2006 stabilisiert und im 2007 etwas verbessert werden.

Mit den zunehmenden Scheidungen und den damit verbundenen veränderten Familienverhältnissen sowie den gesetzlichen Änderungen beim Kinderschutz sind die Fälle im Vormundschaftsbereich weiter angestiegen. Waren es Ende 2006 noch 294 Fälle, so stiegen diese bis Ende 2007 auf 326 an (bei einem Höchststand von 335 im Juni).

Allschwil bietet eine Vielzahl von Angeboten, die sich direkt an Kinder, Jugendliche und Erziehungsberechtigte richten. Mit einer neu eingerichteten Homepage der Sozialen Dienste wird die Suche nach einem geeigneten familienergänzenden Betreuungs-, Beratungs- oder Freizeitangebot erheblich erleichtert. Mit dieser laufend aktualisierten Internetseite leisten wir einen wertvollen Beitrag, den Allschwiler Einwohnerinnen und Einwohnern die Vielfalt der Angebote näherzubringen.

SPITEX-TAGESSTÄTTE FÜR BETAGTE

Mit ihren über 50 Mitarbeitenden setzt sich die Spitex dafür ein, dass Menschen bei einer Gesundheitsschwäche, einer Krankheit, nach einem Spitalaufenthalt oder bei einem Unglücksfall optimal betreut und gepflegt werden. Und dies in ihren eigenen vier Wänden. Die Mitglieder und Freunde der Spitex unterstützen diese Dienstleistungen ideell und finanziell.

Die Spitex befindet sich in einer sehr bewegten Phase, in welcher strategisches Wirken auf allen Ebenen unabdingbar ist. Die Diskussionen über Strukturen, Auswirkungen des neuen Finanzausgleiches, Abhängigkeiten auf den verschiedensten Ebenen, Leistungskürzungen sind – und das gilt es nie zu vernachlässigen – letztendlich nur Mittel, um den Auftrag, Hilfe und Pflege zu Hause bestmöglich erfüllen zu können, wo Themen wie Wohnkompetenz, Schmerz, Vereinsamung und Sterbebegleitung zum Alltag gehören.

Die Hilfe und Pflege zu Hause standen auch im 2007 ganz im Zentrum der Spitex-Arbeit. Mit über 28'000 Einsätzen vor Ort konnten die Dienstleistungen adäquat und bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden.

Die internen Reorganisationen in den Bereichen Pflege und Hauswirtschaft fanden ihren Abschluss. Die begonnene Reorganisation der zentralen Dienste steht noch in der Umsetzungsphase.

Im 2007 zeigte sich – einmal mehr – dass die Spitex-Dienstleistungen, die Pflege, die Hauswirtschaft, die Tagesstätte und die Laustante eine Notwendigkeit für die Bevölkerung sind. Mit 10'874 Stunden Pflegeleistungen, 9'528 Stunden Hauswirtschaftsleistungen und 2'600 Besuchstagen in der Tagesstätte wurde erneut ein beachtliches Resultat erzielt.

Die strukturellen Anpassungen der Tagesstätte haben die Bewährungsprobe bestanden. Heute stehen Fachleute im Bereich der Pflege, Aktivierung und Hauswirtschaft zur Verfügung und leisten eine vielseitige, professionelle Arbeit. Den Besucherinnen und Besuchern der Tagesstätte wird eine schwungvolle, abwechslungsreiche Tagesstruktur angeboten. Die Spitex setzt sich mit allen verfügbaren Mitteln dafür ein, dass die Dienstleistungen vor Ort, heute, morgen und in Zukunft in bester Qualität für die betroffene Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Die Herausforderung betreffend neuem Finanzausgleich (NFA) ab 2008 konnte – trotz verschiedener Unsicherheiten – in Zusammenarbeit mit den Spitex-Verantwortlichen geplant, berechnet und letztendlich für das Budget 2008 mit Zahlen belegt werden. Das Bundesamt für Sozialversicherungen wird keine Beiträge mehr direkt an die Spitex auszahlen. Mit diesem Wegfall werden neu die Gemeinden verstärkt in die Verantwortung gezogen (siehe Tabelle).

Subventionen der Gemeinde Allschwil

Bis 31. Dezember 2007

Subvention Spitex	566'000.00
Subvention Tagesstätte	94'500.00
Total	660'500.00

Ab. 1. Januar 2008

Subvention Spitex	575'000.00
Subvention Tagesstätte	94'300.00
Subvention neu zusätzlich wegen Umverteilung NFA	530'000.00
Total	1'199'300.00

Diese Berechnungen müssen im 2008 noch auf ihre Richtigkeit überprüft werden; allenfalls müssen Anpassungen vorgenommen werden.

Im Glanz der Schweizerischen Mustermesse durfte die Spitex zusammen mit dem Seniorendienst an der Sonderschau ‚Älter werden macht Spass‘ die Angebotspalette beider Institutionen über die Gemeinde- und Kantonsgrenze hinaus vorstellen.

SENIORENDIENST

Aus der Jahresstatistik ist klar ersichtlich, dass die einzelnen Angebote und Dienstleistungen des Seniorendienstes von der älteren Bevölkerung wiederum vermehrt in Anspruch genommen wurden. Mit den vielfältigen Angeboten und Hilfeleistungen kann der Wunsch, möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben zu können, unterstützt werden. Nur Dank der Einsätze der 130 freiwilligen Helferinnen und Helfer konnte das stetig steigende Volumen an Anfragen und Aufträgen zur vollen Zufriedenheit der älteren Mitmenschen erfüllt werden. Sie leisteten im Berichtsjahr 14'190 (Vorjahr 12'250) Arbeitsstunden, davon 11'370 (Vorjahr 10'060) freiwillig und 2'820 (Vorjahr 2'190) gegen Entschädigung. An der Generalversammlung vom 28. März wurden die Mitglieder darüber orientiert, dass der Seniorendienst wegen der stetig steigenden Angebotsnachfrage aus Kapazitäts- und Organisationsgründen eine Strukturanpassung nötig hat.

Seitdem der Seniorendienst die Kontaktstelle im Spitex-Zentrum führt, wurde die Zusammenarbeit mit der Spitex laufend intensiviert. Im Sinne einer gegenseitigen Unterstützung wurde unkompliziert und effizient gearbeitet. Aufgrund dessen wurde die Spitex angefragt, mit dem Seniorendienst eine Kooperation zu prüfen und wie eine mögliche Zusammenarbeit mit der Spitex in naher Zukunft aussehen könnte. Die Spitex war bereit, gemeinsam mit dem Seniorendienst ein Modell auszuarbeiten. Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, ein Konzept mit den

Schwerpunkten zu erarbeiten, die Organisationsstruktur den heutigen Verhältnissen anzupassen und für den administrativen Bereich (inklusive Buchhaltung und Zahlungsverkehr) eine Lösung zu suchen. Die wichtigste Bedingung war, dass die Autonomie der einzelnen Dienste wie bisher bestehen bleibt und dass es keine Fusion mit der Spitex geben wird.

Nachdem die Arbeitsgruppe das Konzept den Mitgliedern an einem Informationsabend vorgestellt hatte, wurde die Spitex ab 2008 im Rahmen eines Mandates beauftragt, die Geschäftsleitung und die Buchhaltung des Seniorenendienstes zu führen. Alle anderen Tätigkeiten werden durch den Vorstand sichergestellt. Nach wie vor behält der Seniorenendienst seine bisherige Eigenständigkeit. Die Hauptaufgabe im 2008 wird eine sinnvolle und erfolgreiche Einführung und Verankerung des neuen Organisationskonzeptes sein.

ALTERSZENTRUM AM BACHGRABEN

Das Erweiterungs- und Umbauprojekt ‚WANDELSTERN‘ des Alterszentrums am Bachgraben, dem die Stimmberechtigten 2003 mit überwältigendem Mehr zugestimmt hatten, konnte aufgrund einer Beschwerde erst mit neunmonatiger Verzögerung mit der Grundsteinlegung am 6. Januar 2005 begonnen werden. Im Verlaufe der Bauzeit mussten des Weiteren bauliche Verzögerungen in Kauf genommen werden, weshalb der Umzug vom Altbau in den Neubau nicht wie geplant stattfinden konnte und zusätzlichen Organisations- und Zeitaufwand verursachte. Ab Oktober konnten 36 neue Bewohnerinnen und Bewohner aufgenommen werden. Im Dezember wurden die Arbeiten – abgesehen von einzelnen Bauausbesserung und Verfeinerungen – abgeschlossen. Mit der Realisierung von 49 zusätzlichen Betten bietet das Alterszentrum am Bachgraben neu 199 Bewohnerinnen und Bewohnern ein Zuhause. Der offizielle Eröffnungsanlass wird am 28. Mai und das zweitägige Eröffnungsfest am 31. Mai und 1. Juni 2008 stattfinden.

TAGESHEIME

Das zentrale Anliegen der Stiftung Tagesheime, also die Betreuung von Säuglingen und Kindern, konnte vollumfänglich sichergestellt werden. Die Betreuung wird immer komplexer und somit auch anspruchsvoller. Das Personal leistete ausgezeichnete Arbeit und stellte sich jeglicher Herausforderung mit viel Elan und hoher Professionalität. Das Angebot der Kinderbetreuung wurde 2007 sehr gut genutzt. Es konnten 16'177 Betreuungstage verzeichnet werden, 340 mehr als im 2006 mit 15'836. Die Auslastung beträgt durchschnittlich 97%, 2006 waren es 95% (die Mindestauslastung gemäss Leistungsvereinbarung beträgt 85%). Die Tagesheime konnten somit wiederum ein hervorragendes Resultat ausweisen (alle Zahlen in CHF):

Gesamtumsatz	1'789'645.00
Eigenertrag	670'000.00
Weitere Erträge	3'000.00
Subvention Gemeinde	1'116'000.00

In beiden Tagesheimen konnten notwendige Renovationen abgeschlossen werden. Das Areal beim Bruckerhaus wurde mit einem Gartenzaun versehen. Neu konnte eine Wiese (anstossende Parzelle zum Tagesheim) hinzugemietet werden; damit steht heute eine adäquate Spielwiese mit Fussballtor und grossem Sandkasten zur Verfügung. Nach Abschluss der notwendigen Renovationsarbeiten konnte der Betrieb im Tagesheim Baslerstrasse 255d im 2007 wieder in ruhigerem und normalem Rahmen geführt werden.

TAGESELTERNVEREIN

Das Leistungsangebot der Tageseltern deckt in Ergänzung zu den 70 Angeboten der Tagesheime individuelle Bedürfnisse der Eltern und Alleinerziehenden ab. Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen ist jedoch im 2007 erneut angestiegen, sodass es nicht immer möglich war, für alle angemeldeten Kinder eine geeignete Tagesfamilie zu finden. Diese Eltern sind auf private Lösungen ausgewichen oder es ergab sich in einer anderen Institution eine Betreuungsmöglichkeit. Im Berichtsjahr haben 21 Tagesmütter 19'993 Betreuungsstunden geleistet, was gegenüber dem Vorjahr mit 15'544 eine Erhöhung um 4'449 Betreuungsstunden bedeutet. Trotz der vielen Inserate im Allschwiler Wochenblatt konnten nicht genügend Tagesfamilien gefunden werden, um die gesamte Nachfrage abzudecken.

MÜTTER-, VÄTERBERATUNG

Die Spitex Allschwil-Schönenbuch wurde auf 2007 definitiv mit einer Leistungsvereinbarung mandatiert, die Geschäfte der Mütter-, Väterberatung Leimental operativ und administrativ zu führen. Neben dem Kernauftrag der Beratung von jungen Eltern und deren Säuglingen und Kleinkindern standen verschiedene Projekte an: in Allschwil konnten neue Räumlichkeiten bezogen werden. Die Beratungsstelle befindet sich neu zusammen mit der Ludothek, dem Robi-Spielplatz, einer Tageskrippe und weiteren sozialen Angeboten im neuen Familienzentrum am Hegenheimermattweg 70. Die Dienstleistungen der Mütter-, Väterberatung entsprechen den Bedürfnissen der Eltern. Die Entwicklung der Mütter-, Väterberatung ist zwar mit 1'250 Beratungen im 2007 im Vergleich zu 1'460 im 2006 etwas rückläufig. Der Rückgang hängt höchstwahrscheinlich mit dem Umzug der Beratungsstelle zusammen. Einzelne Eltern bemängelten die nicht optimale Lage der Beratungsstelle, da sie nicht mehr so zentral liege wie zuvor. Die Betriebspilotphase im Familienzentrum soll bis zum 31. Dezember 2008 verlängert werden. Es gilt dann, die Erfahrungen im 2008 zu berücksichtigen und allfällige Korrekturen vorzunehmen.

ASYLWESEN

Einzelne Teile des revidierten Asylgesetzes sind seit dem 1. Januar 2007 in Kraft. Weitere Bestimmungen des Asylgesetzes sowie die entsprechende Verordnung werden auf den 1. Januar 2008 in Kraft treten. Aufgrund der Änderungen des Bundesrechts erfolgte eine Totalrevision der kantonalen Asylverordnung im 2007. Dabei ging es insbesondere um die Regelung der vorläufig Aufgenommenen, die nach Ablauf von sieben Jahren in die finanzielle Zuständigkeit der Gemeinden übergehen. Nach der Vernehmlassung, an der sich die Gemeinde Allschwil beteiligte, hat der Regierungsrat trotz einiger Bedenken verschiedener Gemeinden beschlossen, die Asylverordnung per 1. Januar 2008 in Kraft zu setzen.

Die Asylgesuche sind im Berichtsjahr leicht angestiegen. Die durchschnittliche Jahresbelegung im Wohnheim und Durchgangszentrum ‚ATLAS‘ lag bei 100.6 Personen. Nach wie vor hat die Zahl der Gesuche aus Eritrea zugenommen. Der Anstieg ist auf ein Urteil der Asylrekurskommission – des heutigen Bundesverwaltungsgerichts – im 2006 zurückzuführen. Gemäss diesem Urteil soll Deserteuren und Dienstverweigerern aus Eritrea in der Regel Asyl gewährt werden. Das Beschäftigungsprogramm für Asylsuchende in Zusammenarbeit mit dem Werkhof, das bereits 2005 eingeführt wurde, ist für alle Beteiligten sehr positiv verlaufen und wird im nächsten Jahr weitergeführt.

PILZKONTROLLE

Im Berichtsjahr wurden dem Allschwiler Pilzkontrolleur bei 130 Kontrollen 114 Pilzarten im Gesamtgewicht von 250 kg vorgelegt. Von dieser Menge waren 55 kg ungeniessbar und 48 Pilze giftig. Diese Dienstleistung bietet die Einwohnergemeinde auf freiwilliger Basis und unentgeltlich an, obwohl auf dem Allschwilerbann ein Pilzsammelverbot besteht. Die Verpflichtung zur amtlichen Kontrolle wurde bei der Revision der eidgenössischen Lebensmittelverordnung 2002 aufgehoben. Seither ist es den Gemeinden freigestellt, eine Pilzkontrolle anzubieten. Allschwil hat – im Gegensatz zu anderen Gemeinden – diese Dienstleistung im Interesse der Gesundheitsvorsorge beibehalten. Trotz Sparmassnahmen hat der Gemeinderat beschlossen, die Pilzkontrolle weiterzuführen, selbst wenn auch Personen anderer Gemeinden diese Dienstleistung beanspruchen.

STIFTUNG FÜR SOZIALEN WOHNUNGSBAU

Im Berichtsjahr hat der Stiftungsrat zwei Mal getagt und die anstehenden Probleme behandelt. Vor allem die Heizung Parkallee und die Umgestaltung des Spielplatzes Ochsengasse gaben zu Diskussionen Anlass.

Josef Seiler ist per Juni als Protokollführer zurückgetreten und wurde durch Eugen Neeser ersetzt. Auch an dieser Stelle sei Josef Seiler für seine grosse Arbeit herzlich gedankt.

Eine Konzept-Kommission hat die Grundlagen für die zukünftige Entwicklung der Gebäude Parkallee erarbeitet. Definitive Beschlüsse werden erst gefasst, wenn das Zonenreglement in Kraft ist.

Dass trotz steigender Kosten die Stiftung finanziell gut dasteht, ist der sorgfältigen Geschäftsführung der beiden Verwalter zu verdanken. Dank ihrem Wissen konnte die Vermietungskommission alle anstehenden Fragen und Probleme gut lösen.

Arnold Julier, Gemeinderat

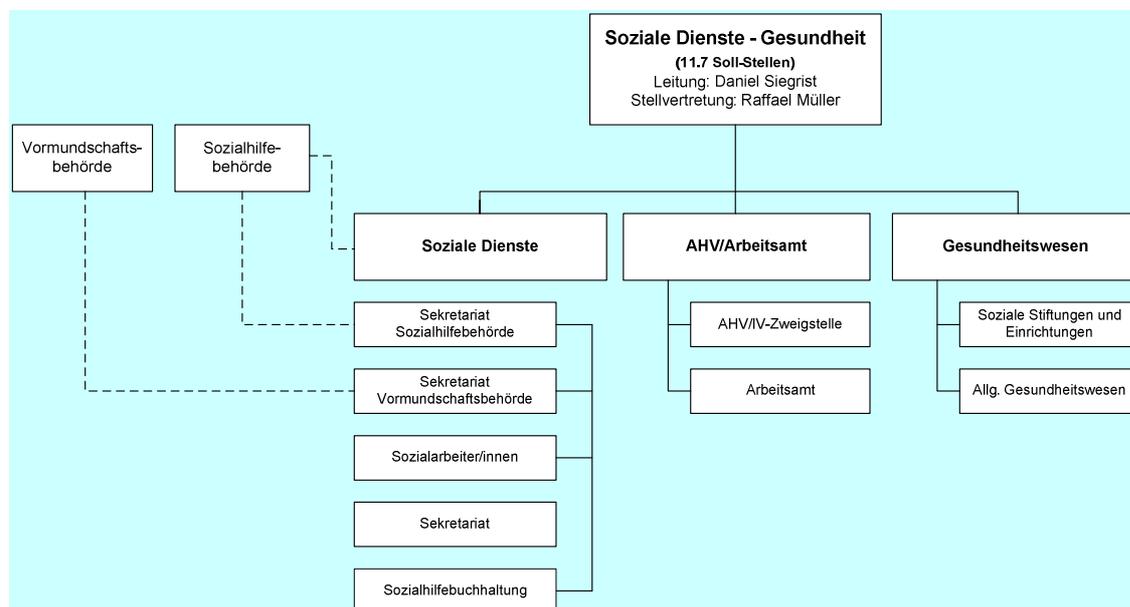
LEISTUNGSaufTRÄGE DES DEPARTEMENTS Soziale Dienste – GESUNDHEIT

Dem Departement Soziale Dienste – Gesundheit sind folgende Leistungsaufträge der Verwaltung zugeordnet:

- 761 Freie Beratung – Prophylaxe
- 762 Leistungen im Sozialbereich
- 763 Leistungen im Vormundschaftsbereich
- 765 Asylwesen
- 771 Stiftungen und Soziale Beitragsleistungen
- 772 Partnerschaftliche Sozialhilfeleistungen
- 781 Gesundheitswesen
- 782 AHV-Zweigstelle – Arbeitsamt

Sämtliche Leistungsaufträge bzw. -berichte stehen auf www.allschwil.ch > Die Gemeinde informiert > Gemeindeentwicklung zur Verfügung.

ORGANIGRAMM HAUPTABTEILUNG Soziale Dienste – GESUNDHEIT; STAND 31.12.2007

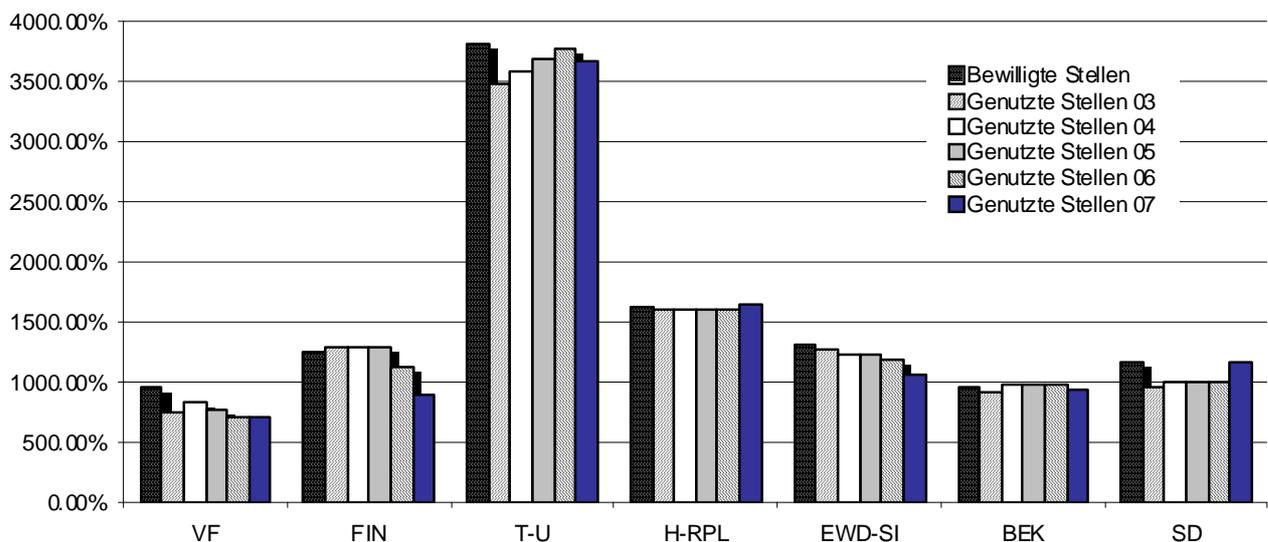


Stellenplan Personalverzeichnis

STAND: 31. DEZEMBER 2007

NUTZUNG DER BEWILLIGTEN STELLEN PER 31. DEZEMBER 2007

	Genutzte Stellen (IST-Stellen)	Bewilligte Stellen (SOLL-Stellen)
Verwaltungsführung (VF)	710.00%	960.00%
Finanzen – Steuern (FIN)	890.00%	1240.00%
Tiefbau – Umwelt (T-U)	3670.00%	3800.00%
Hochbau – Raumplanung (H-RPL)	1640.00%	1610.00%
Einwohnerdienste – Sicherheit (EWD-SI)	1052.80%	1300.00%
Bildung-Erziehung-Kultur (BEK)	952.50%	952.50%
Soziale Dienste – Gesundheit (SD)	1170.00%	1170.00%
TOTAL GENUTZTE STELLEN	10'085.30%	11'032.50%



Abkürzungen:
 AL: Abteilungsleiter/in
 HA: Hauptabteilung
 HAL: Hauptabteilungsleiter/in
 SB: Sachbearbeiter/in
 Stv.: Stellvertreter/in

PERSONALVERZEICHNIS DER GEMEINDEVERWALTUNG; STAND 31. DEZEMBER 2007

Verwaltungsbereich / Hauptabteilung	Name Vorname	Funktion Aufgabe	SOLL- Stellen gem. bew. Plan	Nutzung 31.12.07
VERWALTUNGSFÜHRUNG				
Führung der Gesamtverwaltung	Steiner Sandra	Gemeindeverwalterin	100.00%	100.00%
Personalabteilung	Vecchi Regina	SB Personalwesen	50.00%	70.00%
	Sifrig Carmen	SB Personalwesen	100.00%	50.00%
Rechtsdienst	Helmy Scharaf	Jurist	50.00%	80.00%
Wirtsch.förderung / Marketing	Traub Gisela	Stabsstelle WiFö / Marketing	0.00%	10.00%
	Hüllstrung Cornelia	SB WiFö / Mark. / Wahlen-Abst.	80.00%	30.00%
<i>Sekretariat Einwohnerrat</i>			100.00%	0%
Öffentliche Informat./ Berichtswesen / Sekretariatsdienste (Gemeinderat)	Rudolf-von-Rohr Markus	Gemeindeverwalter-Stv.	100.00%	100.00%
<i>Sekretariat Gemeinderat</i>			100.00%	0%
Komm. / Informationsdienste	Porchet Nicole	SB Komm. / Informationsdienste Sekretariatsdienste	80.00%	80.00%
Informationstechnik IT	Schönenberger Daniel	Leiter Informatik	100.00%	90.00%
	Meier Urs	Informatiker	100.00%	100.00%
Int. Verwaltungsdienste	Bohrer Guido	SB Verwaltungsdienste*	100.00%	100.00%
*) Dem Stellenplan nicht angerechnet				
	TOTAL Verwaltungsführung		960.00%	710.00%
Auszubildende	Schulz Cyrill	Kaufmann; ab 8.2007		
	Amweg Viola	Kauffrau; ab 8.2006		
	vakant	Lehrling Landschaftsgärtner		
	vakant	Informatik-Lehrling		
	Pausa Lenard	Vorlehrling		
Praktika / Volontariate	vakant	Rechtsdienst		
	vakant	Soziale Dienste		
	Stolz Susanne	Soziale Dienste		
	vakant	Erziehungsberatung		
	vakant	Logopädischer Dienst		
	vakant	Jugendfreizeitheim / Robi		
HAUPTABTEILUNG FINANZEN – STEUERN				
Finanzen – Steuern	vakant	Hauptabteilungsleiter/in	100.00%	0%
Rechnungswesen	vakant	AL Rechnungswesen/HAL-Stv.	100.00%	0%
	Guggisberg Anita	SB Lohnbuchhaltung	100.00%	100.00%
	vakant	SB Buchhaltung	10.00%	0.00%
	Moser Beatrice	SB Debitorenbuchhaltung	100.00%	90.00%
	Scherrer Kathrin	SB Kreditorenbuchhaltung	100.00%	100.00%
Steuern	Reinhardt Walter	AL Steuern	100.00%	100.00%
	Baumann Silvia	SB Veranlagungen	100.00%	100.00%
	vakant	SB Veranlagungen	100.00%	0%
	Feigenwinter Marceline	SB Verrechnungssteuer	50.00%	50.00%
	Gross Walter	SB Veranlagungen	100.00%	100.00%
	Ming Anton	SB Veranlagungen	100.00%	100.00%
	Marti Barbara	SB Sekretariat	80.00%	50.00%
	Weiss Tobias	SB Veranlagungen	100.00%	100.00%
	TOTAL HA Finanzen – Steuern		1240.00%	890.00%

Verwaltungsbereich / Hauptabteilung	Name Vorname	Funktion Aufgabe	SOLL- Stellen gem. bew. Plan	Nutzung 31.12.07
HAUPTABTEILUNG TIEFBAU – UMWELT				
Tiefbau – Umwelt	Linder Andres	Hauptabteilungsleiter	100.00%	100.00%
Tiefbau	Reber Erich	Projektleiter, HAL-Stv.	100.00%	90.00%
	Laugel Philippe	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
	Mangold Kurt	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
	Neuenschwander Andreas	Techn. Mitarbeiter	50.00%	30.00%
	Ziegler Christa	SB Sekretariat	70.00%	50.00%
Regiebetriebe (Werkhof)	Buser Kurt	AL Regiebetriebe	100.00%	100.00%
Umwelt	Dill Andreas	SB Umwelt	80.00%	100.00%
	Total Tiefbau - Umwelt		700.00%	670.00%
Wasserversorgung	Schönenberger Wolfgang	Vorarbeiter	100.00%	100.00%
	Stoehr Patrick	Techn. Mitarbeiter, VA-Stv.	100.00%	100.00%
	Oberli Stephan	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
	vakant	Techn. Mitarbeiter	100.00%	0%
	Pfister Christian	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
Dienste	Baur Werner	Vorarbeiter	100.00%	100.00%
	Vollenhals Franz	Handwerker	100.00%	100.00%
	Dürst Sergio	Handwerker	100.00%	100.00%
	Kunz Guido	Handwerker	100.00%	100.00%
	Bringolf Hans	Handwerker	100.00%	100.00%
	Schwendimann Ernst	Handwerker	100.00%	100.00%
	Simon Peter	Handwerker	100.00%	100.00%
	Suter Walter	Handwerker	100.00%	100.00%
Baulicher Unterhalt	Göpfert Marcel	Vorarbeiter	100.00%	100.00%
	Gschwind Dieter	Handwerker	100.00%	100.00%
	Platt Peter	Handwerker	100.00%	100.00%
	Riedo Alfons	Handwerker	100.00%	100.00%
	Schneider Bernd	Handwerker	100.00%	100.00%
	Stradiotti Antonio	Handwerker	100.00%	100.00%
	Vogt Josef	Handwerker	100.00%	100.00%
Gartenbau	Nägeli Hans Peter	Vorarbeiter	100.00%	100.00%
	Heiber Ruedi	Handwerker	100.00%	100.00%
	Hochstrasser Georg	Sportplatzwart	100.00%	100.00%
	Huber Markus	Handwerker	100.00%	100.00%
	Muller Nicolas	Handwerker	100.00%	100.00%
	Schmitt Bernard	Handwerker	100.00%	100.00%
	Vallat Michel	Handwerker	100.00%	100.00%
	Naas Olivier	Handwerker	100.00%	100.00%
Friedhof	Frey Rahel	1. Friedhofgärtnerin	100.00%	100.00%
	Burger Denis	Handwerker	100.00%	100.00%
	Widmer Viktor	Handwerker	100.00%	100.00%
	Total Regiebetriebe		3100.00%	3000.00%
	GESAMTTOTAL HA Tiefbau – Umwelt		3800.00%	3670.00%

Verwaltungsbereich / Hauptabteilung	Name Vorname	Funktion Aufgabe	SOLL- Stellen gem. bew. Plan	Nutzung 31.12.07
HAUPTABTEILUNG HOCHBAU – RAUMPLANUNG				
Hochbau – Raumplanung	Stammbach Walter	Hauptabteilungsleiter	100.00%	100.00%
	Gisske Andreas	HAL-Stv.	100.00%	100.00%
	Beutler Therese	SB Sekretariat	70.00%	70.00%
	Jenny René	SB Gebäudeunterhalt	100.00%	100.00%
	Neuenschwander Andreas	Techn. Mitarbeiter	50.00%	70.00%
	Rechsteiner Walter	SB Liegenschaftsdienst	100.00%	100.00%
	Segglinger Ornella	SB Katasterwesen	80.00%	100.00%
	vakant	Sachbearbeitung	10.00%	0.00%
	Total Hochbau – Raumplanung		610.00%	640.00%
Hauswarte – Betriebspersonal	Gass Jürg	HW Schulzentrum NA	100.00%	100.00%
	Vogt Bernhard	Allrounder SH Gartenstr.+Lettenw.	100.00%	100.00%
	Gloor Hugo	HW SH Lettenweg+Gartenstr.	100.00%	100.00%
	Sumi Andreas	HW Gemeindezentrum	100.00%	100.00%
	Wallnöfer Joseph	HW SH Schönenbuchstrasse	100.00%	100.00%
	Matt Adolf	HW SH Bettenacker	100.00%	100.00%
	Roth Marcel	HW SH Breite	100.00%	100.00%
	Zumsteg Oswald	HW Neuallschwil SZ / SH	100.00%	100.00%
	Kraft Uwe	Badmeister SZ Neuallschwil	100.00%	80.00%
	Amann Markus	Badmeister SZ Neuallschwil	100.00%	100.00%
	Lehmann Lorenz	Badm-Stv. SZ Neuallschwil	0.00%	20.00%
	Total Betriebspersonal		1000.00%	1000.00%
	GESAMTTOTAL HA Hochbau – Raumplanung		1610.00%	1640.00%
HAUPTABTEILUNG EINWOHNERDIENSTE – SICHERHEIT				
Einwohnerdienste – Sicherheit	Schäfer Heinz	Hauptabteilungsleiter	100.00%	100.00%
	Helmy Scharaf	Zivilschutzkommandant	0%	20.00%
	Brefin Dorothea	SB EWD - Sicherheit	50.00%	40.00%
Sicherheit	Brefin Dorothea	Zivilschutzstellenlt.	50.00%	20.00%
	vakant	SB Sicherheit	50.00%	0%
	Hartmann Claude	Techn. Mitarbeiter	100.00%	100.00%
Gemeindepolizei	vakant	AL Gemeindepolizei, HAL-Stv.	100.00%	0%
	Gerber Thomas	Gemeindepolizist	100.00%	100.00%
	Meyer Andreas	Gemeindepolizist	100.00%	100.00%
	Kleiber Andreas	Gemeindepolizist	100.00%	100.00%
Einwohnerdienste (AllService)	Traub Gisela	AL AllService	80.00%	80.00%
	vakant	SB AllService	20.00%	0.00%
	Portmann Hans	SB AllService+Bestattungswesen	100.00%	100.00%
	Uhler Peter	SB AllService+Bestattungswesen	100.00%	100.00%
	Schmitt Claudia	SB AllService	50.00%	60.00%
	Knup Sandra	SB AllService	100.00%	40.00%
Telefon - Empfang	Aschwanden Nicole	SB AllService	63.70%	59.50%
	Klein Simone	SB AllService	36.30%	33.30%
	TOTAL HA Einwohnerdienste – Sicherheit		1300.00%	1'052.80%

Verwaltungsbereich / Hauptabteilung	Name Vorname	Funktion Aufgabe	SOLL- Stellen gem. bew. Plan	Nutzung 31.12.07
HAUPTABTEILUNG BILDUNG-ERZIEHUNG-KULTUR				
Bildung-Erziehung-Kultur	Weishaupt Huber Charlotte	Hauptabteilungsleiterin	80.00%	80.00%
Sekretariate BEK	Benz Renate	SB Schulsekretariate	70.00%	70.00%
	Gisler Silvia	SB Sekretariate	50.00%	40.00%
	Vogt Claudia	SB Sekretariate	60.00%	70.00%
Musikschule -Sekretariat	Liebi Edith	SB Sekretariat	60.00%	60.00%
	Romera Nadine	SB Sekretariat	34.30%	34.30%
Erziehungsberatung/Schulpsych. Dienst	Neidhart Sibylle	AL EB - SPD	85.00%	70.00%
	Rüfli Sandra	SB Sekretariat	43.20%	43.20%
	Zimmerli Alexandra	Psychologin	50.00%	50.00%
	Goetschel Philippe	Psychologe	50.00%	65.00%
Jugendarbeit und Freizeit	Kraus Heinz	AL Jugendarb. & Freizeit, HAL-Stv.	100.00%	100.00%
	Back Peter	Jugendarbeiter	100.00%	100.00%
	Kühner Caroline	Jugendarbeiterin	50.00%	50.00%
	Lang Wenger Désirée	Jugendarbeiterin	60.00%	60.00%
	Nobile Michel	Jugendarbeiter	60.00%	60.00%
	TOTAL HA Bildung-Erziehung-Kultur		952.50%	952.50%
HAUPTABTEILUNG SOZIALE DIENSTE – GESUNDHEIT				
Soziale Dienste – Gesundheit	Siegrist Daniel	Hauptabteilungsleiter	80.00%	90.00%
	Müller Raffael	Sozialarbeiter, HAL-Stv.	90.00%	90.00%
Soziale Dienste	Surber Silvan	Sozialarbeiter	90.00%	80.00%
	Marfurt Alice	Sozialarbeiterin	70.00%	60.00%
	Selz Rainer	Sozialarbeiter	90.00%	90.00%
	Koller Bernhard Susanne	Sozialarbeiterin	60.00%	60.00%
	Weis Gabriele	Sozialarbeiterin	60.00%	80.00%
	Domb Noémie	Sozialarbeiterin	100.00%	90.00%
Sekretariate	Lamon Jeanette	SB Vormundschaftsbereich	50.00%	70.00%
	Strähl Nadja	SB Sozialhilfebuchhaltung	60.00%	80.00%
	Mangold Regina	SB Sozialhilfebereich	70.00%	80.00%
	Marinus Susanne	SB Sekretariate	90.00%	70.00%
	Schmid Eveline	SB Sekretariate	80.00%	80.00%
AHV/IV-Stelle / Arbeitsamt	Suter Erika	SB AHV/IV-Arbeitsamt	100.00%	80.00%
	Loetscher Ursula	SB AHV/IV-Arbeitsamt	80.00%	70.00%
	TOTAL HA Soziale Dienste – Gesundheit		1170.00%	1170.00%

Allschwil in Zahlen

STAND: 31. DEZEMBER 2007

	2004	2005	2006	2007
BEVÖLKERUNG				
Einwohnerinnen und Einwohner	18'341	18'348	18'627	18'871
Stimm- und Wahlberechtigte	12'967	12'922	13'010	13'150
Steuerpflichtige natürliche Personen 1)	11'500	11'570	11'700	11'900
Steuerpflichtige juristische Personen	700	730	770	800
FINANZKENNZAHLEN				
Nettoverschuldung pro Kopf in CHF	2'068	1'814	1'402	1'332
Steueraufkommen pro Kopf in CHF	2'504	2'511	2'472	2'583
Selbstfinanzierungsgrad in %	39.5	2) -	23.0	122
Selbstfinanzierungsanteil in %	5.1	8.0	2.5	9
Kapitaldienstanteil in %	6.0	5.8	8.5	6
Zinsbelastungsanteil in %	1.1	0.7	1.2	1
WIRTSCHAFT – GEWERBE				
Betriebe und Unternehmen 3)	1'177	1'200	1'052	1'167
Neu angesiedelte Betriebe und Unternehmen	57	57	68	65
Weggezogene/aufgelöste Betriebe und Unternehmen	51	44	42	20
Arbeitsplätze 3)	7'850	7'837	7'837	7'837
Gewährte Steuererleichterungen für neu angesiedelte Betriebe	1	0	0	1
BAUTÄTIGKEIT				
Bestand Einfamilienhäuser (gem. BGV)	1'985	2'038	2'049	2'050
Bestand Gewerbe- / Industriebauten (gem. BGV)	263	264	267	269
Bestand Wohnungseinheiten (gem. BGV)	9'250	9'312	9'393	9'750
ALLGEMEINES				
Gesamtfläche Gemeindegebiet in ha	6) 892	889	889	889
- davon Wohn- und Siedlungsgebiet in ha	376	383	383	383
- davon Landschaftsgebiet in ha	516	506	506	506
Gesamtfläche aller Wohnzonen in ha	174	215	215	215
Gesamtfläche aller Gewerbebezonen	68	68	68	68
Gesamtfläche Strassen, OeW-Zonen, übrige Verkehrsflächen in ha	(kein Wert verfügbar)	100	100	100
Strassennetz, Gesamtlänge in km	35	36	36.6	36.68
Wasserleitungsnetz, Gesamtlänge in km	64	4) 67	70.7	71

- 1) Ehepaare gelten als ‚eine‘ natürliche Person
- 2) Einnahmenüberschuss aufgrund hoher Anwender- und Anschlussbeiträge
- 3) Quelle: www.statistik.bl.ch
- 4) Korrektur durch Grundlagenbereinigung
- 5) Berechnungen angepasst an Vorgaben des Statistischen Amtes Basel-Landschaft
- 6) Flächendifferenzen resultieren aus der Neuvermessung AV 93

Schulrat Kindergarten und Primarschule

Geschäftsbericht 2007

Präsidentin: Corinne Corvini-Gadola
Vizepräsidentin: Daniela Werren Kienzler

ALLGEMEINES

Der Schulrat erledigte die Geschäfte des Kindergartens und der Primarschule im Amtsjahr 2007 (1. Januar bis 31. Dezember 2007) an zwölf ordentlichen Sitzungen. Die anfallenden Arbeiten und Geschäfte, aber auch aufgekommene Probleme wurden von der Präsidentin oder der Vizepräsidentin mit der Schulleitung Kindergarten und Primarschule und deren Sekretärin, Frau Renate Benz, regelmässig besprochen und erledigt. Die Präsidentin hat an den Sitzungen der Präsidentenkonferenz der Basellandschaftlichen Schulräte in Liestal teilgenommen.

Auf Beginn des Schuljahres 2006/2007 wurden an den Kindergärten in Allschwil das Blockzeiten-Modell eingeführt. Die bisherigen Rückmeldungen sind positiv. Es hat sich gezeigt, dass die Kinder zum grössten Teil bereits kurz nach 8 Uhr in den Kindergärten eintreffen. Fazit: von der Blockzeitenregelung wird rege Gebrauch gemacht.

SACHGESCHÄFTE

Zu Beginn des Berichtsjahres haben Frau Ute Katzenmaier und Frau Sonja Haas dem Schulrat auf dessen Einladung hin den vorschulheilpädagogischen Dienst vorgestellt. Es hat sich dabei herauskristallisiert, dass das den Vorschulheilpädagoginnen zur Verfügung stehende Pensum von zurzeit 125% in Zukunft kaum mehr ausreichend sein dürfte, um allen Krisensituationen und den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht zu werden. Auf Antrag der Schulleitung hat sich der Schulrat deshalb für eine Aufstockung des Pensums des Vorschulheilpädagogischen Dienstes ausgesprochen. Der Gemeinderat ist diesem Antrag gefolgt.

Im März hat zum ersten Mal eine sogenannte Schulbesuchswoche für die Schulrätinnen und Schulräte stattgefunden. Anlässlich verschiedener Besuche im Unterricht konnte sich der Schulrat ein Bild über die Stimmung an den Kindergärten und der Primarschule machen. Aufgrund der positiven Reaktionen, auch von Seiten der Lehrerschaft, werden weitere Schulbesuchswochen für den Schulrat im Jahr 2008 ins Auge gefasst.

Im April hat eine zweite Standortbestimmung zur Situation in der als Pilotprojekt auf Beginn des Schuljahres 2006/2007 gestarteten Integrationsklasse für Behinderte stattgefunden. Die Reaktionen sowohl von Eltern als auch von den Lehrpersonen waren durchwegs positiv und es konnte auf ein erfolgreiches Schuljahr zurückgeblickt werden. Auf Beginn des Schuljahres 2007/2008 ist die Integrationsklasse unter den besten Voraussetzungen in das zweite Schuljahr gestartet. Zudem wurde der Schulrat Kindergarten und Primarschule zusammen mit jenem der Sekundarstufe im Mai zu einer Standortbestimmung von der GPK eingeladen. Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung-Erziehung-Kultur, hat dem Schulrat überdies das Konzept ‚Einführung einer Tagesschule auf Primarstufe‘ vorgestellt.

Auf Beginn des Schuljahres 2007/2008 wurde an der Primarschule die Begabungsförderung eingeführt. Auf Schulbeginn wurden neun Kinder angemeldet. Die Begabungsförderung findet jeweils an einem Donnerstag zwischen 8 und 12 Uhr statt. Betreut wird dieser Förderunterricht von zwei Lehrpersonen.

Auf Einladung des Schulrates haben Frau Lucia Schmid und Frau Mirjam Stritt der Schulleitung und dem Schulrat im Herbst das Integrationsprojekt für gehörlose Kinder vorgestellt.

Weiter hat der Schulrat über das Budget beraten, über die Landratsvorlage betreffend der Einführung von Informationstechnologien an der Primarschule als Unterrichtshilfe diskutiert und auf Antrag der Schulleitung genehmigt, dass die Schulhausvorstände in Zukunft durch Delegierte ersetzt werden. Die Präsidentin, Corinne Corvini-Gadola, die Vizepräsidentin, Daniela Werren Kienzler sowie Astrid Ruckstuhl haben an den Veranstaltungen ‚Mein Kind kommt in den Kindergarten‘ und ‚Mein Kind kommt in die Schule‘ den Schulrat und dessen Aufgaben vorgestellt. Überdies liegt nun das Schulprogramm vollständig ausgearbeitet vor. Der Schulrat hat im Amtsjahr 2007 insgesamt über fünf Gesuche und Anträge beraten. Gesuche, welche eine Kostengutsprache beinhalteten, hat der Schulrat dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt. Die Vizepräsidentin des Schulrates, Frau Daniela Werren Kienzler, hat in der Arbeitsgruppe Gesundheitsförderung Einsitz genommen.

KLASSENBILDUNG

Auf Beginn des Schuljahres 2007/2008 wurden an der Primarschule sechs 1. Regel- und zwei Einführungsklassen 1 gebildet. Insgesamt wurden damit im erwähnten Schuljahr 32 Regelklassen sowie neun Einführungs-, Klein- und Fremdsprachenklassen geführt. Im Kindergarten konnten im Schuljahr 2007/2008 aufgrund einer zusätzlich bewilligten Klasse weiterhin 15 Klassen geführt werden.

PERSONELLES

In der Primarschule wurde auf das Schuljahr 2007/2008 für die Mittelstufe eine neue Lehrkraft in einer Pensenteilung unbefristet angestellt. Befristete Anstellungen hat die Schulleitung gemäss Bildungsgesetz vorgenommen. Auf Ende des Schuljahres 2006/2007 hat Frau Beatrice Zogg-Schläpfer ihre Anstellung als Schulleitungsmitglied gekündigt. Sie wird jedoch weiterhin als Kindergarten-Lehrkraft in Allschwil tätig sein. Der Schulrat hat beschlossen, die Stelle von Frau Zogg als Schulleitungsmitglied nicht neu zu besetzen und stattdessen die Schulleitung mit nunmehr vier Mitgliedern weiterzuführen. Der Schulrat hat das entsprechende von der Schulleitung vorgeschlagene Organigramm genehmigt. Die Gesamtverantwortung für die Schulleitung liegt unverändert bei Marc Arnold. Die Mitarbeitergespräche mit der Schulleitung werden von der Präsidentin und der Vizepräsidentin erst im 2008 wieder durchgeführt.

BESCHWERDEN

Im Jahr 2007 hat der Schulrat sechs Beschwerden gegen Entscheide der Schulleitung behandelt. Von diesen Beschwerden betreffend Kindergarten- oder Schulhauszuteilung hat der Schulrat drei gutgeheissen und drei abgelehnt. Keiner der abgewiesenen Rekurse wurde an den Regierungsrat weiter gezogen.

ORTSKONFERENZ

Am 29. Oktober hat die diesjährige Ortskonferenz stattgefunden. Organisiert wurde diese Veranstaltung in Zusammenarbeit mit Delegierten der Gemeinde Schönenbuch durch eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern der Musikschule, der Primarschule, des Kindergartens und des Schulrates. Die Ortskonferenz 2007 mit dem Thema ‚Offen für Neues – Anderes wagen‘ gliederte sich in ein Vormittags- und in ein Nachmittagsprogramm und wurde von allen Seiten durchwegs positiv beurteilt.

AUSBLICK

Ziel des Schulrates im neuen Jahr wird es sein, die verkleinerte Schulleitung in ihrer neuen Struktur weiterhin zu stärken, auf Anliegen der verschiedenen Schulbeteiligten einzugehen und Änderungen mit der notwendigen Skepsis, aber auch mit Mut und Elan anzugehen.

Im Weiteren werden für den Schulrat wichtige Themen wie die Begabungsförderung, die Integrationsklasse für Behinderte wie auch für Gehörlose sowie eine vermehrte Stärkung des Schulpsychologischen Dienstes / Erziehungsberatung sowie des Vorschulheilpädagogischen Dienstes zuoberst auf der Aufgabenliste stehen.

*Corinne Corvini-Gadola
Präsidentin Schulrat Kindergarten und Primarschule*

Schulrat Sekundarschule

Geschäftsbericht 2007

Präsident: Giulio Vögelin
Vizepräsidentin: Ursula Steiner

ORGANISATORISCHES

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden zehn ordentliche Sitzungen und eine ausserordentliche Sitzung durchgeführt. Bei den ausserordentlichen Sitzungen sind nur die gewählten Mitglieder anwesend. Dabei sind Themen traktandiert, welche vorwiegend organisatorischen Charakter haben und die Schulleitung nicht betreffen.

Zur Vorbereitung der ordentlichen Sitzungen fanden wiederum regelmässig Gespräche zwischen dem Präsidenten und der Schulleitung statt. Es wurden diverse laufende Geschäfte besprochen oder erledigt, sowie Informationen ausgetauscht. Zusätzlich fand auch eine Sitzung zwischen der gesamten Schulleitung und dem Präsidenten statt. Diese Sitzungen sollten wieder regelmässiger stattfinden, da dabei unter anderem das generelle Befinden der Schulleitung erörtert werden kann und die dabei gewonnenen Erkenntnisse an einer der folgenden ordentlichen Schulratssitzung traktandiert werden können. Ausserdem nahm der Präsident an den Sitzungen der Präsidentenkonferenz BL teil. Die zu Beginn der Legislatur getroffene Vereinbarung zwischen Schulleitung und Schulrat, dass die Schulleitung an den Schulratssitzungen durch den Rektor vertreten wird und nur bei speziellen Sachgeschäften auch die zuständigen Konrektoren teilnehmen, hat sich erneut bewährt und wird, zumindest bis Ende der Legislatur, in dieser Form weitergeführt. Dazu gehört auch, dass an mindestens zwei Sitzungen alle Schulleitungsmitglieder teilnehmen, was denn auch der Fall war. An einer dieser Sitzungen waren, nebst weiteren Geschäften, Klassenbildung, Schülerzahlen, schwierige Lehrpersonen und Ortskonferenz thematisiert. An der zweiten wurden Themen wie Schulsozialarbeit, Erreichtes und Zielsetzung interne Evaluation wie auch Auswertung der durchgeführten Elternbefragung besprochen. Einige Ratsmitglieder nahmen wiederum an Veranstaltungen teil, die von der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BKSD, dem Amt für Volksschulen AVS und weiteren Organisationen durchgeführt wurden.

PERSONELLES

Im Verlauf des zweiten Halbjahres 2007 erkrankte Dr. Jan Stransky und konnte daher nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen. Ein Besuch einer Ratsdelegation bei ihm zeigte, dass er leider kaum mehr an den Sitzungen teilnehmen können, er aber trotzdem im Rat verbleiben und natürlich mit den Protokollen bedient werden möchte. Er wolle die Legislatur als Vertreter der SVP gerne komplettieren. Anlässlich eines Gesprächs mit dem Präsidenten der SVP wurde daher vereinbart, dass Dr. Jan Stransky bis Mitte 2008 im Rat verbleibt. Somit setzt sich der Schulrat zusammen aus Ornella Schneider, Ursula Steiner und Sandra Lampart, sowie Dr. Jan Stransky, Daniel Heini und Giulio Vögelin. Die Vertretung von Schönenbuch ist nach wie vor Frau Bernadette Schoeffel. Als Aktuarin fungiert Ornella Schneider, Ursula Steiner wirkt nach wie vor als Vizepräsidentin und Giulio Vögelin als Präsident. Auch die Schulleitung, welche in corpore Mitglied des Schulrates ist, setzt sich unverändert aus Paul Glanzmann, Dieter Maerki, Roland Ambühl und Rolf Betschart zusammen. Ebenso vertraten weiterhin die vom Konvent der Lehrpersonen gewählten Matthias Küchenmeister und Josef Gambon die Anliegen der Lehrerinnen und Lehrer.

ARBEITEN / GESCHÄFTE

Zu den Themen ‚Konkordat HarmoS‘ beziehungsweise ‚Bildungsraum Nordwestschweiz‘ hat der Schulrat nach wie vor die gleiche Meinung wie im Vorjahr. Die inhaltliche Harmonisierung der Lehrpläne ist wichtiger als die technische Harmonisierung, wie zum Beispiel die Umstellung von 5/4 auf 6/3 Jahre Primarschule und Sekundarschule. Ebenso wäre eine klare Festlegung sinnvoll, mit welcher Fremd-

sprache gesamtschweizerisch zu beginnen sei; offensichtlich ist dies nicht oder nur schwer realisierbar. Auch der geplante Bildungsraum Nordwestschweiz der vier Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Aargau und Solothurn, stützt sich auf HarmoS. Im November veröffentlichte der eingesetzte Regierungsausschuss der vier Nordwestschweizer Kantone die Auswertung der Konsultation. Darin wurde immerhin festgehalten, dass die Bildungsdirektoren bereit sind, gewisse Anpassungen vorzunehmen. Eine auf Anhieb vollständige Vereinheitlichung ist nicht machbar, ebenso wenig eine Angleichung der Zahl der Leistungszüge. Zumindest steht unsere Bildungsdirektion klar zum Beibehalt der drei Leistungszüge A, E und P. Der Regierungsrat hat die Ergebnisse der Konsultation zur Kenntnis genommen und die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion mit der Ausarbeitung eines Staatsvertrags beauftragt. Geplant ist, zusammen mit dem Staatsvertragsentwurf auch die Landratsvorlage für den Beitritt zum HarmoS-Konkordat und zum Sonderpädagogik-Konkordat mit der entsprechenden Änderung des Bildungsgesetzes vorzulegen.

Die mit dem neuen Bildungsgesetz und dem generellen Umbau der Schullandschaft einhergehende Veränderung der Situation bezüglich der Schulbauten führte dazu, dass die Projektgruppe ‚Schulbauten-Schulraumplanung‘ auch im vergangenen Jahr nicht zusammentrat. Zu gross sind noch die Unklarheiten bezüglich allfälliger neuer Standorte.

Die gemeinsam mit Basel-Stadt durchgeführten Orientierungsarbeiten zeigten ein mehrheitlich erfreuliches Resultat, schnitten doch die Schulen des Kantons Basel-Landschaft eine Spur besser ab als jene im Stadtkanton. Wobei festzuhalten ist, dass dies zu einem gewissen Teil auf den höheren Anteil fremdsprachiger Kinder in Basel zurückzuführen ist. Diese Orientierungsarbeiten dienen der Überprüfung der von den Schülerinnen und Schülern erreichten Kompetenzen und Fähigkeiten in den geprüften Fächern. Dem Lehrkörper und den Schulleitungen dienen sie zur Qualitätssicherung. Anhand der Ergebnisse sind Wirksamkeit des Unterrichts, verwendete Lehrmittel und Ausrichtung der Lehrpläne überprüfbar.

Leider musste sich der Schulrat auch mit einigen Lehrkräften befassen, deren Verhalten bzw. Leistungen zu Problemen führten. In einem Fall wurde zwar eine personalrechtliche Verfügung erlassen, doch nach Anfechtung derselben zog sie der Schulrat zurück, da sich herausstellte, dass sie juristisch nicht haltbar war. So ersparte sie sich wie auch dem Regierungsrat eine Anhörung, die zu einer Aufhebung der Verfügung geführt hätte. Immerhin resultierte daraus für beide Parteien ein gewisser Lerneffekt: für die Lehrperson, dass die Einhaltung des Anstellungsvertrages zwingend ist und für den Schulrat, dass eine juristische Unterstützung notwendig ist, da keines der Ratsmitglieder über eine entsprechende Ausbildung verfügt.

Ein anderes Thema waren die Klassenzuteilungen der Schulkinder der neuen ersten Klassen. Etliche Eltern stellten Gesuche um Neuzuteilung, welche von der Schulleitung alle abgewiesen wurden. Ein paar Gesuche wurden an den Schulrat weitergezogen, der nur einige guthiess. Dabei kam es zu einer besonders schwierigen Situation: Die Eltern eines Schülers konnten partout nicht verstehen, warum ihr Kind nicht in die gewünschte Klasse eingeteilt wurde. Die Argumente gingen bis hin zur Behauptung, es seien gewisse Machenschaften im Gange. Trotzdem kam der Schulrat nicht auf den Entscheid zurück und stützte die Haltung der Schulleitung. Nachdem sich aber anlässlich eines weiteren Gesprächs zwischen den Eltern, der Schulleitung und dem Schulratspräsidenten herausstellte, dass das Kind medizinisch attestierte gesundheitliche Probleme bekam, wurde den Eltern nahe gelegt, ein neues Gesuch, gestützt auf das Arztzeugnis, an die Schulleitung zu richten, da es sich um eine neue Situation handle. Die Schulleitung gab dem neuen Gesuch dann statt. Ein weiteres Geschäft betraf ein Gesuch von Eltern, die ihr Kind parallel versetzen lassen wollten (anstelle von Niveauwechsel oder Repetition). Sie waren der Ansicht, dass dessen ungenügende Leistungen grösstenteils auf Problemen mit einer Lehrperson beruhen würden und dies negativ auf Lernfähigkeit wie auch Verhalten wirkten. Der Schulrat entschied damals, entgegen dem Entscheid der Schulleitung, für das Gesuch der Eltern. Es zeigte sich tatsächlich eine klare Verbesserung der Leistungen, doch letztlich reichte es trotzdem nicht mehr, den Anschluss zu schaffen. Der betroffene Schüler verbleibt zwar im gleichen Leistungszug, doch wird er das Schuljahr wiederholen.

Ein von Eltern verfasster anonymer Artikel im Allschwiler Wochenblatt, in welchem die Sekundarschule massiv angegriffen wurde, bewog den Schulrat zu einer Stellungnahme. Darin wurden die unhaltbaren Anschuldigungen vehement zurückgewiesen und allenfalls betroffene Eltern aufgefordert, sich direkt bei der Schulleitung zu beschweren. Eine als unbefriedigend empfundene Antwort derselben könne dann an den Schulrat weitergezogen werden, wie es das Bildungsgesetz vorsieht. Nach der Publikation der schulrätlichen Stellungnahme erfolgten keine weiteren Reaktionen mehr.

Das elektronische Zeitalter führte vermehrt dazu, dass die Kinder auch auf dem Schulareal, während der Pausen, ihre Handys, iPods und ähnliche Geräte benutzten. Dabei ging der eigentliche Sinn der Pausen, nämlich z.B. mündliche Kommunikation mit den Gschpänli oder einfach ‚relaxen‘, verloren oder geriet zumindest ins Hintertreffen. Daher beschloss die Schulleitung ein generelles Verbot, diese Geräte während der Schulzeiten zu benützen. Der Schulrat stellte sich einstimmig hinter den Beschluss. Erneut mussten einige Schüler auf Antrag der Schulleitung von der Schule verwiesen werden. In einem Fall verwies die Schulleitung direkt, da die Dauer der Schulpflicht bereits überschritten war. Dabei kam es zu einem unschönen Mail der betroffenen Eltern, welche dem Rektor Voreingenommenheit, Rassismus sowie diktatorisches Verhalten vorwarfen. Der Schulrat antwortete den Eltern schriftlich und forderte sie auf, sich beim betroffenen Schulleiter für die verbalen Attacken und Ausfälligkeiten zu entschuldigen. Da bisher noch keine Entschuldigung erfolgte, erwägt der Schulrat, in dieser Sache Strafanzeige zu erstatten.

DIVERSES

Nachdem die vorgängige Schulsozialarbeiterin wegen bevorstehender Mutterschaft gekündigt hatte, übernahm kurzfristig eine neue Mitarbeiterin die bis Mitte Jahr befristete Stellvertretung. Glücklicherweise konnte sie dann ab dem neuen Schuljahr 2007/2008 zu 50% angestellt werden, was zudem der Erhöhung um 30% entspricht, die vom Kanton gewährt wurde. Im Herbst schloss sie ihre Ausbildung mit Bravour ab. Die aus interner und externer Evaluation gewonnenen Erkenntnisse werden durch die Schulleitung sukzessive angegangen und umgesetzt. Beispielsweise zeigte die durchgeführte Elternbefragung, dass etliche Eltern stärker in die Schule eingebunden werden möchten. Die gemachten Vorschläge werden nun in ein Papier überführt, welches Möglichkeiten aufzeigen soll, wie diesem Aspekt Rechnung getragen werden könnte. Wie stark das Engagement der Eltern effektiv sein wird, ist schwierig abzuschätzen.

Mit dem neuen Bildungsgesetz sind Unterrichtsbesuche für Schulräte nur noch als informatives Element vorgesehen. Dies führte nun dazu, dass der Lehrkörper die Mitglieder des Schulrates kaum kennt und dies auch bereits anlässlich eines Konvents verlautbaren liess. Es ist nun vorgesehen, mit Beginn der neuen Legislatur den Unterrichtsbesuchen mehr Gewicht zu geben. Der eine oder andere Kontakt ergab sich anlässlich der durchgeführten Ortskonferenz. Zwei Lehrpersonen anboten sich, die Tagung zu organisieren. Sie wurde denn auch ein voller Erfolg und wird sicher allen Teilnehmenden in guter Erinnerung bleiben.

Ein sehr wichtiges Thema wird in der neuen Legislatur – nebst dem Bildungsraum Nordwestschweiz und HarmoS – die Volksinitiative für eine freie Schulwahl sein, welche sicher noch zu intensiven Diskussionen führen wird.

Abschliessend bleibt einmal mehr festzuhalten, dass die Sekundarschule Allschwil und Schönenbuch gute bis sehr gute Arbeit leistet. Die Zusammenarbeit mit der Schulleitung wie auch jene innerhalb des Schulrates ist sehr gut und konstruktiv. Erfreulicherweise können bei auftretenden Differenzen nach wie vor meistens für alle Beteiligten befriedigende Lösungen gefunden werden.

Giulio Vögelin, Präsident Schulrat Sekundarschule

Schulrat Musikschule

Geschäftsbericht 2007

Präsidentin: Ruth Kneier
Vizepräsident: Josua Studer

ABSCHLUSS DES SCHULPROGRAMMES UND EXTERNE EVALUATION

Gemäss den Richtlinien des Kantons wurde unsere Schule von einem externen Evaluationsteam (Alain Veltin, Dorothee Widmer, Urs Zinniker), eingesetzt durch das Amt für Volksschulen (AVS), in drei verschiedenen Bereichen überprüft:

- Thema 1: Führung der Schule
- Thema 2: Struktur und Rhythmisierung des Unterrichts
- Thema 3: Kollegiales Feedback

Unterschiedlichste Befragungsgruppen wurden mit folgenden Methoden geprüft:

- Rating-Konferenz (Thema 1,2)
- Interview (Thema 1,2,3)
- Fragebogen (Thema 1,2,3)
- Unterrichtsbeobachtung, 20 Lektionen (Thema 2)

Die so erstmals an einer basellandschaftlichen Musikschule überhaupt durchgeführte externe Evaluation liess ein umfassendes Bild der Musikschule Allschwil MSA entstehen. Die befragten Personen äusserten sich mehrheitlich positiv. Dieses erfreuliche Resultat widerspiegelt sich ebenfalls im Schlussbericht, welcher von den Verantwortlichen für externe Evaluationen des Kantons Basel-Landschaft am 12. November präsentiert wurde. Einige wenige verbesserungswürdige Punkte werden im Folgejahr diskutiert und umgesetzt.

ABSCHLUSS DES SCHULPROGRAMMS

Nach mehrjähriger intensiver Vorarbeit wurde das gemäss neuem Bildungsgesetz von allen Schulen zu verfassende Schulprogramm fertig gestellt.

SCHULRAT

Nach achtjähriger Amtszeit als Präsidentin des Schulrates trat Verena Meschberger per Ende Februar zurück. Dadurch musste der Schulrat neu konstituiert werden. Anlässlich der Sitzung vom 21. Mai wurde Ruth Kneier das Präsidium und dem Neumitglied Josua Studer das Vizepräsidium zugeteilt.

Der Schulrat traf sich im Berichtsjahr zu acht ordentlichen Sitzungen. Die Geschäfte bewegten sich im üblichen Rahmen; das heisst, es wurden Personalfragen, das Budget, die Festsetzung der Schulgelder, diverse Beschwerden und Gesuche behandelt.

SCHULBETRIEB

- Lehrerschaft
 - o Neue Lehrpersonen: Anne Causse, Früherziehung (befristete Anstellung ab Sommer 2007)
 - o Umwandlung des befristeten Vertrages in einen unbefristeten:
 - René Courvoisier, Gitarre (befristete Anstellung 2006-2007)
 - Felix Klaus, El.-/Kontrabass (befristete Anstellung 2006-2007)
 - Ingo Balzer, Oboe (befristete Anstellung 2006-2007)
 - o Austritte: Christina Ganter, Musikalische Früherziehung (Auflösung des befristeten Vertrages auf eigenen Wunsch)

- o Arbeitsjubiläen:
 - 10 Jahre: Ender Franziska, Gesang
 - 20 Jahre: Denzinger Regula, Klavier; Nüesch Caterina, Querflöte; Quinto Mirella, Klavier; Rosenthaler Cornelia, Klavier
 - 25 Jahre: Gutbub Marc, Querflöte
 - 30 Jahre: Pfister Monika, Gitarre
 - 35 Jahre: Schöpfer Ernst, Gitarre

- o Konferenzen / Konvente: 2 Lehrer/innen-Konvente am 4. April und 14. August
Vierter eigener Karwochen-Schilf-Kurs; 10. bis 12. April
Ortskonferenz (gemeinsam mit KG und Primar) am 29. Oktober

- o Fachgruppensitzungen: Diverse Fachgruppensitzungen (u. a. Fachgruppenforum, AG Ext. Evaluation)
5 Sitzungen der ‚Steuergruppe Schulprogramm‘
Eine Lerngruppe bestehend aus sechs Lehrpersonen traf sich am 9. Juni und 8. September mit Professor A. Ernst zum Thema Unterrichtsmaterialien

- Schülerinnen und Schüler
 - o Total Anmeldungen (inkl. Orchester/Ensembles, aus den Gemeinden Allschwil und Schönenbuch):
 - Herbstsemester: 1'055 (Vorjahr: 1'034)
 - Frühlingsemester: 1'036 (Vorjahr: 1'026)
 - o Orchester/Ensembles:
 - Herbstsemester: 30 Gruppen mit 240 Schülerinnen und Schülern unter der Leitung von 20 Lehrerinnen und Lehrern (Vorjahr: 32 resp. 235 resp. 23)
 - Frühlingsemester: 30 Gruppen mit 239 Schülerinnen und Schülern unter der Leitung von 20 Lehrerinnen und Lehrern (Vorjahr: 32 resp. 230 resp. 23)
 - o Erteilte Unterrichtsstunden pro Woche:
 - Herbstsemester: 433.50 Stunden (Vorjahr: 418.75 Std.)
 - Frühlingsemester: 418.75 Stunden (Vorjahr: 406.00 Std.)

- Aktivitäten innerhalb der Schule
 - o Konzerte:
 - Schüler-Konzerte: 30 Anlässe (Vorjahr 32) mit 564 beteiligten Schülerinnen und Schülern sowie 47 Lehrpersonen (inkl. Doppelzählungen)
 - Klassenvorspielstunden: 3 Anlässe mit 28 Schülerinnen und Schüler sowie 3 Lehrpersonen
 - Grundkurse, Theaterkreis, Perkussionskurs: 11 Produktionen, mit rund 190 Schülerinnen und Schülern sowie 8 Lehrpersonen
 - o Projekte, Spezielle Veranstaltungen, Extrakonzerte, Lager:
 - 01.06. + 16.11. Podiumskonzerte für ausgewählte Schülerinnen und Schüler
 - 05.02. Gemeinschaftsprojekt der Cello-Klassen Riehen u. Allschwil ‚Magie des Ortes‘
 - Ostern Das Ensemble der fortgeschrittensten Schülerinnen und Schüler von Marc Gutbub unternimmt mit dem Kinderchor ‚Les Mirlitons‘ eine Konzertreise nach Ungarn.
 - 09.-13.04. Die Klarinettenklasse M. Frey führt ein Musiklager in Courtemaîche (JU) durch
 - 25.04. Bon Voyage-Konzert mit dem Jugendblasorchester (Belgien-Reise)
 - 28.04.-02.05. Das Jugendblasorchester der Musikschule Allschwil reist nach Belgien und nimmt am ‚55. Europ. Musikfestival für die Jugend‘ in Neerpelt teil.
 - 03.06. Der Kinderchor (Leitung: A. Gutbub) darf im Rahmen des ‚Murrilibutz-Chorwettbewerbs‘, zusammen mit Betty Legler, an einem Konzert in Liestal teilnehmen.
 - 15.06. Mitwirkung am ‚singeasy-Event‘ in Riehen; Kammerorchester und JUBO
 - 20.06. Projekt ‚Zauberflöte‘ mit der Klavierklasse von Mirella Quinto

- 21.06. Der Kinderchor (Leitung: A. Gutbub) nimmt am ‚Europ. Tag der Musik‘, im Europapark Rust teil.
 - 06.-11.08. Musiklager Streichorchester in Rüschegg/Heubach (Ltg. u.a. B. Gees)
 - 03.11. Konzert zum 25-jährigen Anstellungsjubiläum; Marc Gutbub und Gäste
 - 11.11. JUBO-Jahreskonzert
 - 18.11. Extrakonzert mit Friedemann Stert (Trio Labareda) im Calvinhaus, innerhalb der Konzertreihe ‚Musik und Wort‘ (Evang. Ref. Kirche)
 - 24.11. Gemeinsame/schulübergreifende freiwillige Stufentests im Bereich Querflötenunterricht, verantwortlich u. a. C. Nüesch, M. Terragni
- o Informationsveranstaltung:
 - 24.03. Infomorgen zum Unterrichtsangebot der Musikschule Allschwil MSA
- o Besonderes:
 - 16.03. Patronatskonzert mit Maja Lisac (ehem. Schülerin) ‚SagX's Klassisch!‘
 - Mai Im Rahmen des ‚kantonalen Impulsprogrammes‘ wird das Projekt ‚Zauberflöte‘, initiiert von Mirella Quinto, mit CHF 3'000.00 prämiert.
- Aktivitäten ausserhalb der Schule
 - o Diverse Ensembles der Musikschule spielten an vier Anlässen von Behörden / Gemeinde, an ebenso vielen Vereins- und Parteianlässen, an einer Beerdigung, bei einem Bildungsinstitut, an drei Anlässen von Spitälern und Heimen sowie als personelle Verstärkung des Kammerorchesters Allschwil KOA.
 - o Wettbewerbserfolge:
Folgende Schülerinnen und Schüler vertraten erfolgreich unsere Schule an regionalen und nationalen Wettbewerben:
 - Chistina Zheng (Klavier)
 - Sara Canic (Querflöte)
 - Michael Gächter (Horn)
 - Ensemble 4 von B. Wetzel (Schlagzeug)

Ruth Kneier, Präsidentin Schulrat Musikschule

Sozialhilfebehörde

Geschäftsbericht 2007

Präsident: Arnold Julier
Vizepräsidentin: Alice Märki-Schällibaum

SOZIALHILFEBEHÖRDE 2007

Wie in den letzten Jahren war auch im Berichtsjahr die Sozialhilfe in der Presse als Thema präsent, im Blickpunkt nach wie vor primär Sozialhilfemissbrauch und -missbrauchverdacht. Die Basler Zeitung publizierte 2007 eine Serie von neun Artikeln über eine in Allschwil wohnhafte und alleinerziehende Mutter von zwei Kindern. Die Leserreaktionen fielen unterschiedlich aus. Für die einen war die Unterstützung zu hoch und für die anderen zu niedrig. Somit kann davon ausgegangen werden, dass mit der am 1. Januar 2006 angepassten Sozialhilfeverordnung die Unterstützungshöhe in der richtigen Grössenordnung festgelegt wurde.

SOZIALHILFE-DOSSIERS

Dank der positiven wirtschaftlichen Entwicklung waren 2007 weniger Personen auf Sozialhilfe angewiesen als im Vorjahr. Nach wie vor besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen und ihre Kinder. Am 1. Januar des Berichtsjahres belief sich der aktive Sozialhilfe-Dossierstand auf 295 Fälle, der sich auf Ende Jahr um 56 Dossiers auf 239 reduzierte. Der steigende Trend der Vorjahre konnte im 2006 stabilisiert und im 2007 etwas verbessert werden. Die Gründe für Sozialhilfebezug sind im Vergleich zu 2006 folgende:

Berichtsjahr	2006	2007
Alleinerziehende	43	47
Arbeitslosigkeit	106	130
Bevorschussungen	55	35
Diverse	84	24
Verlustscheine nach KVG	2	0
Suchtprobleme	5	3
Total	295	239

Zur Verbesserung beigetragen hat neben der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere die vom Gemeinderat beantragte und vom Einwohnerrat bewilligte 100%-Stelle per 1. April 2007 bei der Hauptabteilung Soziale Dienste/Gesundheit. Mit dieser Stellenaufstockung konnte bei der Dossierführung verstärkt auf die Betreuung gesetzt werden anstelle von mehrheitlich nur „verwalten“. In die Präventionsarbeit und freie Beratung, bei der eine deutliche Zunahme zu verzeichnen war, konnte ebenfalls mehr Zeit investiert werden. Die freie Beratung wird von den Ratsuchenden als wertvolle Unterstützung genutzt und trägt dazu bei, dass Hilfestellung und Unterstützung rechtzeitig erfolgen kann, ohne dass sie bei der Sozialhilfe und/oder Vormundschaft anhängig werden.

Zu den Hauptrisikofaktoren, die zu einer Unterstützung durch die Sozialhilfe führen, gehören nebst der Arbeitslosigkeit familiäre Veränderungen wie Trennung oder Scheidung; diese haben vielfach zur Folge, dass der alleinerziehende Elternteil mit den Kindern auf Sozialhilfe angewiesen ist. In Allschwil ist die Zahl der Alleinerziehenden mit Sozialhilfeunterstützung im Vergleich zu anderen Gemeinden relativ hoch, die Netto-Sozialhilfeleistungen jedoch tiefer als in anderen Vergleichsgemeinden. Aufgrund der sehr guten familienergänzenden Betreuungsangebote in Allschwil mit zwei Tagesheimen, Tageselternverein sowie kirchlichen Betreuungsangeboten und Hütediensten können alleinerziehende Mütter und auch Väter einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Mit dem generierten Einkommen tragen sie massgeblich dazu bei, dass die Netto-Sozialhilfekosten der Gemeinde vergleichsweise tiefer sind.

INTEGRATIONSMASSNAHMEN

Die Integrationsmassnahmen für eine nachhaltige Ein- und Wiedereingliederung wurden im Berichtsjahr vermehrt angewendet, insbesondere bei den jugendlichen Arbeitslosen. Dabei wurde auch die neue Möglichkeit der Lohnkostenbeiträge auf nicht steuerbefreite und nicht gemeinnützige Arbeitgebende ausgedehnt. Die ausländischen arbeitslosen Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger stammen mehrheitlich aus wirtschaftlich schlecht entwickelten Ländern. Wegen fehlender oder mangelhafter Ausbildung kombiniert mit ungenügenden Deutschkenntnissen haben sie schlechte Chancen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt, was zu einer erhöhten Arbeitslosenquote führt. Leider gibt es immer weniger niederschwellige Arbeitsplätze für nicht oder schlecht ausgebildete aber arbeitsfähige Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger.

Arnold Julier, Präsident Sozialhilfebehörde

Vormundschaftsbehörde

Geschäftsbericht 2007

Präsidentin: Marianne Jans-Zimmermann
Vizepräsident: Arnold Julier

STEIGENDE FALLZUNAHME AUFGRUND GESELLSCHAFTLICHER VERÄNDERUNGEN

Die Anzahl Fälle im Vormundschaftsbereich steigt jedes Jahr. Waren es Ende Jahr 2004 noch 248 Fälle, so sind per Ende Berichtsjahr bereits 326 aktive Vormundschafts-Dossiers in Bearbeitung. Diese Fallzunahme betrifft die Arbeit im Kindes- und Erwachsenenschutz. Wie kommt es jedoch zu dieser stetigen Zunahme von Fällen? Was hat sich gesellschaftlich verändert, dass die zu bearbeitenden Fälle viel komplexer geworden sind? Auf diese Fragen möchte ich im diesjährigen Vormundschaftsbericht eingehen. Ebenso werde ich über die Zunahme hochstrittiger Trennungs- und Scheidungsfamilien berichten und über die Behördentagung.

Die Zunahme von Fällen und die gleichzeitig immer intensiver werdende zeitliche Inanspruchnahme der einzelnen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ist ein Hinweis auf gesellschaftliche Veränderungen. Denn die Gesellschaft befindet sich in einem ständigen Wandel. Es finden Veränderungen der Lebens- und Familienformen statt. Von Kindern wird unter anderem immer mehr erwartet, besonders in der Schule. Sie müssen höhere Leistungen erbringen und die Rollenerwartungen der Gesellschaft steigen. Dadurch geraten Kinder und auch Erwachsene unter grösseren Druck. Wer den Anforderungen nicht gewachsen ist, gerät meist in Schwierigkeiten. Wenn bei den Kindern der Druck überhand nimmt und sie keine Chance für ihre Zukunft sehen, lassen sich verschiedene Probleme feststellen. Dies zeigt sich konkret in Schulverweigerung, Suchtmittelkonsum, Delinquenz bis hin zu Familienkonflikten etc. Wenn es nicht gelingt, diese Jugendlichen innerhalb der Familie zu stützen, braucht es eine starke Unterstützung durch Aussenstehende. In Allschwil ist das Netz für ein auffälliges Kind über die Tagesheime, Kindergarten- und Primarschullehrkräfte, die Schulleitung, den Schulpsychologischen Dienst und die Sozialen Dienste gespannt. Für auffällige Jugendliche in der Oberstufe führt der Weg ebenfalls über die Lehrkräfte, die Schulleitung, die Schulsozialarbeiter und die Sozialen Dienste. Bei beiden wird die Vormundschaftsbehörde einbezogen, wenn eine vormundschaftliche Massnahme notwendig ist.

Aber nicht nur der Leistungsdruck hat sich verändert, sondern auch das Familiensystem. Konnte man 1970 davon ausgehen, dass 12.5% der Ehen geschieden werden, muss man heute mit einer Scheidungsrate von 41% rechnen. Laut Statistik ist die Anzahl der Scheidungen seit ein paar Jahren konstant geblieben. Schweizweit sind über 16'000 unmündige Kinder betroffen. Was diesbezüglich in der Arbeit der Vormundschaftsbehörde in letzter Zeit auffällt, ist die frappante Zunahme der hochstrittigen Trennungs- und Scheidungsfamilien.

Im Verlauf der Zusammenarbeit mit den sich trennenden oder geschiedenen Eltern kann eine Konfliktdynamik entstehen, die vor allem die betroffenen Kinder stark gefährdet. Die Kinder geraten oft in einen grossen Loyalitätskonflikt, da sie zu Vater und Mutter eine starke emotionale Bindung haben und somit beide Elternteile ‚zufrieden stellen‘ wollen. Es ist deshalb wichtig, die Kinder anzuhören und ihnen so die Möglichkeit zu geben, ihre Vorstellungen und Bedürfnisse, sei dies betreffend Besuchsrechtsregelung oder Obhutszuteilung, einzubringen. Um die Kinder zusätzlich zu unterstützen, kann eine Erziehungsbeistandschaft errichtet werden oder in Ausnahmefällen kann ein Anwalt die Rechte des Kindes vertreten. Bei hochstrittigen Elternpaaren ist es meistens nicht möglich, gemeinsam an einem Tisch die bestehenden Konflikte zu besprechen. Deshalb werden häufig Einzelgespräche durchgeführt, was den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern viele zusätzliche Arbeitsstunden einbringt. Dieser Aufwand lohnt sich in den meisten Fällen, denn oft führt dies zu einer befriedigenden Lösung für die Kinder. Um die Kinder als sogenannte ‚Pöstler‘ zu entlasten, wird immer häufiger das Angebot genutzt, dass der Sozialdienst als Vermittler zwischen den Eltern anstehende organisatorische Angelegenheiten oder sonstige Mitteilungen bearbeitet und so ein direkter Kontakt der Eltern für eine gewisse Zeit nicht notwendig ist.

BEHÖRDENTAGUNG

Wie jedes Jahr fand im November die jährliche Behördentagung der Sozialen Dienste statt. In der Universitären Psychiatrischen Klinik (UPK) wurden wir an einem aufschlussreichen Vortrag in das Thema ‚Vom Spielvergnügen zur Spielsucht‘ eingeführt. Im Casino Basel wurde uns das Konzept ‚Wenn Spielen zum Problem wird...‘ vom Verantwortlichen der Suchtabteilung der UPK und eines Angestellten der Casino-Gesellschaft Basel vorgestellt. Beide haben uns bestätigt, dass die Zusammenarbeit zwischen ihnen gut funktioniert und spielsüchtige Personen die notwendige Unterstützung erhalten können. Für alle anwesenden Behördenmitglieder (Sozialhilfe und Vormundschaft) sowie alle Mitarbeitenden der Sozialen Dienste war der Einblick in eine für die meisten unbekanntere Welt sehr lehrreich. Die Sensibilität gegenüber allfälligen spielsüchtigen Klientinnen oder Klienten ist sicher durch diese Behördentagung gewachsen.

STELLENAUFSTOCKUNG BEWILLIGT

In Anbetracht der oben erwähnten Fallzunahme während der letzten Berichtsjahre war die Zustimmung des Einwohnerrates an der Sitzung vom 17. Januar auf Antrag des Gemeinderates für eine Stellenaufstockung um eine Hundert-Prozent-Stelle eine sinnvolle Entscheidung.

Glücklicherweise ist die Fluktuation bei den Sozialen Diensten gering. Die langjährigen Arbeitsverhältnisse sind einerseits auf die teamorientierte und kompetente Führung zurückzuführen und andererseits auf die Gemeinde Allschwil als attraktiven Arbeitgeber. Die allermeisten Klientinnen und Klienten schätzen eine beständige Zusammenarbeit, die auf einem hohen Vertrauensverhältnis basiert. Sollte in einzelnen Konstellationen die Zusammenarbeit nicht klappen – sei es, weil die ‚Chemie‘ im zwischenmenschlichen Bereich nicht stimmt oder weil sich zeigt, dass sich, um ein gutes Ergebnis zu erzielen, für die betroffene Person besser eine männliche oder weibliche Begleitperson eignet – ist es möglich, einen Wechsel vorzunehmen. Durch je vier Frauen und Männer im Team kann dieses Vorhaben bestens umgesetzt werden.

Marianne Jans-Zimmermann, Präsidentin Vormundschaftsbehörde

Wahlbüro

Geschäftsbericht 2007

Präsident: Hans-Peter Mohler
1. Vizepräsidentin: Verena Meschberger
2. Vizepräsident: Basil Kröpfli

Das vergangene Jahr war im wahrsten Sinne ein strenges Abstimmungs- und Wahl-Jahr (siehe nachfolgende Abschnitte). Leider ist unser langjähriges Wahlbüro-Mitglied, Frau Josette Aufrichtig, im Frühjahr verstorben. Am Abstimmungssonntag vom 17. Juni gedachten wir mit einer Schweigeminute unserer langjährigen, treuen Kollegin. An ihrer Stelle hat der Einwohnerrat Frau Yvonne Steger Bieri ins Wahllokal Bettenacker gewählt. Auf Grund seiner Wahl in den Bürgerrat und seiner grossen zeitlichen Beanspruchung als Einwohnerrat und Landrat hat Herr Siro Imber das Wahlbüro frühzeitig auf eigenen Wunsch verlassen. An seiner Stelle wurde Frau Kathrin Gürtler ins Wahllokal Lettenweg gewählt. Ebenfalls musste Frau Katalin Borfői, infolge Wegzugs aus der Gemeinde, ersetzt werden. Frau Monika Quinche wurde ihre Nachfolgerin im Wahllokal Neu-Allschwil.

WAHLWOCHELENDE VOM 11. FEBRUAR 2007

Dieses Wahlwochenende war für alle Wahlbürohelfer und -helferinnen eine grosse Herausforderung. Dank gründlicher Vorbereitungen dürfen wir stolz sein, die Resultate der Regierungsrats- und Landratswahlen schon um 16 Uhr an die Landeskanzlei gemeldet zu haben. Für diese Wahlen hat der Unterzeichnende ein genaues Arbeitsprogramm ausgearbeitet. Auch haben uns diese Wahlen einmal mehr Anlass gegeben, das generelle Pflichtenheft für das Wahlbüro zu ergänzen und auf den neuesten Stand zu bringen. Die Ergänzungen im Pflichtenheft und das Arbeitsprogramm für Wahlen hatten zur Folge, dass zu gegebener Zeit die Nationalrats- und Ständeratswahlen glänzend abgewickelt werden konnten.

An diesem Wochenende waren insgesamt 29 freiwillige Wahlhelferinnen und -helfer im Einsatz. Dies unter anderem auch aus dem Grunde, dass vier gewählte Wahlbüro-Mitglieder an den Auszählungen nicht teilnehmen durften, da sie selber kandidierten. Am 11. Februar um 8 Uhr hatten wir mit ca. 50 Personen die Arbeit auf der Gemeindeverwaltung begonnen. Da die Infrastruktur auf der Gemeindeverwaltung für Wahlen wesentlich effizienter ist, dislozierten wir ausnahmsweise vom Hauptwahlbüro Lettenweg dorthin. Die strikte Trennung der Arbeitsgruppen für den Regierungsrat und den Landrat hat sich bestens bewährt. Der Plausibilitätskontrolle und der Qualitätssicherung wurde dabei grossen Wert beigemessen.

DIVERSE ABSTIMMUNGS- UND WAHLWOCHENENDEN

Am Wochenende vom 11. März 2007 wurde über die Volksinitiative ‚Für eine soziale Einheitskrankenkasse‘ und zwei kantonale Vorlagen (Änderungen der Kantonsverfassung vom 2. November 2006, § 52 Verwandtenausschluss‘ und Landratsbeschluss vom 13. Dezember 2006 betreffend Genehmigung des Universitätsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft) abgestimmt.

Gleichzeitig mussten wir an diesem Sonntag für die Bürgergemeinde die Ersatzwahl für ein neues Mitglied durchführen. Die Stimmbeteiligung der Allschwiler Bürgerinnen und Bürger betrug 38,1%. Von 626 gültigen Stimmen entfielen 342 auf Siro Imber. Sein Gegenkandidat erhielt 262. Auf diverse Kandidaten entfielen 22 Stimmen. Bei einem absoluten Mehr von 314 wurde Siro Imber gewählt.

Am 16. Juni 2007 hatten wir mit einer eidgenössischen und einer kantonalen Abstimmung ein normales Abstimmungswochenende: Es kamen die eidgenössische Vorlage zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IV) und die kantonale Vorlage über den Rheinhafenvertrag vom 13./20. Juni 2006 zur Abstimmung.

Das letzte Wahlwochenende des reich befruchteten Abstimmungs- und Wahljahres fand am [25. NOVEMBER 2007](#) mit den Abstimmungen über das ‚Gesetz über das Halten von Hunden‘ sowie das ‚Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern‘ (Steuergesetz / Unternehmenssteuerreform) statt.

[WAHLWOCHENENDE VOM 20./21. OKTOBER 2007](#)

An diesem Wochenende standen die in der ganzen Schweiz mit Spannung erwarteten eidgenössischen Wahlen an. Dank der positiven Erfahrungen aus den Regierungsrats- und Landratswahlen konnten wir die Ständerats- und Nationalratswahlen mit Optimismus vorbereiten. Zwei Vorbereitungssitzungen Ende August und Anfang September mit Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber und Gemeindeverwalter-Stellvertreter Markus Rudolf-von-Rohr ergaben letzte wichtige Anstösse für das Erstellen eines optimalen Handbuchs für die bevorstehenden Wahlen. Es benötigte viel minutiöse Kleinarbeit, um die Arbeitsgruppen, Arbeitsplätze und die Arbeitsabläufe zu koordinieren.

Mit 16 ordentlich gewählten Wahlbüromitgliedern und 31 freiwilligen Wahlhelferinnen und -helfern konnten wir am 21. Oktober um 7.30 Uhr mit der Arbeit beginnen. Vorausblickend auf die Gemeinderatswahlen im Jahre 2008 erfassten wir die Ständeratswahlen zum Kennenlernen des ‚Sesam-Programms‘ für Majorzwahlen ebenfalls mittels Computer. Diese Arbeit wurde unter Aufsicht von Herrn Basil Kroepfli ausgezeichnet durchgeführt. Um 12.30 Uhr waren die brieflich eingegangenen Stimmzettel alle eingegeben, so dass man die aus den Wahllokalen eintreffenden restlichen Wahlzettel innert nützlicher Frist verarbeiten konnte. Die von der Landeskanzlei vorgegebene Frist zur telefonischen und elektronischen Meldung nach Liestal konnte genau eingehalten werden.

Eine Stunde nach Beginn der Computerefassung der Wahlzettel für die Ständeratswahlen konnten bereits die ersten Gruppen mit der Computereingabe für den Nationalrat beginnen. Da der Nationalrat im Proporzverfahren gewählt wird, sind die Vorarbeiten zeitraubender und erfordern von den Mitgliedern ein hohes Mass an Konzentration. Bis 12 Uhr waren sämtliche Vorarbeiten soweit abgeschlossen, so dass alle Arbeitsgruppen an den zugewiesenen Arbeitsplätzen ihre Arbeit aufnehmen konnten. Zu Beginn lief die Eingabe in die Computer noch etwas harzig, wurde jedoch von Auszählbogen zu Auszählbogen speditiver.

Im Hauptwahlbüro wurde es nun je länger desto hektischer. Unter Aufsicht des Unterzeichnenden in Zusammenarbeit mit Herrn Simon Zimmermann wurden die zusammengestellten 50-er Bündel an die Arbeitsgruppen verteilt. Dank einer übersichtlich vorbereiteten Tabelle konnten wir zu jeder Zeit feststellen, bei welcher Gruppe welches Bündel in Bearbeitung ist. Die beiden zuständigen Herren Peter Uhler und Walter Rechsteiner konnten zu jeder Zeit bei Eingabeschwierigkeiten den Helferinnen und Helfern mit Rat und Tat beistehen. Der Co-Leiter dieser Wahlen, Herr Markus Rudolf-von Rohr, widmete sich intensiv den unveränderten Wahllisten und deren Kontrolle.

Bereits um 15 Uhr konnten wir den grössten Teil der Wahlhelferinnen und Wahlhelfer entlassen. Es folgten noch die Auswertungsarbeiten, das Unterzeichnen der Protokolle und das Verpacken der Stimmzettel. Der Aushang der Resultate erfolgte um ca. 17 Uhr. Somit konnten der Wahlbüro-Präsident und ein weiteres Wahlbüromitglied sämtliche Unterlagen um 19 Uhr auf der Landeskanzlei in Liestal abliefern. Ein anstrengendes Wahlwochenende nahm sein glückliches Ende. Die allen bekannten Resultate finden Sie im Anhang zu diesem Bericht.

[ALLGEMEINES](#)

Im Berichtsjahr leisteten die 21 ordentlich gewählten Wahlbüromitglieder insgesamt 845.25 Arbeitsstunden. Für die Regierungsrats- und Landratswahlen sowie für die Ständerats- und Nationalratswahlen benötigten wir zusätzlich weitere freiwillige Wahlhelferinnen und -helfer. Diese leisteten total 458 Arbeitsstunden. War bei den Regierungsrats- und Landratswahlen im ganzen Team noch eine gewisse Unruhe zu verspüren, herrschte bei den Ständerats- und Nationalratswahlen eine hervorragende Konzentration. Man darf sagen, dass aus dem Stamm der freiwilligen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer nun ein gut funktionierendes Arbeitsteam entstanden ist.

Von Seiten der Gemeinde durften wir erneut auf eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zählen. Vor allem mit dem Gemeindepräsidenten Dr. Anton Lauber und dem Gemeindeverwalter-Stellvertreter, Herr Markus Rudolf-von Rohr, hatten wir eine gute und professionelle Zusammenarbeit. Dafür gebührt beiden Herren ein herzliches Dankeschön. Diesen Dank geben wir gerne auch an den Sachbearbeiter Wahlen und Abstimmungen auf der Gemeindeverwaltung, Herrn Peter Uhler, weiter. Er lieferte dem Unterzeichnenden sämtliche Daten und Unterlagen und war gegenüber dem Wahlbüro stets sehr hilfsbereit.

Bei den normalen Abstimmungen durften wir im Hauptwahlbüro Lettenweg jedes Mal einen guten Kaffee, zubereitet von Herrn Hugo Gloor, geniessen. Bravo und vielen Dank!

Bei allen Wahlbüromitgliedern, insbesondere bei meinen Vizepräsidenten Verena Meschberger und Basil Kroepfli, möchte ich mich für die stets kollegiale Zusammenarbeit herzlich bedanken.

AUSBLICK INS JAHR 2008

Das Jahr 2008 wird wiederum ein intensives Abstimmungs- und Wahljahr werden, da im Februar bekanntlich die Wahlen in den Einwohnerrat und den Gemeinderat anstehen. Eventuelle Nachwahlen zu den Gemeinderatswahlen werden am 6. April 2008 durchgeführt. Die Wahl des Gemeindepräsidiums findet am 1. Juni 2008 statt. Eine eventuelle Nachwahl für das Gemeindepräsidium würde am 29. Juni 2008 stattfinden. Die offiziellen Abstimmungsdaten wurden auf den 24. Februar, 1. Juni, 28. September und 30. November 2008 festgelegt.

Hans-Peter Mohler, Präsident Wahlbüro

WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN 2007 - RESULTATE

ABSTIMMUNGEN

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN						
	Datum	Stimm- berechtigte	Anzahl Stimmende	Stimm- beteil. %	JA	NEIN
Volksinitiative ‚Für eine soziale Einheitskranken- kasse‘	11.03.2007	13'008	5'713	43.92	1'470	4'193
Änderung vom 6. Oktober 2006 des Bundes- gesetzes über die Invalidenversicherung (5. IV- Revision)	17.06.2007	13'047	5'163	39.57	2'926	2'173
KANTONALE VORLAGEN						
	Datum	Stimm- berechtigte	Anzahl Stimmende	Stimm- beteil. %	JA	NEIN
Landratsbeschluss vom 13. Dezember 2006 betreffend Genehmigung des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel	11.03.2007	13'008	5'487	42.18	4'802	583
Änderung vom 2. November 2006 der Kantons- verfassung (§ 52 Verwandtenausschluss)	11.03.2007	13'008	5'416	41.64	4'580	578
Landratsbeschluss vom 18. Januar 2007 betref- fend Genehmigung des Staatsvertrags zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend die Zusammenlegung der Rheinschiff- fahrtsdirektion Basel und der Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft zu einer Anstalt öffent- lichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit unter dem Namen ‚Schweizerische Rheinhäfen‘ (‚Ports Rhénans Suisses‘, ‚Swiss Rhine Ports‘) (Rheinhafenvertrag) vom 13./20. Juni 2006	17.06.2007	13'047	5'055	38.74	4'326	608
Änderung vom 21. Juni 2007 des Gesetzes über das Halten von Hunden	25.11.2007	13'088	4'157	31.76	3'657	473
Änderung vom 21. Juni 2007 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) (Unternehmenssteuerreform)	25.11.2007	13'088	4'132	31.57	2'451	1'602
KOMMUNALE VORLAGEN						
	Datum	Stimm- berechtigte	Anzahl Stimmende	Stimm- beteil. %	JA	NEIN
keine						

WAHLEN

	Datum	Stimm- berechtigte	Anzahl Stimmende	Stimm- beteil. %
Wahl der Mitglieder des Regierungsrates	11.02.2007	13'016	4'332	33.28
Wahl der Mitglieder des Landrates	11.02.2007	13'016	4'511	34.66
Wahl des basellandschaftlichen Mitgliedes des Ständerates	21.10.2007	13'053	5'754	44.08
Wahl von 7 Mitgliedern des Nationalrates	21.10.2007	13'053	6'186	47.39